Euro-Krise: Gefangen in der selbstgebauten Falle S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 3 – 22. Januar 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ist die CDU-Vorsitzende auf den Geschmack gekommen? Merkel schnuppert sichtlich angetan an einer Sonnenblume, dem Symbol der Grünen.

Foto: pa

Die Risse werden tiefer

CDU geht auf Distanz zur angeschlagen FDP – »Rechts blinken, links abbiegen«

Wie groß sind sie wirklich, die unübersehbaren Spannungen in der schwarz-gelben Koalition? Nachdem die CDU bei ihrem Treffen in Mainz von den Liberalen abrückte, deutete auch FDP-Generalsekretär Christian Lindner öffentlich „Sollbruchstellen“ an.

Als letzte Partei hat die CDU-Führung am Wochenende auf ihrer Klausur in Mainz die Marschroute für das Jahr 2011 abgesteckt. Optisch und verbal gab es einmal mehr konservative Duftmarken. Als Merkel vor die Presse trat, fehlte auf dem Hintergrund nicht nur das Schlüsselwort „Die Mitte“, sondern auch die orange Farbe. Wie zu Kohls Zeiten präsentierte sich die CDU in Rot und Blau. Generalsekretär Gröhe sprach von der Schärfung des konservativen Profils, Merkel deutete in Sachen Euro-Rettung sogar einen deutschen Führungsanspruch in Europa an und eine „Mainzer Erklärung“ enthält das Wort „Heimatverbundenheit“.

Doch die CDU ist von der Rückkehr zu ihren Wurzeln weit entfernt. Prüft man die CDU-Erklärungen der letzten Tage genauer, dann fällt auf, dass sorgfältig jedes Kooperationshindernis mit den Grünen vermieden wird, mehr noch: Die Mainzer Erklärung enthält viele Anknüpfungspunkte für Schwarz-Grün. Umgekehrt bleibt das regierende christlich-liberale Bündnis, das die CDU bis zur letzten Bundestagswahl vor erst 16 Monaten noch als ihre Traumkonstellation beschrieben hatte, schlicht unerwähnt. Die FDP wird mit dem Bekenntnis zum Mindestlohn für Zeitarbeiter provoziert, Steuersenkungen bleiben ganz unerwähnt.

> Nach dieser Logik bleiben bald nur die Grünen als Partner

Offenkundig verfährt die CDU gegenwärtig nach dem Prinzip „rechts blinken und links abbiegen“: Die wenigen Duftmarken für Bürgerliche sind so unverbindlich, dass nach den Wahlen problemlos mit den Grünen koaliert werden kann. Merkels Wort vom „Hirngespinst“ schwarz-grüner Bündnisse passt bei näherer Betrachtung durchaus in diese Logik. Das Wort ist ja nicht gegen die Grünen grob, sondern nur gegen diejenigen, die über Bündnisse mit ihnen reden. Rein gar nichts wird damit verbaut. Das drastische Wort erinnert geradezu an die Haltung des verstorbenen SPD-Politikers Holger Börner, der unter dem Stichwort des Vorgehens „mit der Dachlatte“ 1983 jede Zusammenarbeit mit den Grünen ausschloss, um zwei Jahre nach der Wahl doch mit ihnen zu koalieren.

Und was wird dann aus der FDP? Viel Konfliktpotenzial hat sich angesammelt, die Zahl der Scharmützel ist groß: Zu Guttenberg beharkt sich mit Westerwelle, Ilse Aigner (weit weniger elegant) mit FDP-Politikern in Niedersachsen, FDP-Generalsekretär Lindner mit Schäuble. Die Liste der Streitpunkte auf Bundesebene ist lang und Lindner hat indirekt den Bestand der Koalition in Zweifel gezogen – aber wirklich drohen kann er nicht. Offen ist, wie eine solche Bundesregierung weiterarbeiten kann, wenn neue schwarzgrüne und schwarz-rote Koalitionen auf Landesebene den Raum für schwarz-gelbe Projekte weiter verkleinern. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Nahe Utopie

Es war eine krasse Übertreibung, als eine große deutsche Tageszeitung zu Wochenbeginn mit der Schlagzeile aufmachte „FDP droht mit dem Bruch der Koalition“. Die Liberalen können daran aktuell keinerlei Interesse haben. Ihre 93 Mandate starke Bundestagsfraktion ist die verbliebene Hoffnung der in desolatem Zustand befindlichen FDP. Freiwillig die Regierung zu verlassen oder gar Neuwahlen zu riskieren, wäre für sie absurd.

Doch die Partei steht massiv unter Druck. In ihrem „Stammland“ Baden-Württemberg droht im März nicht nur der Verlust von Ministerämtern, sondern das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, für eine Reihe anderer Landtage gilt ähnliches. In dieser Lage steht längst nicht mehr nur Parteichef Westerwelle unter Druck, sondern die gesamte Führungsriege. Wenn Generalsekretär Christian Lindner nun gegen mehrere CDU-Politiker gestichelt und in vier Punkten – darunter die Zukunft des Euro – deutlich die Unterschiede zur Union herausgearbeitet hat, dann war das eine politische Notwendigkeit: Nur mit mehr inhaltlichem Profil bleibt der noch an Westerwelle gefesselten FDP eine Chance, bei den Landtagswahlen das Schlimmste zu verhindern.

Es war übrigens die CDU, die nach ihrer Klausur in Mainz allerlei eisige Signale der Abgrenzung von der FDP aussandte. Nach Lage der Dinge läuft es darauf hinaus, dass die CDU sich in mehreren Ländern auf Bündnisse mit SPD und Grünen einstellt. Die von Parteichefin Merkel erst kürzlich als „Utopie“ und „Hirngespinst“ abgetane schwarz-grüne Option könnte viel schneller Wirklichkeit werden, als viele meinen.

Den Reichen ans Leder

Weitere Umverteilung soll Unter- und Mittelschicht schützen

Erst im vergangenen Sommer betonte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erneut, dass die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe und es eine „Polarisierung der Einkommen“ gäbe. Derartige Diagnosen sind nicht nur für Sozialverbände und Gewerkschaften, sondern auch für die SPD, die Grünen und die Partei „Die Linke“ immer wieder Grund genug, mehr soziale Gerechtigkeit zu fordern. SPD und „Die Linke“ wollen vor allem eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der derzeit 42 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von bereits rund 53 000 Euro bei Unverheirateten beträgt. Während Linke-Chef Klaus Ernst von einem Spitzensteuersatz in Höhe von 53 Prozent träumt, plädiert SPD-Chef Sigmar Gabriel für 49 oder 50 Prozent, wobei der dann erst bei 100 000 Euro zu versteuerndem Einkommen

> Abstiegsängste unnötig geschürt

bei Unverheirateten einsetzen sollte. Auch die Grünen wollen den Spitzensteuersatz anheben, zugleich wollen sie nun aber auch eine Vermögensabgabe von 1,5 Prozent. Alleinstehenden wird hier ein Freibetrag von einer Million Euro, Verheirateten von zwei Millionen Euro und Unternehmen von zwei bis fünf Millionen eingeräumt. 100 Milliarden Euro für den Schuldenabbau erhoffen sich die Grünen so in den nächsten zehn Jahren. Laut DIW wären rund 340 000 Millionäre von der Vermögensabgabe betroffen.

Derweil bekommt das DIW vom arbeitgebernahen Institut der Wirtschaft (IW) Gegenwind. In ihrer Studie „Mythen über die Mittelschicht“ meinen die Kölner, dass sich der Anteil der Mittelschicht in den letzten 18 Jahren nicht maßgeblich verändert habe. Die Forscher warnen, die Abstiegsängste der Mittelschicht herbeizureden, denn wenn die Bürger ihre Chancen pessimistisch einschätzten, würden sie eine stärkere Umverteilung fordern. Diese sei aus Sicht des IW leistungsfeindlich. *Bel*

Neue Spannungen

Moskau weist Polen Hauptschuld an Smolensk-Katastrophe zu

Der Bericht der russischen Luftfahrtbehörde MAK rief in Polen Empörung hervor, weil er die Hauptschuld für den Absturz der Präsidentenmaschine im April 2010 dem polnischen Piloten und dem im Cockpit anwesenden und angeblich alkoholisierten Luftwaffenkommandeur Andrzej Blasik gibt. Zum Zeichen guter Beziehungen hatte der damalige polnische Präsident Lech Kaczynski 2010 an einer Trauerfeier für die Opfer des Massakers von Katyn teilnehmen wollen. Bei dem Absturz der TU-154 in Smolensk kamen neben dem Präsidenten hochrangige Beamte und Politiker ums Leben.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk kündigte an, die Aufzeichnungen des Stimmenrekorders veröffentlichen zu lassen, wohl wissend, dass diese die Sicht der Russen bestätigen könnten. Die MAK stützt sich bei ihrer Aussage, dass

> Kaczynski spricht von »Katyn-2«

der Pilot unter Druck gehandelt habe, auf diese Aufzeichnungen.

Tusk stand schon vor der Bekanntgabe der russischen Ergebnisse unter Druck. Oppositionschef Jaroslaw Kaczynski, der Zwillingsbruder des toten Präsidenten, und seine Anhänger warfen Tusk Unterwürfigkeit gegenüber Moskau vor, weil die Russen die Absturzursache allein untersucht haben. Zudem verbreiteten sie Verschwörungstheorien von einem Katyn-2. Auch behaupten sie, die Russen hätten Instrumente manipuliert, um Kaczynski zu töten. Gründe für den Hass seien Polens Haltung zum Russland-Georgien-Krieg 2008 und seine EU-Politik.

Davon unbeirrt versichern der russische Außenminister Sergej Lawrow und Tusk, die Beziehungen nicht belasten zu wollen. Tusk bezeichnete die russischen Ergebnisse aber als „unvollständig“ und forderte Nachbesserung. Erst seit kurzem bemühen sich Russland und Polen um eine Verbesserung ihrer zuvor schlechten Beziehungen. *MRK*

»Uns bleibt nicht mehr viel Zeit«

Klaus Brähmig (CDU): Vertriebene wollen »Frieden schließen mit diesem Teil deutscher Geschichte«

Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zieht im Interview mit der *PAZ* ein positives Resümee der Vertriebenenpolitik der letzten Jahre. Die Fragen stellte Konrad Badenheuer.

PAZ: *Sie wurden 1957 in Sachsen geboren. Hat Ihre Familie einen Vertriebenenhintergrund?*

Klaus Brähmig: Meine Familie ist in der sächsisch-böhmischen Grenzregion, aus der ich komme, Gott sei Dank nicht von Vertreibung betroffen gewesen. Aber das Thema war allgegenwärtig, auch in der ehemaligen DDR – allerdings hinter vorgehaltener Hand. Daher bin ich der Gruppe aus Interesse bereits 1990 beigetreten und engagierte mich in der letzten Legislaturperiode als ihr stellvertretender Vorsitzender.

PAZ: *Die Gruppe zählt aktuell 64 Mitglieder ...*

Brähmig: ... so viele wie noch nie seit ihrer Gründung 1949. Die Gruppe verstärkt ihren bisherigen Schwerpunkt der „deutschen Minderheiten“ durch eine Namensänderung zum Jahreswechsel. Der Begriff „Flüchtlinge“ wurde dabei ersetzt, weil er stark an die Übersiedler aus der DDR erinnerte, die hier nicht gemeint waren und deren Problematik zudem überwunden ist.

PAZ: *Was sind die wichtigsten Ziele Ihrer Arbeitsgruppe im Jahr 2011?*

Brähmig: Es gilt vor allem, das wichtigste Gedenkvorhaben der Bundesregierung – die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – parlamentarisch zu begleiten und weiter voranzubringen. So wird in den nächsten Monaten das Konzept der geplanten Dauerausstellung auf der Grundlage des vorgestellten Eckpunktepapiers öffentlich diskutiert, im Detail ausgearbeitet und voraussichtlich im Juni vom Stiftungsrat, dem ich angehöre, beschlossen. Parallel dazu läuft der Architektenwettbewerb, der für den museumtauglichen Umbau des historischen Deutschlandhauses notwendig ist.

PAZ: *Seit 1999 bemüht sich Ihre Fraktionskollegin Erika Steinbach um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Viele Etappen wurden inzwischen erreicht, aber wann kann ein solches Zentrum seine Tore öffnen?*

Brähmig: Der Beschluss des Bundestages 2008, in Berlin eine Dokumentationsstätte zu Flucht und Vertreibung zu errichten, war mit Verlaub kein Etappensieg, sondern ein historischer Meilenstein für die Bewältigung unserer nationalen Katastrophe am Ende des Zweiten Weltkrieges. Was das Eröffnungsdatum angeht, erinnere ich nur an den ebenfalls schwierigen Aufbau der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der damals auch nicht von der politischen Linken gewollt war: Auf Initiative von Kanzler Kohl 1986 gegründet, konnte die Dauerausstellung erst acht Jahre später eingeweiht werden. Heute gehört die Bonner Sammlung zur Deutschen Geschichte zu den renommiertesten und erfolgreichsten Museen des Landes. Wenn nun die auf 3000 Quadratmeter Ausstellungsfläche erweiterte Bundesvertriebenenstiftung in drei Jahren – man denke allein an die Suche nach Exponaten – eröffnen will, ist das sehr ambitioniert.

PAZ: *Welche Chancen sehen Sie, für den 5. August als nationalen Gedenktag für Flucht und Vertreibung eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen?*

Brähmig: Gute. Die Gruppe hat federführend zum 60. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen den bisher umfangreichsten Antrag zur Thematik im Bundestag eingebracht. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Erhebung des 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu prüfen. Ferner wird unser Anliegen von den Spitzen der Union, etwa durch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, voll unterstützt.

> »Im NDR war von Königsberg die Rede«

PAZ: *Die Vertriebenen werden von Jahr zu Jahr weniger. Gibt es für sie noch politische Ziele jenseits von Gedenken und „Geschichtspolitik“?*

Brähmig: Einerseits nimmt zwar die Zeitzeugengeneration ab, andererseits steigt laut unseren Erkenntnissen aber deren Bedürfnis, ihren Frieden mit diesem Teil deutscher Geschichte zu schließen. Da uns nicht mehr viel Zeit bleibt, ist die Versöhnung der Deutschen mit dem Kapitel Vertreibung als auch mit ihren östlichen Nachbarn eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges! Der erwähnte Antrag zielt in die erste Richtung, eine in diesem Jahr geplante Reise nach Warschau in die zweite.

PAZ: *Laut § 96 Bundesvertriebenengesetz haben „Bund und Länder ... das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein ... des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“. Ist das gelungen?*

Brähmig: Im Prinzip ja, wobei noch einiges zu tun bleibt. Ich bin seit meinem Amtsantritt dabei, möglichst alle Einrichtungen zu besuchen, die nach § 96 BVFG gefördert werden, um mir vor Ort ein genaues Bild der Lage machen zu können. Momentan sind sechs historisch-landeskundliche Museen etabliert, welche das Gros der ehemaligen deutschen Herkunftsgebiete der Vertriebenen inhaltlich abdecken. Schon jetzt ist klar, dass teilweise großer Modernisierungs- oder Erweiterungsbedarf besteht, damit neue Besuchergruppen angesprochen werden können. Die Gruppe wird sich dafür einsetzen, dass in München ein Sudetendeutsches Museum entsteht. Auch mit den Landsmannschaften und Kulturreferenten suche ich das Gespräch, wo der Schuh drückt.

PAZ: *Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund des oben genannten Gesetzestextes die Verwendung allein der polnischen, russischen und tschechischen Namen für fast alle Städte in den Vertreibungsgebieten auch in öffentlich-rechtlichen Sendern?*

Brähmig: Ich sah während der Feiertage die NDR-Dokumentation „Weihnachten in Ostpreußen“ über die heutigen Bewohner, darin war von „Königsberg“ die Rede, nicht von „Kaliningrad“. Es ist doch sehr erfreulich, wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den letzten Jahren wieder mehr der verlorenen Heimat angenommen hat. Denken Sie an die aufwendig produzierten Spielfilme „Die Gustloff“ im ZDF und „Die Flucht“, der mit über 13 Millionen Zuschauern erfolgreichste ARD-Film seit zehn Jahren.

PAZ: *Im heutigen Polen und Tschechien werden immer wieder Massengräber mit Vertreibungstoten gefunden. Sollten diese Toten nur an würdige Orte umgebettet oder auch untersucht und möglichst identifiziert werden?*

Brähmig: Diese Thematik beschäftigt uns intensiv seit dem spektakulären Fund an der Marienburg im Oktober 2008, wo über 2000 bei Kriegsende umgekommene Menschen durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge später in Neumark eine würdevolle Ruhestätte fanden. Trotz Untersuchungen polnischer Gerichtsmediziner konnte die Identität der Toten nicht geklärt werden, weil schlicht Kleidungsstücke oder Erkennungsmarken fehlten. Zudem haben sich keine Zeitzeugen gemeldet. Wir wollen dennoch im Sinne der deutschen Angehörigen eine wissenschaftliche Studie initiieren, um Licht in das Chaos des Januar 1945 an der Nogat und unmittelbar danach zu bringen.

PAZ: *Im Jahre 2009 wurde im Zuge einer Änderung des Melderechts eine staatsrechtlich bedeutende Änderung vorgenommen: Aus bundesdeutscher Sicht sollen die Oder-Neiße-Gebiete de iure schon im Sommer 1945 zu Polen gekommen sein. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?*

Brähmig: Hintergrund war die Einführung der neuen Steueridentifikationsnummer, bei der falsche Angaben in den Melderegistern über Vertriebene zu Tage traten: z.B. Geburtsort Breslau/Polen. Das haben wir umgehend reklamiert und die Daten wurden berichtigt. Nicht zuletzt hat die Union deshalb in ihrem Regierungsprogramm 2009 – 2013 erklärt, bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands zu wahren. So hat etwa das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 4. Mai 1999 die Gebiete östlich von Oder und Neiße auch nach dem Protokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als Inland angesehen.

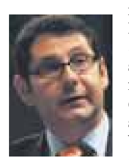

Foto: Büro Klaus Brähmig

Klaus Brähmig (CDU) mit dem Antrag zum Gedenktag 5. August

MELDUNGEN

Lacota wiedergewählt

Klagenfurt – Dr. Massimiliano Lacota bleibt Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). Der Generalrat der EUFV hat dem 37-jährigen Juristen in Klagenfurt für weitere drei Jahre einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Ebenfalls wiedergewählt wurde der Österreicher Peter Ludwig als Vize-Generalsekretär und der Italiener Enrico Neami als Chef von dessen Exekutivbüro. Als Schwerpunkt der kommenden drei Jahre nannte Lacota die Konsolidierung der Organisation und die Einrichtung einer Sonderkommission für die Belange von Vertriebenen bei der EU-Kommission. *K.B.*


M. Lacota

Am liebsten vertreiben

Prag – Für 90 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut STEM befragten Tschechen sind die Roma in ihrem Land eine „Quelle der Kriminalität“. 83 Prozent sind überzeugt, dass die rund 300 000 Roma, die in der 10,3 Millionen Einwohner zählenden Tschechischen Republik leben, nicht anpassungsfähig seien. Daher würden rund 40 Prozent der 2056 Befragten die Roma am liebsten aussiedeln. Ein Fünftel meinte, dass den problematischen Gruppen keine ernste Strafe drohe, was daran läge, dass Polizisten und Staatsangestellte Angst vor Rache der Roma hätten. Dort, wo die Befragten viel persönliche Erfahrung mit Roma hätten, so STEM, wäre die Ablehnung am größten. In Regionen, wo viele Roma leben, wie zum Beispiel in Nordböhmen, hätten rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen einen deutlich höheren Zulauf als anderswo. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Säumige Väter

Im Jahr 2009 musste der Staat für 487627 Kinder 819 Millionen Euro Unterhaltsvorschuss leisten. „Ich wette, dass kaum eine Mutter ihr Kind um den Unterhalt prellt. Väter erleben bei uns keinen großen Ansehensverlust, wenn sie sich am Wochenende für das Fußballspiel statt für den Kindergeburtstag entscheiden. Das trägt dazu bei, dass Väter ihre Unterhaltspflichten nicht ganz so ernst nehmen“, kommentierte die bayrische Familienministerin Christine Haderthauer im „Focus“ die erschreckend große Zahl von Vätern, die ihren Unterhalt nicht zahlen. Die Kommunen in den Ländern sind unterschiedlich erfolgreich darin, die Ersatzzahlungen bei den säumigen Vätern wieder einzutreiben. Während sich Bayern 33,6 Prozent der 2009 vorgestreckten 80 Millionen zurückholte, konnte Nordrhein-Westfalen nur 18,8 Prozent der überwiesenen 200 Millionen eintreiben. *Bel*

1.719.047.161.847 €

Vorwoche: 1.717.481.351.061 €
Verschuldung pro Kopf: 21 028 €
Vorwoche: 21 009 €

(Dienstag, 18. Januar 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Politik in den preußischen Genen?

»Bin zu einem Viertel polnisch«: Nicht nur Elbinger Taxifahrer fragen nach Angela Merkels Wurzeln

Biographien von Persönlichkeiten der Zeitgeschichte berichten fast immer auch über die familiäre Herkunft der Porträtierten. Zu prägend ist der Einfluss der Vorfahren – oft über Generationen hinweg. Von Angela Merkel ist bekannt, dass ihre Mutter, die 1928 geborene Herlind Kasner, geborene Jentzsch, Wurzeln in Westpreußen hat, ihr Vater Horst Kasner hingegen 1926 in Berlin geboren wurde. Ein gewisses Rätsel hingegen stellt der polnische Großelternteil dar, von dem Merkel mehrfach öffentlich sprach. „Wie ich dem 'Spiegel' neulich schon offenbarte, bin ich zu einem Viertel polnisch“, erklärte sie Ende 2000 im Interview mit dem Nachrichtenmagazin, was im Herbst 2005, als Merkel Kanzlerin wurde, in Polen für Aufsehen sorgte.

Hierzu muss man wissen, dass insbesondere in Elbing ein Tourismus um das angebliche „Merkel-Haus“ (ehemals bekannt als „Leiermannshaus“ in der Tannenbergallee 45) entstanden ist. Hier hat Merkels Großmutter Gertrud Jentzsch nach 1910 zwar wirklich für ein paar Jahre gewohnt, doch geboren wurde sie noch im niederschlesischen Glogau, der Heimat ihrer Mutter Emma Drange, geborene Wachs.

In Elbing und Danzig glauben bis heute viele, Merkels polnisches „Viertel“ könne nur der Großvater mütterlicherseits sein, der Gymnasiallehrer und spätere Schuldirektor Willi Jentzsch. Denn dessen Frau Gertrud war nun einmal ganz eindeutig deutscher Herkunft: Ihre Eltern, Emil und Emma Drange, zogen 1898 aus beruflichen Gründen nach Elbing, ihre älteste Tochter Gertrud wiederum zog 1921 als junge Lehrerin nach Danzig, um Willi Jentzsch zu heiraten.

Die in Polen gern kolportierte Annahme über die Herkunft dieses Mannes hat aber offenbar als einzige „Quelle“ den leicht slawisch klingenden Namen in Kombination mit der zitierten Äußerung der heutigen Kanzlerin. Doch offenbar täuschen sich hier die polnischen Freunde der Kanzlerin, von denen manche übrigens seit einiger Zeit in einem Fanclub namens „Angela Merkel Klub Polski“ zusammengefunden haben. Wie nämlich inzwischen belegt ist, hat auch Willi Jenztsch keine polnischen Wurzeln. Er stammt vielmehr aus einer alteingesessenen deutschen Gutsbesitzerfamilie im sächsischen Wolfen, Kreis Bitterfeld, wo er am 15. Mai 1886 geboren wurde. Das „-tzsch“ in seinem Namen ist in Mitteldeutschland sowohl in Orts- als auch Personennamen häufig und hat letztlich sorbische, nicht aber polnische Wurzeln.

> Nach Adam Riese müsste Horst Kasners Mutter polnisch sein

Bleibt die für Biographen und Genealogen interessante Frage, worin Merkels polnisches Viertel denn nun bestehen könnte. Nach dem Prinzip des Negativausschlusses bleibt eigentlich nur die väterliche Seite. Nähere Angaben dazu finden sich nach *PAZ*-Informationen in keiner der unterdessen zahlreichen Biographien der Kanzlerin. Das hängt mit der Zurückhaltung von Merkels Vater Horst Kasner zusammen. Der 1926 in Berlin-Pankow geborene Theologe hat eine ebenso ungewöhnliche wie verschlungene deutsch-deutsche Biographie: Nach dem Theologiestudium in Heidelberg und Hamburg zog er 1954, kurz nach der Geburt der heutigen Kanzlerin, Richtung Osten, nach Brandenburg. Mit der Staatsführung machte er – vorsichtig gesagt – einige Kompromisse, die ihm den Spitznamen „der rote Kasner“ eintrugen. Über seine Familie ist kaum mehr bekannt, als dass sein Vater Polizeibeamter in Berlin gewesen sei. Und so bleibt eigentlich nur die Mutter von Horst Kasner als der von Merkel benannte polnische Großelternteil – wenn man nicht einen Irrtum oder komplizierte Additionen mit Urgroßeltern annehmen möchte.

Interessanter scheint freilich, dass in Merkels Familie die Politik schon lange eine Rolle spielt: Während ihr Vater kirchenpolitisch aktiv war, avancierte ihr Großvater Willi Jentzsch zunächst zum Vorsitzenden des Danziger Beamtenbundes und 1926 zu einem der elf Senatoren des Stadtstaates. Ihr Urgroßvater Emil Drange wiederum war als Oberstadtsekretär von Elbing einer der führenden Beamten dieser Hafen- und Industriestadt. Kurz nach der Wende engagierte sich zudem auch Merkels Mutter politisch, sie saß für die SPD im Gemeinderat von Templin. *K.B.*

Bei der CDU keimt Hoffnung

Berlin-Wahl im September: Union könnte vom Zerwürfnis im linken Lager profitieren



Ob mit der SPD oder den Grünen – ohne Partner von links kann die Berliner CDU nicht regieren: Spitzenkandidat Frank Henkel bevorzugt offenbar eine Zusammenarbeit mit den Grünen

Bild: Patrick Sinkel/dapd

Nun ist es offiziell: Frank Henkel ist Spitzenkandidat der CDU bei der Berlin-Wahl im September. Mit wem aber will er koalieren? Die SPD stünde der Union inhaltlich näher. Doch Henkel blickt eher in Richtung Grüne.

Auf dem Neujahrsempfang der CDU Berlin-Spandau am vergangenen Wochenende hielt Frank Henkel seine erste Rede als nominierter Bürgermeisterkandidat: „Ich bewerbe mich für das Amt des Regierenden Bürgermeisters und möchte Sie um Unterstützung bitten.“ Dann folgte eine Kampfansage des CDU-Landeschefs in Richtung des jetzigen Berliner Bürgermeisters: „Ich will da aufräumen, wo es nicht funktioniert, weil ich ein anderes Amtsverständnis habe als Herr Wowereit.“ Vor 500 begeisterten Gästen forderte Henkel mehr Polizei auf der Straße, den Erhalt der Gymnasien und härtere Sanktionen gegen Straftäter.

Nach den Umfragen scheint eine Mehrheit für die CDU allerdings ausgeschlossen. Selbst das Ziel, stärkste Partei zu werden, ist wohl kaum zu erreichen. Stimmungen sind noch keine Stimmen, aber die neueste Umfrage (Forsa) sieht die SPD bei 28 Prozent, die Grünen bei 24, die CDU bei 19 und die Linkspartei bei 14 Prozent. Andere Parteien – auch die FDP – kämen danach nicht ins Parlament. Abgerechnet wird jedoch erst am Wahltag, dem 19. September. Einen bürgerlichen oder „rechten“ Koalitionspartner hätten die Christdemokraten nicht. Doch einem linken Block stehen sie dennoch nicht gegenüber: Unter den drei linken Parteien stimmt die Chemie schon seit geraumer Zeit nicht mehr. So kann auch die CDU von einer Regierungsbeteiligung träumen. Die Mehrheit für die jetzt regierende rot-rote Koalition wakkelt laut den Umfragen. Doch auch für ein schwarz-grünes oder grün-schwarzes Bündnis wären die Mehrheiten unsicher. Ohne die SPD, deren Umfragewerte seit Wochen wieder ansteigen, scheint eine Regierungsbildung derzeit fast ausgeschlossen.

Umfrageergebnis fällt wieder auf magere 19 Prozent

Frank Henkel hat unlängst im Regionalsender RBB erklärt, seine Koalitionspräferenz ginge zu den Grünen hin. Beobachter halten aber mit Blick auf die Politikfelder, die Henkel zu seinen Schwerpunkten erklärte, den Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der SPD für größer. Flughafen BBI, gegliedertes Schulsystem, Verkehrspolitik – insbesondere der Weiterbau der Autobahn A 100 – sind „No Go Areas“ für die Grünen. Die Verkehrssenatorin und Autobahnbefürworterin Ingeborg Junge-Reyer von der SPD würde da schon eher zur CDU passen – ganz zu schweigen von Wowereits Trumpf, dem „angedachten“ Innensenator Heinz Buschkowsky. Mit dem derzeitigen Neuköllner Bezirksbürgermeister wäre die rot-schwarze Harmonie kaum noch zu überbieten.

Henkel kam eigentlich zum Posten des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU wie die Jungfrau zum Kinde. 2008 stolperte sein Vorgänger als Fraktionschef, der nach Berlin zugereiste Friedbert Pflüger, über den eigenen Machthunger, als er bei seinem Versuch, auch den Landesvorsitz zu übernehmen, scheiterte. Mit seinem Auftrumpfen jedoch schaffte Pflüger, woran zuvor alle anderen Landesvorsitzenden gescheitert waren: Die Partei zu einen. Bislang standen sich fast unversöhnlich zwei fast gleich starke verfeindete Gruppierungen gegenüber. Erst unter dem Eindruck der drohenden „Übernahme“ der Partei durch den Merkel-Adlatus Pflüger fanden sie zueinander und hoben einen der ihren – Frank Henkel – auf den Schild. Später erlangte Henkel auch noch das Amt des Landeschefs. Seither hat der „Kümmerer“ eine Beliebtheit in der Partei erreicht wie niemand zuvor. Besucht er die Basis, so heißt es: „Der Frank kommt!“

Allerdings nutzte ihm der Rückhalt in der Spree-Union nichts beim Kampf um Prozente in den Umfragen. Nach einem Zwischenhoch, das die CDU immerhin auf 25 Prozent brachte, führten linksliberale Positionspapiere zur Wirtschafts- und Ausländerpolitik sowie Auseinandersetzungen mit Islamkritikern in den eigenen Reihen zu einem Rückgang auf 19 Prozent. Frank Henkel ist es nicht gelungen – obwohl man ihm selbst konservative Überzeugungen nachsagt – die konservative Wählerschaft zur CDU zurückzubringen. Stattdessen wird nun offenbar unter Henkel das Ziel verfolgt, als Juniorpartner der Grünen oder vielleicht auch der SPD den Weg zurück an die Macht in der Hauptstadt zu finden.

Die Nachricht von Henkels Kandidatur hat dem CDU-Chef selbst bereits einen Schub gegeben. In einer Umfrage der „Berliner Zeitung“ stieg Henkels Beliebtheitsgrad. Wollten vor Weihnachten nur zehn Prozent der Berliner Frank Henkel als Regierenden Bürgermeister sehen, sind es jetzt immerhin 15 Prozent. Amtsinhaber Wowereit liegt zwar scheinbar uneinholbar bei 46 Prozent, aber die eben noch gefeierte Grünen-Kandidatin Renate Künast wollen nur noch 21 Prozent – vier Prozent weniger als vor vier Wochen. Sie zu überrunden, könnte eines der erreichbaren Ziele der CDU sein.

Dabei haben die befragten Berliner noch gar nicht auf die Skandalrede von Linkspartei-Chefin Gesine Lötsch zum Kommunismus reagieren können. Sollte ein rot-rotes Bündnis nicht mehr möglich sein, dann steigen auch die Aussichten für Frank Henkel und seiner CDU. Sollten aber die FDP oder eine andere Partei, die bislang unter den „Sonstigen“ firmiert, doch noch den Sprung ins Parlament schaffen, wüchsen die Chancen für Rot-Grün, weil die CDU als Mehrheitsbeschaffer dann zu schwach wäre mit ihren derzeit 19 Prozent. So seltsam es erscheinen mag, die Liberalen könnten am Ende aus dem Parlament fallen, weil die Berliner Renate Künast nicht wollen.

Theo Maass

Schläge statt Dialog

Von Vera Lengsfeld

Vor dem Haus der Berliner Urania spielten sich am Sonnabend, dem 8. Januar, gespenstische Szenen ab. Eine kleine Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge der DDR, die mit Transparenten gegen einen gemeinsamen Auftritt der Linke-Parteichefin Gesine Lötzsch mit der RAF-Terroristin Inge Viett und anderen bekennenden Linksextremisten demonstrieren wollte, wurde ohne Vorwarnung von linksextremistischen Schlägern angegriffen.

Der Übergriff ereignete sich am Rande der vom linksextremistischen Blatt „Junge Welt“ organisierten „Rosa-Luxemburg-Konferenz“, für die Lötzsch im Vorfeld einen Beitrag über „Wege zum Kommunismus“ veröffentlicht hatte. Man solle dabei, schwadronierte die Parteivorsitzende der Linken, von Rosa Luxemburg lernen. Die Initiatorin der „Novemberrevolution“ 1918, die in Wahrheit ein Putsch gegen die erste demokratisch gewählte Regierung der Weimarer Republik war, propagierte, sich „in den bürgerlichen Staat hineinzupressen“, auch mit Gewalt. „Von Rosa kämpfen lernen“, stand auf den Eintrittskarten. Das sah in der Realität so aus:

Es stürzten sich vier bis fünf Schläger auf einen Mann, rissen ihn zu Boden und traktierten ihn mit Faustschlägen und Tritten, während andere die Transparente kurz und klein schlugen. Etwa 100 linke Sympathisanten standen herum und griffen nicht ein, auch nicht, als die ehemaligen Häftlinge schon aus der Nase und aus Risswunden im Gesicht bluteten. Einer musste anschließend ins Krankenhaus.

Als ich das letzte, unversehrt gebliebene Transparent aufhob, trat mich ein Vermummter mit seinem Stahlkappen-Stiefel in den Bauch. In diesem Augenblick erschien die Polizei und verhinderte Schlimmeres.

Die Täter flüchteten in das Haus der Konferenz, wo sie von Konferenzteilnehmern vor der Polizei versteckt wurden. Frau Lötzsch, die eine Stunde nach den Ereignissen, als die Nachricht von dem Überfall schon über die Agenturen verbreitet wurde, auftrat, ging mit keinem Wort auf die Vorfälle ein. Bis heute fehlt eine Verurteilung dieses linksextremistischen Angriffs durch die Parteichefin. Stattdessen droht sie den ehemaligen politischen Gefangenen mit der Justiz.

Die Podiumsdiskussion wurde übrigens von der innenpolitischen Sprecherin der Linken, Ulla Jelpke, moderiert, die auf ihrer Homepage die Begriffe demokratischer Rechtsstaat und demokratisches Grundgesetz in Anführungsstriche zu setzen pflegt und damit ihre Verachtung gegenüber rechtsstaatlichen Institutionen bekundet. Auch von Jelpke gab es kein Wort der Distanzierung oder des Bedauerns. Auf dem Podium rief die RAF-Terroristin Viett später unwidersprochen zur Gewalt gegen Bundeswehreinrichtungen auf.

So demokratisch ist die Linke!

Ursula Sarrazin im Visier

Elternvertreter attackieren die Grundschullehrerin scharf

Wird sie für die unbequemen Thesen ihres Ehemanns bestraft? Seit Wochen bereits sieht sich die Frau von Thilo Sarrazin, die als Lehrerin an einer Berliner Grundschule arbeitet, Anwürfen ausgesetzt: Sie hätte einen zu strengen Unterrichtsstil, würde Schüler auch einschüchtern. Nun hat sich der Streit um Ursula Sarrazin verschärft.

In einer Berliner Tageszeitung wurde der Pädagogin sogar vorgeworfen, vor einigen Jahren einen Schüler geschlagen zu haben: Und nach über 37 Jahren Berufserfahrung als Lehrerin wird der 59-Jährigen in den Medien ganz generell unterstellt, „unpädagogisch“ zu arbeiten und den „Schulfrieden zu stören“.

Die Vorwürfe stammen von Elternvertretern, die sich bei der Schulaufsicht über die Lehrerin an der Reinhold-Otto-Grundschule im Berliner Westend beschwert haben. An der Schule mit über 300 Schülern, fast zur Hälfte mit nichtdeutscher Herkunft, unterrichtet Ursula Sarrazin seit zehn Jahren. In der Presse ließ Günter Peiritsch, der Vorsitzende des Berliner Landeselternbeirats, wissen: „Frau Sarrazin unterrichtet nicht mit pädagogischer Professionalität.“

Erfolgsautor: »Das ist Sippenhaft«

Laut Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) sind in Berlin alljährlich Hunderte Lehrer ähnlichen Attacken aus der Elternschaft ausgesetzt – es ist Berliner Alltag. Dass es Ursula Sarrazins Gegnern gelungen ist, die Angelegenheit in die breite Öffentlichkeit zu ziehen, statt eine Klärung durch die Schulverwaltung abzuwarten, war nur möglich, weil der Name Sarrazin seit dem Buch „Deutschland schafft sich ab“ weitbekannt ist.

Thilo Sarrazin vermutet, dass seine Frau gezielt von der Schule gedrängt werden soll: „Offenbar wird meine Frau wegen meiner Kritik am Bildungssystem in Deutschland von einigen in Sippenhaft genommen.“ Die Debatte hat sich mittlerweile auf grundsätzliche Ansichten zur Erziehung ausgedehnt. Ursula Sarrazin bekennt sich zu einem leistungsorientierten Unterricht, in dem es feste Grundsätze gibt: „Ich versuche, einfach nur konsequent zu sein. Klare Regeln, klare Rituale. Sie erleichtern das Miteinander.“ Auch ihre Ansicht, dass die Schule kein „Reparaturbetrieb“ ist, sondern Erziehung vorrangig im Elternhaus stattfindet, dürfte für manche Eltern bereits suspekt sein. Fraglich ist, ob in der geladenen Atmosphäre eine sachliche Aufklärung der harschen Vorwürfe noch möglich ist.

Hermann Müller

Linke ja, Freiheit nein

Stadtkewitz-Partei darf nicht in Sprachenzentrum tagen

Wochenlang war es still um den ehemaligen Berliner CDU-Landtagsabgeordneten René Stadtkewitz und seine Partei „Die Freiheit“. Nun hat er gleich zweimal öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Der „Spiegel“ druckte einen siebenseitigen, verhältnismäßig neutral gehaltenen Beitrag. Dann brachte ihn die erzwungene Verschiebung seines Landesparteitages durch die sehr kurzfristige Kündigung (am Tage der Veranstaltung) eines Raumes beim Berliner „GLS Sprachenzentrum“ erneut in die Schlagzeilen. Über den Veranstaltungsort berichtet die linke „taz“: „Auch SPD, Grüne und Linkspartei haben dort schon Veranstaltungen durchgeführt.“

Für bürgerliche Parteien scheint das Zentrum weniger offen zu sein: „Wir machen hiermit von unserem außerordentlichen Kündigungsrecht Gebrauch“, eifert GLS-Mitarbeiterin Kathrin Bergmann, obwohl aus dem Mietvertrag mit der „Freiheit“ (liegt der *PAZ* vor) klar hervorging, zu welchem Zweck die Räumlichkeiten gemietet wurden. Doch: Die „Freiheit“ sei für ihr „offenes Haus nicht vielfältig und neutral genug“, behauptet Barbara Jaeschke, Inhaberin und Geschäftsführerin des Sprachenzentrums. Eine Offenheit, die scheinbar nur von der SPD bis zur Linkspartei reicht. Für das GLS könnte diese Vorgehensweise allerdings teuer werden. Stadtkewitz lässt juristisch Schadenersatzansprüche prüfen. Zudem scheinen auch nicht alle Kunden des GLS mit dieser Vorgehensweise einverstanden zu sein, wie Kündigungsschreiben unter Beweis stellen.

Protestierer: »Nie wieder Deutschland!«

Linken Zeitungen zeigten sich hingegen erfreut. Die „taz“ kommentierte: „In einem Hotel am Stadtrand oder einer Hinterhofspelunke würden die Rechten sicher noch einen Raum finden, um eine Versammlung abzuhalten.“ Stadtkewitz selbst gab sich gegenüber der *PAZ* erstaunt über das hohe Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Während die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann von „einer demokratischen und bunten Stadt“ schwadronierte, in der „menschenverachtende Ideologien“ keinen Platz hätten, randalierten Anti-Aktivisten auf Stadtkewitz' improvisierter Pressekonferenz und grölten: „Nie wieder Deutschland“, „Nie wieder CDU“ und „Nie wieder Stadtkewitz“. Ein tätlicher Angriff auf den Ex-CDU-Politiker konnte von der Polizei in letzter Sekunde verhindert werden. Dirk Stegemann vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ stellte gegen Stadtkewitz unterdessen Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Verleumdung.

Hans Lody

»Exportartikel« Mensch

Seit langem versuchen Länder, Beschäftigungsprobleme auf Nachbarn abzuwälzen

Arbeitsmigration hat viele Folgen für alle Beteiligten. Oft diente und dient sie den Herkunftsländern zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Devisenmangel.

Als Walter Ulbricht 1961 seine „Ossis“ einmauern ließ, öffnete Tito seinen „Jugowitschen“ die Grenzen zur Welt – mit Erfolg: Die bedrohliche Arbeitslosigkeit wurde „exportiert“, 612000 „gastarbajteri“ vermieden nicht nur Beschäftigungsprobleme, sondern überwiesen bis 1986 jährlich 1,5 Milliarden D-Mark. Das entsprach etwa 40 Prozent der im Export erzielten Devisen des Landes und wurde ergänzt durch weitere Milliarden, die die Auswanderer in der Heimat auf „Devisenkonten“ deponierten oder in Firmengründungen steckten. Ende 1955 hatte Deutschland einen ersten Anwerbevertrag mit Italien geschlossen, bis 1965 folgten weitere mit Spanien, der Türkei und Marokko, zuletzt 1968 mit Jugoslawien, mit dem Bonn aber schon seit Jahren auch ohne Vertrag eng kooperiert hatte.

Jugoslawien zerfiel, auch Milliarden-Überweisungen bewahrten es nicht vor einem blutigen Bürgerkrieg, der statt Gastarbeitern 700000 Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo nach Deutschland brachte. Doch das Modell Arbeitslosenexport kopierte nach 1980 Polen – so massiv, dass der Westen mit harschem Visazwang den polnischen „Drang nach Westen“ stoppen musste. Inzwischen ist das Vergangenheit, und wenn Gjergj Dedaj, Vize-Arbeitsminister des Kosovo, heute die 70 Prozent Arbeitslosen seiner Region in der EU oder USA abladen möchte, stößt er auf Ablehnung. Der Westen hat aus den Erfahrungen Deutschlands gelernt, das zwar schon in den 70er Jahren die Anwerbung stoppte, aber dafür umso mehr Familiennachzug erlaubte. Das Land bekam so statt der „Rotation“ von Gastarbeitern Millionen zum Teil integrationsfeindlicher „Migrationshintergründler“, die die Kriminalitätsstatistiken auffüllen und die Sozialsysteme belasten.

Statt Gastarbeiter jetzt »nur« noch Familiennachzug

Bei uns ist Arbeit knapper und qualifizierter geworden, Ungelernte aus Südeuropa oder Nordafrika sind kaum noch gefragt. Anderswo ist es anders, weswegen acht (von insgesamt 88) Millionen Philippinos im Ausland arbeiten und jährlich zwölf Milliarden Dollar nach Hause überweisen. Arbeitsmigranten sind auch Mexikos und Pakistans größter „Exportartikel“, ganz zu schweigen von aktuell etwa 130 Millionen Wanderarbeitern innerhalb Chinas, für die Peking alljährlich 24 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen muss, will es soziale Revolten vermeiden. Besser steht es um Arbeitskräfte aus Indien, Ägypten oder Jordanien, die mit guten Qualifikationen und Englischkenntnissen lukrative Jobs in den reichen Golfstaaten suchen.

Mitunter retten Arbeitsmigranten ihr Volk und Land – was Europa erkennen kann am Beispiel Moldawiens. Einst rumänisches Bessarabien, später Sowjetrepublik, wurde es seit 1991 von Russland mit Öl- und Gaswucher zum ärmsten Land Europas gemacht und durch militärischen Druck vom Mutterland Rumänien separiert. Seit 2004 ist Rumänien EU-Mitglied, Hilfen aus Brüssel stärken Moldawien gegen Russland. Dass das Land überhaupt noch besteht, verdankt es auch den über 600000 (von insgesamt 3,4 Millionen) Moldawiern, die im Ausland arbeiten, am liebsten in kulturell verwandten „lateinischen Ländern“ wie Rumänien und Italien, aber auch in Russland und Deutschland. Von 2005 bis 2010 haben sie über acht Milliarden Dollar heimgeschickt, 1,9 in „fetten“ Jahren wie 2008, nur 1,2 in Krisenjahren wie 2009. Laut Weltbank sind moldawische Arbeitsmigranten zu 60 Prozent unter 40 Jahren alt, meist für anspruchsvolle Jobs qualifiziert und sparsam: Etwa 1200 Euro im Monat verdienen sie, wovon sie 700 zurücklegen – „pentru zile negre“ (für schwarze Tage), aber auch in der Erwartung hellerer Tage daheim. *Wolf Oschlies*



Größter „Exportartikel“ Pakistans sind Arbeitskräfte: Vor allem in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind pakistanische Gastarbeiter tätig. Ihre Überweisungen in die Heimat sind eine Hauptdevisenquelle für Pakistan. Bild: imago

Verzerrte Wechselkurse schaden allen

Im buchstäblichen Sinne wird Arbeitslosigkeit natürlich nur dann exportiert, wenn ein Land Erwerbslose zur Auswanderung bewegt. Doch der Begriff der „exportierten Arbeitslosigkeit“ hat in der ökonomischen Literatur eine definierte Bedeutung, die etwas vom reinen Wortsinn abweicht. Unter dem „Export“ von Unterbeschäftigung oder eben Arbeitslosigkeit verstehen Volkswirte eine Politik der Exportförderung von arbeitsintensiven Gütern – etwa durch Exportsubventionen oder durch künstlich niedrig gehaltene Wechselkurse. Die Volksrepublik China verfolgt eine solche Politik seit längerem. Bei den Handelspartnern kann eine solche Politik zu „importierter Arbeitslosigkeit“ führen. Ein Beispiel dafür sind etwa die japanischen Autoexport-Offensiven nach Europa in den 80er Jahren, die der deutschen Autoindustrie Beschäftigungsverluste brachten.

Kooperatives Verhalten lohnt sich

Eine Politik des Exportes von Arbeitslosigkeit ist allerdings nicht unbedingt rational: Künstlich gedrückte Wechselkurse verteuern ja auch die Importe. Selbst wenn mit einer solchen Politik Exportüberschüsse erwirtschaftet werden (was früher bei Japan und heute bei China zweifellos der Fall ist), muss das noch nicht unbedingt ein Erfolg sein. Was ist, wenn die dadurch angehäuften Währungsreserven an Wert verlieren, weil der geschädigte Handelspartner zu einer Politik der Inflation greift oder – weniger radikal – weil irgendwann die Unterbewertung der eigenen Währung nicht mehr durchzuhalten ist und allein dadurch die angehäuften Guthaben in fremden Währungen an Wert verlieren? Auch im wirtschaftlichen Wettbewerb ist kooperatives Verhalten langfristig meistens die bessere Strategie. *K. B.*

Der historische Fehler

Die deutschen Löhne waren von etwa 1955 bis 1970 zu niedrig

Zu den am meisten politisierten Themen unter deutschen Ökonomen gehört die Frage, ob die millionenfache Zuwanderung seit den 60er Jahren Deutschland wirtschaftlich genutzt hat oder nicht.

Einig sind sich die Ökonomen, dass die Zuwanderung von integrationsbereiten Leistungsträgern im Grunde immer und überall dem Aufnahmeland wirtschaftlich nutzt, aber auch dem abgebenden Land schadet. Doch ab welchem Punkt der Arbeitswilligkeit sind Zuwanderer „Leistungsträger“ und wie groß (und dementsprechend teuer) können Integrationsprobleme sein, um nicht den Nutzen der Zuwanderung in sein Gegenteil zu verkehren?

Fest steht, das erhöhte Kriminalität, erhöhte Bezugsraten von Transferleistungen und unterdurchschnittliche Zahlungen von Steuern und Sozialabgaben zuverlässige Indikatoren dafür sind, dass ein Land sich durch Zuwanderung selbst geschadet hat – ganz unabhängig davon, ob man diese Punkte in der Bundesrepublik Deutschland der letzten Jahrzehnte als gegeben ansehen möchte oder nicht.

Weithin unstrittig ist, dass die Gastarbeiter und späteren Zuwander im Durchschnitt nicht das selbe Qualifikationsniveau hatten wie die einheimische Bevölkerung. Als Mitte der 60er Jahre die organisierte Anwerbung von Gastarbeitern in großem Stil begann, fehlten gerade die ungelernten Arbeiter. Aus heutiger Sicht klingt es wie ein Bericht von einem anderen Stern, doch damals wurden Fließbandarbeiter, Gießerei-, Bau- und Bergarbeiter auch mit geringer Qualifikation händeringend gesucht. Soweit die entsprechenden Produktionen heute nicht komplett abgewandert sind, übernehmen diese Tätigkeiten inzwischen meist Roboter.

Statt die Löhne zu erhöhen, holte man Gastarbeiter ins Land

Seit vielen Jahren schon gibt es in Deutschland deswegen ein Millionenheer von gering qualifizierten Arbeitslosen – was übrigens in wirtschaftshistorischer Sicht der Normalfall ist. Knappheit an ungelernten Kräften hingegen ist eine große Ausnahme. Die letzte Ursache dafür in den 60er und frühen 70er Jahren waren die niedrigen Löhne in diesem Bereich – auch am Arbeitsmarkt gelten letztlich die Regeln von Angebot und Nachfrage.

Anders gesagt: Der damalige Mangel an Ungelernten, der mit Zuwanderung bekämpft wurde, hätte sich auch dadurch überwinden lassen, dass die entsprechenden Löhne ein paar Jahre lang – beispielsweise von 1955 bis 1964 – etwas stärker erhöht worden wären als es tatsächlich geschehen ist. Der Nebeneffekt wäre ein Strukturwandel der deutschen Industrie gewesen – weg von den arbeits- und meist auch energieintensiven Grundstoffindustrien, hin zu intelligenteren Produkten und Dienstleistungen. Eine solche Politik hätte die herben Brüche der 70er und frühen 80er Jahre abgemildert.

Im Rückblick gehört die übermäßige Lohnzurückhaltung im erwähnten Jahrzehnt zu den ganz großen wirtschaftspolitischen Fehlern der Bundesrepublik. Nicht nur, aber auch mit Blick auf die (Arbeits-)Migration. *K.B.*

Zeitzeugen



Ludwig Erhard – Der 1897 geborene Ökonom gilt zurecht als Vater des Wirtschaftswunders. Von 1949 bis 1963 war er Bundesminister für Wirtschaft, danach mit weniger Fortüne drei Jahre lang Kanzler. Zu seinen weniger bekannten Leistungen gehört die Überwindung der Millionenarbeitslosigkeit der frühen 50er Jahre. Später machte er mit allzu erfolgreichen „Maßhalteappellen“ einen großen Fehler: Die Löhne waren zu niedrig, es entstand Arbeitskräftemangel und in der Folge Massenzuwanderung.

Thomas R. Malthus – Der britische Ökonom und Philosoph (1766–1834) vertrat eine düstere These: Zwar steige die Produktivität durch den technischen Fortschritt. Doch zusätzliches Bevölkerungwachstum fresse diesen Fortschritt gleich wieder auf, so dass die Arbeiter nie groß über das Existenzminimum hinauskämen. Zum Glück irrte Malthus hier.



Ferdinand Lasalle – Der 1825 in Breslau geborene Arbeiterführer gilt als Gründervater der SPD. In der Tradition von Malthus vertrat er sein „Ehernes Lohngesetz“. Unter den Bedingungen des Marktes kämen die Löhne nie nennenswert über das Existenzminimum hinaus. Er hielt folglich wenig von der Tarifautonomie, sondern forderte Genossenschaften in Arbeiterbesitz. Anders als Marx bewertete er den Staat positiv.

Wolfgang Franz – Der 1944 geborene Volkswirt ist Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Franz ist einer der führenden deutschen Arbeitsmarktexperten und Vorsitzender des Rats der fünf „Wirtschaftsweisen“. Er plädiert für niedrigere Hartz-IV-Sätze bei deutlich erweiterten Zuverdienstmöglichkeiten.



Karl Schiller – Der Volkswirt, Jurist und spätere SPD-Politiker wurde 1911 – wie Lasalle – in Breslau geboren. Wie viele Prominente der Bundesrepublik gehörte auch Schiller vor 1945 der NSDAP (und weiteren NS-Organisationen) an. Von 1966 bis 1972 gehörte er der Bundesregierung an – zunächst als Wirtschafts-, dann zusätzlich als Finanzminister. Aus Protest gegen Willy Brandts Schuldenpolitik trat er im Juli 1972 zurück.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3941**

Rettungslos verloren

Selbst der Star der Union, Karl-Theodor zu Guttenberg, konnte der Hamburger CDU keinen Glanz verleihen

Fünf Wochen vor der ersten von sieben Landtagswahlen in diesem Jahr beginnt in Hamburg die heiße Phase des Wahlkampfes. Während die SPD unter Olaf Scholz vor Selbstbewusstsein strotzt, wandert die CDU durch ein Tal der Depression. Nach dem verlorenen Volksentscheid für die Schulreform hat die Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Selten wohl ist ein politischer Stern so schnell erloschen wie der des ehemaligen Bürgermeisters Ole von Beust. Nach dessen Abgang und Scheitern der schwarzgrünen Koalition sucht die Hamburger CDU nach neuen Leitpersonen und Leitbildern. Sein Nachfolger im Amt des Bürgermeisters, der wenig charismatische Christoph Ahlhaus, wird die Schatten der Vergangenheit nicht los. Dabei gibt es viele Erfolge zu vermelden: 51 Prozent mehr Abiturienten seit 2001 und 40 Prozent weniger Schulabbrecher. Hamburg ist sicherer geworden mit 25 Prozent weniger Kriminalität. Bezahlbare Kindergärten ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem sei Hamburg eine „Boomtown" geworden, preist Ahlhaus die „wachsende Stadt" mit den vielen Baukränen.

Doch die Erfolgsbotschaft will nicht zünden. Nach der Aufstellung der Wahllisten am vergangenen Wochenende mit fast 100 Prozent für die Spitzenkandidaten müht sich die CDU-Basis auf der Ebene der Ortsverbände. Nur zehn Prozent der Mitglieder sind zur Kandidatenaufstellung für die Wählerlisten gekommen. Kaum jemand wagt eine optimistische Prognose oder ein politisches Ziel zu präsentieren. Die christdemokratische Basis leckt noch ihre Wunden der letzten zwei Jahre, weil etwa die Hälfte der eigenen Mitglieder gegen die Schulreform, die Einführung der sechsjährigen Primarschule und der de-facto-Abschaffung des Gymnasiums, stand. Dem immer grüner werdenden Bürgermeister von Beust durfte nicht in die Parade gefahren werden. Nun wird wahr, was die Kritiker befürchtet hatten: Die Hälfte der christdemokratischen Wählerschaft von 2008 ist verprellt.

Überraschend konnte Ahlhaus den Kopf der Schulreformgegner, Rechtsanwalt Walter Scheuerl, für die Landesliste der CDU gewinnen. Das trug zum Aufstieg aus dem Keller der Umfragen von 22 auf 26 Prozent bei. Der neue Landesparteichef Frank Schira will darin schon eine „Aufholjagd" zu den Sozialdemokraten erkennen, die zwischen 43 bis 45 Prozent Zustimmung liegen. Zu unglaubwürdig wirkt vielen allerdings der schnelle Kurswechsel, zu frisch im Gedächtnis sind die Zumutungen der vergangenen zwei schwarzgrünen Jahre gewesen. Gebrochene Wahlversprechen hinterlassen bei vielen bürgerlichen Wählern das Gefühl, die CDU nicht mehr wählen zu können, obwohl es kaum Alternativen gibt.



Der Machtwechsel wirft seine Schatten vorraus: Das Erbe von Ex-Bürgermeister Ole von Beust (CDU) ist für seinen Nachfolger Christoph Ahlhaus mit zu vielen CDU-fernen Kompromissen behaftet. Bild: action press

Zum Wahlkampfauftakt am Montag dieser Woche gelang der Parteiführung ein weiterer Coup, den wenige für möglich gehalten hätten. Der neue Star der Union, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, zog im Hamburger Kongress-Zentrum 2800

Selbst die meisten CDU-Kandidaten sind ohne Hoffnung

Zuhörer an und vermittelte genau das, was den Christdemokraten von der Elbe so sehr fehlt: Selbstvertrauen, Selbstkritik, Selbstironie und Mut. Für viele Zuhörer sprach er wahrscheinlich zu intellektuell, aber immer wieder brandete Beifall auf, wenn er über seine mutigen Entscheidungen in Afghanistan berichtete. Neben warmen Worten für die Hamburger Parteifreunde widmete er sich in seiner knapp einstündigen Rede hauptsächlich bundes- und weltpolitischen Fragen. Seine selbstironischen Witze über den eigenen schnellen Aufstieg oder die zukünftige Rückständigkeit Bayerns (gegenüber Hamburg) zündeten. Selten ist ein Bayer in der Hansestadt so wohlwollend empfangen und mit so viel Applaus bedacht worden wie zu Guttenberg.

Die Hamburger SPD, seit neun Jahren in der Opposition, kann frei von den Wirren der gegenwärtigen Politik agieren. Mit großem Selbstbewusstsein tritt Olaf Scholz, der bei Regierungsverlust 2001 als Innensenator und Parteichef wirkte, vor die hanseatische Wählerschaft. In den letzten Tagen präsentierte er erst den Präses der großen Hamburger Handelskammer, Frank Horch, als neuen Kandidaten für das Amt des Wirtschaftssenators, dann den bekannten Reeder Erick Rickmers als Bürgerschaftskandidaten. Die Genossen machen also mal wieder gemeinsame Sache mit den „Bossen" und die Hamburger Wirtschaft scheint wieder einmal ihr Fähnlein nach dem Wind zu hängen und unterstützt ziemlich geschlossen den wahrscheinlichen sozialdemokratischen Wahlsieger. Das trifft Christdemokraten wie Grüne ins Herz ihrer politischen Ambitionen. Noch im letzten Sommer wollte Bürgermeister Ahlhaus den Handelskammerpräsidenten als Wirtschaftssenator gewinnen. Die Grünen aber wollten sich mit ihm noch nicht einmal an einen Tisch setzen.

So geht der Christdemokratie ihr zentralstes Kompetenzfeld, die Wirtschaft, verloren. Den Elbgrünen dämmert langsam, dass die Kündigung der Regierungskoalition keine so kluge Idee war. Mit Scholz scheint es weniger Gemeinsamkeiten als mit der CDU zu geben. Der SPD-Mann plädiert energisch für die (von den Grünen blockierte) Elbvertiefung und ist gegen das grüne Lieblingsprojekt einer neuen „Stadtbahn". Das eine Milliarde Euro teure Projekt sei nicht bezahlbar.

Was die Wahl tatsächlich bringt, scheint aber keineswegs so sicher zu sein, wie viele jetzt denken. Denn das – durch die Volksinitiative „Mehr Demokratie wagen" – veränderte Wahlsystem gibt jedem Wähler zehn (bisher zwei) Stimmen, die er frei auf Parteien und Personen verteilen kann. Nur 50 der 121 Kandidaten für die Bürgerschaft werden über Landeslisten bestimmt, die anderen 71 mehr oder minder direkt gewählt. Das kann noch für manche Überraschung sorgen. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

»Suche nach Gerechtigkeit«

Magdeburg – Von unerwarteter Seite erhielt Linkspartei-Chefin Gesine Lötzsch Unterstützung für ihren Kommunismus-Vorstoß. Die Landesbischöfin der unlängst fusionierten „Kirche in Mitteldeutschland", Ilse Junkermann, sprach sich gegen „Denkverbote in einer demokratischen Gesellschaft" aus. Junkermann fand Lötzschs Äußerung positiv, weil es um eine Suchbewegung und einen Weg zu „mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft gehe". Kritiker werfen Junkermann vor, sie sei auf dem linken Auge blind. Denn den „Kampf gegen Rechts" führt die Landesbischöfin mit harten Bandagen, wie die *PAZ* im Fall Christhard Wagner im Januar 2010 berichtete. Als EKM-Oberkirchenrat Wagner in absurder Weise gegen den konservativen „idea"-Chefredakteur Helmut Matthies giftete, sah sie keine Veranlassung, sich auf dessen Seite zu stellen. *HEB*

Zu viel Rücksicht auf Muslime

Mainz – Eine Broschüre der rheinland-pfälzischen Landesregierung zum Umgang mit muslimischen Schülern stößt auf Kritik bei der Opposition. In der Handreichung der SPD-Regierung wird den Schulen unter anderem vorgeschlagen, den Sexualkundeunterricht sowie den Sport- und Schwimmunterricht ab der Pubertät nach Geschlechtern zu trennen. Die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner zeigte sich verwundert: „Dies wäre ein Rückschritt in die graue Vorzeit. Das hat nichts mit Fortschritt und Aufklärung zu tun." In dem Faltblatt, das auch der Philologenverband kritisiert, heißt es weiter, dass Schulfahrten, Feste oder Praktika nicht in die Zeit des Fastenmonats Ramadan fallen sollen. Klöckner ist Spitzenkandidatin der CDU und Herausforderin von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) bei der Landtagswahl. *idea*

Besuch beim Papst

Bayern bekommt neuen Landesbischof

Am 24. Januar wird der Papst den evangelischen Landesbischof von Bayern, Johannes Friedrich, in Privataudienz empfangen. In dem halbstündigen Gespräch geht es um das Lutherjahr 2017 und auch die Frage, ob Rom den über Luther ausgesprochenen Bann aufheben wird. Der Landesbischof gab sich skeptisch: Die Aufhebung eines Bannes über einen Verstorbenen sei „kirchenrechtlich vielleicht nicht möglich". Wie Fried-rich im Münchner Presseclub erklärte, wünscht er sich jedoch von Rom eine kritisch-konstruktive Würdigung von Luthers Schaffen.

Friedrich weiter: „In der EKD haben wir beschlossen: Wir wollen nicht nur Jubiläum feiern, sondern Themen der Reformation schon in den Jahren davor herausstellen. Ich persönlich wünsche mir – und diesen Wunsch teile ich auch mit dem Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider –, dass wir das Reformationsjubiläum 2017 gemeinsam mit der römisch-katholischen Kirche begehen."

Friedrichs zwölfjährige Amtszeit endet im Herbst, er bleibt jedoch in wichtigen Gremien. Bereits am 4. April wird der Nachfolger oder die Nachfolgerin gewählt, derzeit gibt es drei Kandidaten.

Übrigens könnte das Gespräch mit dem Papst am Montag trotz aller Harmoniesignale von Seiten Friedrichs in zumindest einem Punkt auch kontrovers werden. Auf ihrer Synode Anfang November hat die EKD ein neues Dienstrecht auf den Weg gebracht, das es homosexuellen Pfarrerinnen und Pfarrern leichter als bisher ermöglicht, mit ihrem gleichgeschlechtlichen Partner das Pfarrhaus zu beziehen – aus katholischer und orthodoxer Sicht ein Unding.

Auch in Bayern: Homo-Ehe im Pfarrhaus

Kritiker monieren auch das Vorgehen von Bischof Friedrich in dieser Frage. In Bayern habe hier ein kleines Gremium, der Landeskirchenrat (LKR), im Juli auf einer Klausurtagung „still und leise" Fakten geschaffen, die Landessynode habe diese dann Ende November nur noch „abnicken" können, um einen Eklat zu vermeiden. Das Vorpreschen von LKR und Bischof in dieser Frage war rechtlich umstritten. Seit kurzem werden Kritiker der neuen Regelung in Bayern nach *PAZ*-Informationen mit durchaus unchristlichen Methoden unter Druck gesetzt (siehe Kommentar Seite 8). *N.M./K.B.*

Ignorierte Hinweise

Belgrader Geheimdienst hinter Palme-Mord?

In wenigen Wochen liegt die Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme 25 Jahre zurück. Und obwohl der Mord weltweit für Aufsehen sorgte, liegen die Hintergründe für die Tat bis heute im Dunkeln. Zwar gibt es bis heute eine Sonderkommission, doch diese tappt im Dunkeln. Ein schwedischer Kleinkrimineller, der den sich nach einem Kinobesuch mit seiner Frau auf dem Heimweg befindenden Palme für einen säumigen Schuldner gehalten haben soll, wurde 1989 freigesprochen.

Allerdings soll der schwedischen Sonderkommission laut „Focus" seit 2008 ein Schreiben aus Deutschland vorliegen, in dem das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) Hinweise zum Palme-Mord gibt. Die deutschen Spuren weisen weg von möglichen Auftragsmördern der von Palme bekämpften Waffenlobby, weg von Tätern aus dem Iran, hin zum Belgrader Geheimdienst SDS. Allerdings hat die schwedische Sonderkommission erst neun Monate nach Eingang der Hinweise aus Deutschland über Interpol Kontakt mit den deutschen Ermittlern aufgenommen. Dabei ist man in München überzeugt, dass der Zeuge, ein ehemaliger jugoslawischer Agent, eine authentische Quelle ist. Doch die Stockholmer fragten gar nicht nach der Quelle, sondern nur nach dem in den Hinweisen angeführten Mörder, der inzwischen allerdings von Hamburg ins für ihn sichere Kroatien gezogen war. Zagreb hat keine Ausliefervereinbarungen mit Schweden. Der Verdächtige soll Palme umgebracht haben, um die dem Belgrader Regime verhassten Exilkroaten in Verruf zu bringen. Eine Gruppe Exilkroaten hatte 1971 die jugoslawische Botschaft in Stockholm überfallen und dort den Chefdiplomaten des jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito ermordet. Aus Sicht der Täter war der in diesem Mordfall die Ermittlungen vorantreibende Sozialdemokrat Palme ebenfalls ein Kommunist, dem medienwirksam mit dem Tod gedroht wurde.

LKA München hat einen Zeugen

Dafür, dass die Hinweise des LKA in München stimmen, spricht die Tatsache, dass die Ermittler in letzter Zeit des öfteren Auftragsmorde des SDS aufgeklärt haben. Der Geheimdienst wurde von Tito, Träger des höchsten deutschen Ordens, mit gegründet und bis zu seinem Tod 1980 befehligt. *Bel*

Kein kurzer Prozess

Somalische Piraten fordern Mitleid ein

Der erste Piraten-Prozess in Hamburg seit 400 Jahren wird ein langer Prozess werden. Noch zwei Monate nach Beginn streiten die 20 Anwälte der zehn Angeklagten um Formalien.

Eigentlich sollte die Faktenlage klar sein. Die mutmaßlichen Seeräuber wurden in flagranti ertappt, nachdem sie den deutschen Frachter „Taipan" der Hamburger Komrowski-Reederei 530 Seemeilen vor der somalischen Küste gekapert hatten. Dabei setzten sie schwere Waffen ein, enterten das mit Nato-Stacheldraht gesicherte Schiff und plünderten es. Die Besatzung hatte sich in einem gepanzerten Schiffsraum in Sicherheit gebracht. Ein holländisches Militärkommando der Nato-Operation „Atalanta" nahm schließlich die zehn Somalier direkt auf dem Schiff fest.

Der Sachverhalt gilt als „überschaubar", beschreiben Juristen die eindeutigen Tatbestände. Die zehn Männer sind angeklagt wegen Angriffs auf den internationalen Seeverkehr und erpresserischen Menschenraubs. Menschenrechtler und Verteidiger machen die Dinge aber komplizierter. Zu Beginn des Prozesses thematisierten sie das Alter von einigen der mutmaßlichen Seeräuber, die angeblich strafunmündig seien. Menschenrechtsaktivisten nutzten das Verfahren, um vor dem Gerichtssaal Flugblätter zu verteilen. Sie verwiesen auf die Situation in Somalia. Ginge es nach ihnen und den 20 Verteidigern, dann sollten die Bedingungen des Landes durchleuchtet werden. Die Anwälte zielen darauf, die Angeklagten frei von jeder individuellen Schuld zu sprechen und sie zum Opfer der Verhältnisse zu machen.

Frei von jeder individuellen Schuld?

Die schmächtigen und dunkelhäutigen Männer sind neuerdings bereit, ihre Beteiligung zu „gestehen". Als Grund für ihre Piraterie müssen die angeblich fischfreien Gewässer vor der Küste herhalten. Ein anderer Somali gibt eine vermeintliche Entführung und Lösegeldforderung im Verwandtenkreis als Motiv an. Eine Erpressung soll also die andere begründen. Derweil äußerten sich deutsche Steuerzahler in Internet-Foren empört über die Kosten, die das Verfahren produziert. Vieles sei verdreht in diesem Prozess. Insbesondere seien die wahren Opfer des Überfalls, die Schiffsbesatzung und die Schiffseigner, überhaupt noch nicht thematisiert worden. *HEB*

MELDUNGEN

Keine Ex-Spione im EU-Außenamt

Brüssel – Nachdem bekannt wurde, dass 192 aktive bulgarische Diplomaten früher für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet haben, fordern einige EU-Parlamentarier, dass die neuen Mitarbeiter des EU-Außenamtes auf ihre Vergangenheit hin untersucht würden. Da ein Drittel der neuen EU-Botschafter aus dem diplomatischen Dienst der Mitgliedsstaaten entsandt würden, bestehe gerade bei ehemaligen Ostblockstaaten die Gefahr einer ehemaligen Geheimdiensttätigkeit. „Die EU-Institutionen und vor allem das neue EU-Außenamt dürfen keine Ex-Spione in ihren Reihen haben, die im Geheimdienst eines totalitären oder diktatorischen Regimes gedient haben. Vor Amtsantritt in Brüssel müssen die aus den Mitgliedsstaaten entsandten Beamten versichern, nicht geheimdienstlich tätig gewesen zu sein“, so zwei CDU-Europaabgeordnete. *Bel*

Heftige Attacken auf den Papst

Rom – Der Aufruf von Papst Benedikt XVI. an die Regierungen mehrheitlich islamischer Länder, besser für den Schutz der dortigen christlichen Minderheiten zu sorgen, hat zu schroffen Reaktionen geführt. So hat die Regierung Ägyptens, wo 22 koptische Christen nach einem Gottesdienst ermordet wurden, seine Botschafterin aus dem Vatikan vorübergehend abgezogen. Kairo sprach von „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Ägyptens. Pakistans Regierung stellte klar, dass sie an ihrem extremen Blasphemie-Gesetz nicht zu rütteln gedenke. Nach dem Gesetz wurde eine pakistanische Christin zum Tode verurteilt, weil sie sich angeblich herablassend über den Religionsstifter Mohammed geäußert hatte. Der Papst hatte dagegen protestiert. *H.H.*

Peinliche Freunde

Bis zuletzt hielt Frankreich am tunesischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali fest

Ob Tunesien, Marokko oder Algerien: In seinen ehemaligen Kolonien toleriert Paris autoritäre Regime.

Der Mittwoch, 12. Januar, war kein schöner Tag für die Pariser Medien. Par ordre de Mufti schwieg die regierungsnahe Zeitung „Le Figaro“ zum Aufstand, während Demonstranten in Tunesien unter den Kugeln der Polizei fielen. Der Konkurrent „Le Monde“ berichtete auf einer halben Seite unter einem Zitat des tunesischen Diktators. Ratlosigkeit allenthalben! Auf den Kommentarseiten des „Figaro“ las man dafür einen distanzierten, intellektuellen Beitrag des Kolumnisten Alain-Gérard Slama, der eine „Destabilisierung“ des befreundeten Landes befürchtete und die entstehende Lücke im maghrebinischen „Sicherheitssystem“ als Gefahr darstellte.

Einige Tage davor hatten die Ordnungskräfte in Algerien einen erneuten Aufstand unterdrückt. „Die Algerier sind bürgerkriegsmüde“, freute man sich heimlich. Würde es in Tunesien auch so enden? Man staunte, dass ausgerechnet in Tunesien, wo ein starker Mann mit eiserner Hand regierte, urplötzlich Gewalt ausbrach, während sie doch eher in Algerien an der Tagesordnung war.

Marokko und Tunesien waren 1956 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen worden und blieben dann relativ ruhig. Der kommunistische Spuk, der den Aufstand der algerischen FLN (1954–1962) gegen die Franzosen gefördert hatte, war weg. Allerdings spukte längst ein neues Gespenst in Nordafrika: der militante Islamismus. Frankreich ist der FLN-Nomenklatura unter Abdelaziz Bouteflika in Algier stillschweigend dafür dankbar, dass nach einem blutigen Bürgerkrieg die laizistische Zwangsherrschaft in Algier wieder Fuß gefasst hat. In Tunesien galt der republikanische Diktator Ben Ali ebenfalls als Vorkämpfer gegen „die Bärtigen“. Die letzten französischen Präsidenten François Mitterrand, Jacques Chirac und auch Nicolas Sarkozy haben ihn im wahrsten Sinne umarmt. Fast 30 Jahre lang drückten sie in Sachen Zensur, Willkür, ja sogar Folter und „Kapitalexport“ durch den nach dem Familiennamen der tunesischen Präsidentengattin bekannten Trabelsi-Klan ein Auge zu. Mitten in der historischen Revolutionswoche diagnostizierte Slama deswegen pflichtgemäß im „Figaro“ ein „Desaster“ im Staat am südlichen Mittelmeer. Hatte doch „der Nachfolger von Bourguiba“ (tunesischer Präsident von 1957–1987) Wunder bewirkt, so Slama, während auf unzähligen Transparenten in Tunesien „Ben Ali verpiss dich!“ stand. Der „Nachfolger“ war aus Paris gesehen nicht so schlecht wie sein Ruf. Ein Drittel der jungen Tunesier, darunter 60 Prozent Frauen und Mädchen, hat eine Hochschulausbildung erhalten. Tunesien hat einen Mittelstand geschmiedet, der in Algerien fehlt. Beobachter stellten jedoch fest, dass während der weltweiten Wirtschaftskrise, die zahlreiche französische Investitionen insbesondere in der Textilindustrie zum Rückzug aus Tunesien zwang, auch der Bildungsmittelstand zunehmend arbeitslos geworden war. Der junge Mann, Mohamed Bouazizi, dessen Selbstverbrennung in Sidi Bouzid den Aufstand ausgelöst hatte, hatte das Abitur bestanden, musste aber als Gemüseverkäufer arbeiten, um seine Familie zu ernähren. Sein Laden wurde von der Polizei aufgelöst, weil er den üblichen Bakschisch nicht bezahlen konnte. Zum Preisanstieg und zum Stellenverlust kommt im ganzen Maghreb der Bevölkerungsdruck hinzu. In Marokko, Algerien, Tunesien sind 75 Prozent der Menschen unter 30 und 50 Prozent unter 25 Jahre alt. In Tunesien gibt es eine Geburtenkontrolle, in Algerien und Marokko fehlt sie.



Hofiert: Nicolas Sarkozy und seine Frau 2008 bei einem Besuch bei Ben Ali Bild: P. Kovarik/dapd

Paradoxerweise haben Bildungsniveau und Teilwohlstand in Tunesien zur Radikalität des Aufstandes beigetragen. Im Königreich Marokko halten der zivilisatorische Rückstand, das Machtgefüge der Königsfamilie und eine starke französische Präsenz die Rebellion nieder. Die jungen Algerier hingegen stehen in täglicher Konfrontation mit der Polizei. Sie haben die Wahl zwischen Elend und Emigration nach Frankreich.

„Tunesien ist ein Alarmzeichen für die Nachbarn im Maghreb“, sagt der französische Politologe Pascal Boniface der Zeitung „Aujourd'hui“. Tagelang herrschte Verwirrung in der politischen Klasse in Frankreich. Der Staatspräsident war mehr als zurückhaltend. „Frankreich erteilt keine Lehren und mischt sich nicht ein“, tönte es aus dem Präsidialamt. Als die Schüsse auf Demonstranten und die Proteste der Frankreich-Tunesier bekannt wurden, bezeichnete Regierungschef François Fillon die Reaktionen von Ben Alis Polizei als „unverhältnismäßig“. Bis auf Verteidigungsminister Alain Juppé schwieg Paris dennoch weiter.

Niemand ahnte, dass Freund Ben Ali ein paar Stunden später das Weite suchen würde. Nicolas Sarkozy erfuhr zudem nicht rechtzeitig, dass die Umgebung von Ben Ali ihn hinauskomplimentiert hatte. Er musste eiligst sein Sicherheitskabinett zusammentrommeln, als das Flugzeug des Despoten schon im Anflug nach Frankreich war. Das Landeverbot und die Umleitung nach Saudi-Arabien waren eine notwendige Geschmacklosigkeit.

Für die Linken in Frankreich, die seit Jahren gegen die Unterdrückung der öffentlichen Meinung in Tunesien demonstrieren, war zunächst die „sanfte Revolution“ ein Grund zur Freude. Als am 16. Januar bewaffnete Gruppen in Tunis Selbstjustiz übten, flaute die Freude ab. Am 17. hatte die Armee die Lage wieder im Griff. *J.-P. Picaper*

Im ganzen Maghreb sprechen noch 33,4 Millionen Menschen fließend Französisch, das entspricht 64 Prozent der Tunesier, 57 Prozent der Algerier und 41,5 Prozent der Marokkaner. Offiziell leben 1,5 Millionen Algerier und 800 000 Marokkaner und 600 000 Tunesier in Frankreich, während 16 000 Franzosen in Tunesien leben und arbeiten. Über 40 000 französische Rentner haben sich für einen Lebensabend in Marokko entschieden, wo Immobilien und Dienstboten billiger sind und die Steuern sehr niedrig sind. Maschinenbau, Zulieferung von Auto- und Flugzeugteilen, zahlreiche Immobilien, die Textilindustrie im ganzen Maghreb und die größte Schifffahrtsgesellschaft in Marokko sind in französischer Hand. Renault-Nissan investiert in der Region. In Tunesien trifft man die französischen Konzerne Veolia, Sagem und EADS. Hinzu kommen die Einnahmen aus dem Tourismus, wobei die meisten der Reisenden aus Europa, vor allem Frankreich, kommen. *J.-P. P.*

Zurück zum Harem

Zweitehe in der Türkei staatlich akzeptiert

Türkische Männer heiraten immer öfter eine zweite Frau. Die konservative AKP-Regierung unterstützt die Neubelebung der islamischen, rechtlich nicht anerkannten Ehe neben der zivilen aus „humanitären“ wie persönlichen Interessen.

Lange gab es beides: die zivilrechtliche und die Imam-Ehe. Allein die Zivilehe ist in der Türkei als Kernbestandteil der Reformen von Staatsgründer Kemal Atatürk staatlich anerkannt. Die traditionelle Imam-Ehe hielt sich allerdings auf dem Land. Der Staat legitimierte bisher mit Amnestiegesetzen Kinder solcher nach muslimischem Ritus geschlossener Ehen. In den 90er Jahren erledigte sich das Problem der Konkurrenz zweier Ehebegriffe scheinbar – auf dem Land akzeptieren seither auch traditionelle Muslime die Zivilehe.

Das Problem des für Frauen wie Kinder wenig Sicherheit bietenden Nebeneinanders ist jedoch nicht gelöst. Neben der zivilrechtlich Angetrauten wählen immer mehr Türken dank Imam-Ehe eine Zweitfrau. Ein Imam muss dabei nicht zwingend zugegen sein. Der Bräutigam braucht nur muslimische Zeugen und einen Heiratsvormund der Braut. Die konservative AKP-Regierung unterstützt diese Vielehe – aus „humanitären Gründen“, wie sie sagt. Ihr geht es offiziell um Flüchtlingsfrauen aus dem Irak, die so Hilfe erhielten.

Bereits 2004, als der türkische EU-Beitritt auf der Tagesordnung stand, bereitete die AKP ein Gesetz vor, das Ehebruch bestrafen sollte, die Vielehe aber nicht. Damals protestierten EU-Vertreter wie weltlich orientierte Türken. Inzwischen ist die Sympathie der Regierung für die islamische als Zweitehe aktenkundig. Laut einer von der Hacettepe-Universität in Ankara für die Gleichstellungskommission des Parlaments erstellten Studie nimmt die Zahl der Zweitfrauen stetig zu. Gut 200 000 Türken haben demnach eine. Seit AKP-Politiker Halil Ürün seine (Erst-)Frau Esma schlug, weil die sich nicht mit seiner Zweitehe abfinden wollte, deckte die Zeitung „Sabah“ auf, dass mindestens 20 Parlamentarier eine „Mätresse nach islamischem Ritus“ haben. Der führende AKP-Politiker Ali Bulac rühmt sich seiner vier Frauen, und der AKP-Bürgermeister der Schwarzmeerstadt Rize, Halil Bakirci, rief dazu auf, die Männer sollten Kurdinnen zur Zweitfrau nehmen – als Beitrag zur Lösung des Kurdenproblems. *SV*

> Zahlreiche Politiker haben Zweitfrauen

China als unsichtbarer Dritter

Sudan: Schwierige Verhandlungen vor Unabhängigkeit des Südens – Staatsname »Kusch«?

Die Volksabstimmung im Südsudan konnte plangemäß vom 9. bis 15. Januar durchgeführt werden, und mit einer Beteiligung von rund 90 Prozent ist das für die Gültigkeit des Referendums nötige Quorum von 60 Prozent klar gegeben. Außer in der Grenzregion Abyei kam es zu keinen größeren Zwischenfällen.

Die Auszählung wird erst im Februar vorliegen, doch niemand bezweifelt, dass sich die Südsudanesen mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit entschieden haben. Darauf hatte bereits die Rückwanderung von Nordsudanesen in den Norden und Südsudanesen in den Süden hingedeutet. Die Zentralregierung hat zwar zugesagt, das Votum zu respektieren, doch vor der tatsächlichen Unabhängigkeit des Südens gibt es noch schwierige Verhandlungen, die sich bis Juli hinziehen und durch Zwischenfälle sabotiert werden könnten. Denn die Grenzziehung zwischen Nord und Süd ist umstritten und höchst brisant: Es geht um Bodenschätze, genauer gesagt um die Aufteilung der Einkünfte daraus, und um den Status der Region Abyei, in der „arabische“ Nomaden mit sesshaften Viehzüchtern eines Dinka-Stammes in blutiger Fehde liegen.

Erdöl hatte bisher den mit Abstand größten Anteil an den sudanesischen Exporten und war dementsprechend auch die weitaus wichtigste Einnahmequelle des Staates. Aber das Öl kam zu gut vier Fünfteln aus dem Südsudan. Der Südsudan wiederum ist als Binnenland nun bei Ausfuhr aller für den Weltmarkt interessanten Waren von Transitländern abhängig, und alles Öl – vorerst die einzige nennenswerte Einkommensquelle des Südsudan – wurde bisher über Port Sudan am Roten Meer verschifft.



Referendum: Die Auszählung dauert noch bis Februar Bild: pa

Westliche Interessenten haben zwar Pläne für eine Pipeline an den Atlantik. Aber da gäbe es mindestens zwei andere unsichere Transitländer, und vor allem würde es den chinesischen Interessen zuwiderlaufen. Denn China ist nicht nur der weitaus wichtigste Wirtschaftspartner des Sudan, sondern bezieht selbst bis zu einem Zehntel seiner Ölimporte von dort. Bei den Gesprächen zwischen Norden und Süden wird also China als unsichtbarer Dritter mit am Verhandlungstisch sitzen und viel wirksamer als irgendwelche Vermittler auf Kompromisse drängen. Denn solange die eigenen Interessen gewahrt sind, ist den Chinesen egal, wer im Norden oder Süden regiert.

Wirtschaft und Infrastruktur werden die Hauptprobleme des neuen Staates sein. Doch nach dem Wegfall des Feindbildes Nordsudan stehen außer der Grenzfrage zunächst noch andere „identitätsstiftende Maßnahmen“ auf der Tagesordnung. Klar ist, dass der bisherige Regionalpräsident Salva Kiir Mayardit Staatsoberhaupt und Juba Hauptstadt wird. Auch eine Hymne soll es bereits geben. Wie in anderen afrikanischen Mehrvölkerstaaten wird sich als Verwaltungssprache wohl die der ehemaligen Kolonialmacht, also Englisch, durchsetzen. Und als Staatsname wird „Kusch“ favorisiert, in Anlehnung an das antike Reich der Kuschiter. Das lag zwar gut tausend Kilometer weiter nördlich, und seine Bewohner waren Nubier, die mit den Völkern des Südsudan nichts gemein hatten. Aber sich auf den Glanz imaginärer Vorfahren und Reiche zu berufen, ist ja kein Einzelfall, und es gibt sogar Bezüge zur Bibel, in der ein Kusch als Enkel Noahs erwähnt wird.

Für den Restsudan hat Präsident Omar Al-Baschir eine noch striktere Anwendung der Scharia angekündigt. Die Abtrennung des teilweise christlichen Südens – mit Unterstützung durch den Westen – wird aber nicht nur im Sudan zur Radikalisierung der Islamisten beitragen. So wie ja auch der in Den Haag gegen Baschir erlassene Haftbefehl wegen Völkermords als Einmischung des Westens gesehen wird und Baschirs Stellung eher gefestigt hat.

Uno-Kreise und Potentaten in aller Welt sehen es als „gefährlichen Präzedenzfall“, dass von Kolonialmächten oder Weltkriegssiegern gezogene Grenzen nun per Referendum geändert werden. Und im Streit um das Nilwasser zählt der Südsudan jetzt zu den Oberliegern, die ihren Druck auf die Unterlieger Ägypten und Sudan verstärken werden. Dass der in Bau befindliche Jonglei-Kanal fertiggestellt wird, ist daher mehr als fraglich: Er sollte die Sümpfe umgehen, in denen die Hälfte der Wasser des Weißen Nils verdunstet, den Schiffsverkehr erleichtern und außerdem Wasser in Trockengebiete des Nordens umleiten. *RGK*

Gefangen in der selbstgebauten Falle

Währungskrise lässt den Ruf nach Transferunion lauter werden – Merkel akzeptiert »kleineres Übel«

Also doch lieber eine gemeinsame Wirtschaftsregierung anstelle einer Transferunion. Diese würde, so sie denn wie der deutsche Länderfinanzausgleich funktionieren würde, den deutschen Steuerzahler jährlich so viel Kosten, wie der Bund insgesamt pro Jahr an Steuern einnimmt.

Die Bundesregierung gerät bei ihren Versuchen, Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin mit dem Ziel der Rettung notleidender Euro-Staaten in Einklang zu bringen, zunehmend in die Klemme. Gerade erst hatten die viel gescholtenen Märkte dem Wakkelkandidaten Portugal etwas Luft verschafft, indem sie ihm 1,25 Milliarden für neue Staatsanleihen geliehen hatten, da sorgte ausgerechnet EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso – selbst Portugiese – für neue Unsicherheit.

Mit seiner Forderung, den Rettungsschirm (offiziell: „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität", kurz EFSF) von derzeit 750 Milliarden kräftig aufzustocken, schürte der Chef der EU-Kommission die Furcht vor akuten Zahlungsschwierigkeiten in den Problemstaaten. Zu diesem Zeitpunkt trafen sich Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble gerade in Berlin mit ihren italienischen Amtskollegen Silvio Berlusconi und Giulio Tremonti. In einer Einmütigkeit, die zwischen Rom und Berlin eher selten ist, verurteilten die vier die Einlassung Barrosos als „Gequatsche": Bislang sei nur ein Bruchteil des Schirms überhaupt in Anspruch genommen worden, da sei jedes Gerede über seine Erweiterung unverantwortlich, so sinngemäß die vier Spitzenpolitiker.

Schon fürchten Beobachter, nach Barrosos Äußerungen könnten die Märkte nunmehr die Euro-Länder so lange „vor sich her treiben", bis der Schirm tatsächlich ausgeweitet werden müsse. Barroso habe das denkbar falsche Signal gesetzt. Dabei berief sich der Portugiese ausgerechnet auf ein Diktum von Kanzlerin Merkel, die unlängst geäußert hatte, man werde „alles" tun, um den Euro zu retten. „Alles" tun kann unschwer mit „alles" zahlen übersetzt werden. Und das bietet Finanzmarkt-Akteuren theoretisch endlose Möglichkeiten.

Der Eindruck, die deutsche Regierung sperre sich ganz und gar gegen eine Ausweitung des gigantischen Schirms, ist ohnehin falsch: Wolfgang Schäuble ließ bereits durchblicken, dass er sich vorstellen könne, etliche deutsche Milliarden nachzuschaufeln.

Hintergrund: Der Schirm hat drei Säulen. Für 250 Milliarden steht der Internationale Währungsfonds (IWF) gerade, 60 Milliarden garantiert die EU. Die übrigen 440 Milliarden teilen sich Euro-Mitgliedstaaten auf nationale Rechnung. Ihr Beitrag orientiert sich am jeweiligen nationalen Anteil an der Europäischen Zentralbank (EZB), der in etwa ihre Wirtschaftsleistung abbildet.

Der Schirm besitzt an sich kein Geld. Die einzelnen Länder müssten die Summen erst als Schulden aufnehmen, um sie dann über den Schirm an die notleidenden Partner weiterzureichen. Allerdings verfügen längst nicht alle Euro-Staaten über die beste Bonitätsnote „AAA". Damit aber der EFSF die Bestnote erreicht, haben die Rating-Agenturen, die die Noten vergeben, gefordert, dass jedes Euro-Land

> Rettungsschirm soll EZB Konkurrenz machen

nicht nur mit 100, sondern mit 120 Prozent seines EFSF-Anteil haftet. Durch die „Übersicherung" des Schirms stehen nur rund 255 Milliarden an Mitteln bereit, die wirklich an gefährdete Länder verliehen werden könnten. Der Rest entfällt auf die „Übersicherung" und ist demnach nicht wirklich verfügbar.

Genau hier setzt die deutsche Kompromissbereitschaft an. Schäuble hat durchblicken lassen, dass er bereit sei, über eine Ausweitung des tatsächlichen Verfügungsrahmens auf die angestrebten 440 Milliarden nachzudenken. Das hieße jedoch, dass Deutschland, das ohnehin den Löwenanteil trägt, massiv aufstocken müsste.



Kein Entkommen: Merkel wird von allen EU-Partnern an die deutsche Verantwortung erinnert. Bild: G. V. Wijngaert/dapd

Dafür, dass es dazu kommt, hat Barroso allein durch seine Äußerungen einen beträchtlichen Beitrag geleistet. Der EU-Kommissionspräsident verfolgt indes noch deutlich weiterreichende Ziele hinsichtlich des Rettungsschirms. Im Einklang mit EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und weiteren Mitgliedern des EZB-Rats verfolgt Barroso das Ziel, nicht bloß den Umfang des Schirms drastisch auszubauen, sondern ihm auch seine Aufgaben spürbar zu erweitern.

So schlug der Vertreter Zyperns im EZB-Rat, Athanasios Orphanides, vor, der EFSF solle auch Staatsanleihen von Euro-Staaten kaufen dürfen. Das hieße, dass der Schirm nicht erst in einer akuten Notlage eingreifen dürfe unter Auflage strenger Regeln für den Hilfenehmer. Nach Orphanides' Idee würde der Schirm den Ländern auch für den normalen laufenden Betrieb verbilligte Kredite gewähren. Seit vergangenem Mai tut dies bereits die EZB, die Ländern mit geringer Bonität seit vergangenem Mai bereits etwa 75 Milliarden Euro geliehen hat, indem sie deren Staatsanleihen zu günstigen Zinssätzen abkaufte. Dieses Programm soll offenbar unter dem Mantel des EFSF noch deutlich ausgeweitet werden.

Damit wäre ein weiterer bedeutender Schritt in Richtung „Transferunion" getan. Eine Transferunion nach dem Muster des deutschen Länderfinanzausgleichs würde die deutschen Steuerzahler nach seriösen Schätzungen etwa so viel kosten, wie der Bund insgesamt an Steuern einnimmt.

Berlin ist sich bewusst, dass die Bundesregierungen aller Couleurs Deutschland hier in eine hochgefährliche Lage manövriert haben, aus der es (wegen des numerischen Übergewichts der schwachen Länder in der Euro-Zone) kaum noch ein Entrinnen gibt.

Vor diesem Hintergrund sah sich Kanzlerin Merkel dieser Tage zu einer abrupten 180-Grad-Wende gezwungen und gab der langjährigen französischen Forderung nach einer „europäischen Wirtschaftsregierung" nach. Bislang hatte Deutschland eine solche Einrichtung aus Furcht vor französischem Regulierungseifer strikt abgelehnt.

Numehr ist Berlin einverstanden, die Steuerpolitik, Sozialsysteme und Arbeitsmarktpolitik in der Euro-Zone zentral abzustimmen, um Auswüchse à la Griechenland auf diesem Weg zu verhindern. Damit sollen die unkalkulierbar teuren Auswirkungen der heraufdämmernden „Transferunion" für die Deutschen zumindest abgemildert werden.

Hans Heckel

KURZ NOTIERT

Erholung in Island: Die Wirtschaft Islands ist im dritten Quartal 2010 wieder um 1,2 Prozent gewachsen. Auch die Inflation ist von 18,6 Prozent kurz nach dem Zusammenbruch der Banken im Herbst 2008 auf rund 2,5 Prozent zurückgegangen. Experten rätseln, ob diese Genesung auch darauf zurückzuführen ist, dass Island nur Teile seiner maroden Banken rettete. Auch wird diskutiert, ob die Tatsache, dass Island nicht der Eurozone angehört, zur Erholung beigetragen hat. *Bel*

Vorsichtige SNB: Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) schon seit Dezember mehrere irische Staatanleihen als Sicherheiten für Repo-Geschäfte nicht mehr annimmt, akzeptiert sie nun auch portugiesische Staatspapiere nicht mehr. Möglicherweise hängt die Vorsicht mit dem herben Verlust zusammen, den die SNB 2010 erwirtschaftet hatte: 21 Milliarden Franken Verlust sind entstanden, weil die SNB vergeblich versuchte, den Höhenflug des Franken durch Euro-Käufe zu bremsen. *N.H./K.B.*

Sprit vom Supermarkt? Zurückhaltend haben die Discounter Lidl und Aldi die Anregung von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) aufgenommen, ins Benzingeschäft einzusteigen, um die Preise zu drücken. Dass nicht längst neue Anbieter in diesen Markt drängen, ist etwas überraschend, denn die Gewinnmargen sind im Benzingeschäft groß. Kritiker weisen darauf hin, dass die fünf großen Anbieter (BP, Esso, Shell, Total und Jet) so eng miteinander verbunden sind, dass der Wettbewerb unterlaufen wird. *K.B.*

Unzufrieden über „Bachelor": Immer mehr Unternehmen zeigen sich von den Ergebnissen der Bologna-Reform an den Universitäten enttäuscht. Statt Magister und Diplom gibt es nun die internationalen Abschlüsse Bachelor und Master und das Studium wurde verschlankt. „Die Unternehmen vermissen vor allem die Verknüpfung von Theorie und Praxis bei den Absolventen der neuen Studiengänge", so der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. *Bel*

Streit über »Stromautobahn«

Flächendeckende Verkabelung für Wind und Sonne

Sonne und Wind sollen, so wollen es die parteiübergreifend vereinten „Klimaschützer", baldmöglichst den größten Teil unserer Energieversorgung decken. Ob das überhaupt je zu realisieren sein wird, ist auch eine Frage des Transports.

Die Sonnenscheindauer richtet sich gerade in unseren Breiten nun einmal nicht danach, wann wir besonders viel Strom brauchen. Und der Wind ist völlig unberechenbar. Zudem können Anlagen mit genügend großer Leistung schon aus Gründen des Landschaftsschutzes in aller Regel gerade da nicht gebaut werden, wo die Energie benötigt wird.

Daher brauchen wir quer durch Deutschland und quer durch Europa ein viel dichteres Fernleitungsnetz als das heutige, das längst an seine Kapazitätsgrenzen angelangt ist. Die Deutsche Energie-Agentur hat ausgerechnet: Sollen die sogenannten Erneuerbaren Energieträger tatsächlich bis 2020 nahezu 40 Prozent der Stromversorgung übernehmen, brauchen wir neue „Stromautobahnen" von mindestens 3600 Kilometer Länge.

Doch dort, wo neue überirdische Stromtrassen gebaut werden sollen, wehren sich immer öfter Anwohner. Doch die Alternative, unterirdische Leitungen, ist nicht nur teurer, sie bedarf dort, wo die Leitungen unter die Erde gehen, riesiger Umlenkstationen. Außerdem müssen sie gekühlt werden, da sich Wechselstromleitungen auf bis zu 90 Grad erhitzen können, so dass weniger Strom durch die Erdkabel geschickt werden darf, was

> Gleichstromnetze könnten eine Alternative sein

zur Folge hat, dass wegen der geringeren Kapazität doppelt so viele Leitungen verlegt werden müssen. Und egal ob über- oder unterirdisch, die Wärmestrahlung trocknet den angrenzenden Boden aus. Da Erdkabel zudem aufwendiger zu reparieren sind, sind diese vier- bis siebenmal teurer als überirdische Leitungen.

Inzwischen wird erwogen, einen Teil der neuen Hochspannungsleitungen nicht mehr, wie heute üblich, mit Wechselstrom, sondern mit Gleichstrom zu speisen. Bei Gleichstrom erwärmt sich die Leitung weniger, die Verluste sind geringer und es entsteht kein elektromagnetisches Feld, also kein Elektrosmog. Die Technologie ist nicht neu; sie wurde schon um 1900 eingesetzt. Der entscheidende Nachteil: In den Generatoren der Kraftwerke wird Dreiphasen-Wechselstrom erzeugt, Endverbrauchernetze und viele Geräte sind auf Wechselstrom ausgelegt. Gleichstromleitungen müssen also am Anfang und am Ende mit aufwändigen Gleich- beziehungsweise Wechselrichtern bestückt werden.

Der höhere technische und finanzielle Aufwand rentiert sich bislang nur bei Unterwasserleitungen. Ein solches Seekabelnetz gibt es bereits im Ostseeraum. Es verbindet Stromerzeuger und Verbraucher in Deutschland, Dänemark, Schweden und Finnland. In China wurde vor einem halben Jahr die bislang längste Überland-Gleichstromleitung mit einer Länge von über 1400 Kilometer in Betrieb genommen.

Ob unterirdisch verlegte Gleichstrom-Hochspannungskabel eine Option für Deutschland wären, ist unter Experten umstritten. Sie geben zu bedenken, dass dabei nicht nur technische und geologische, sondern auch juristische Probleme zu lösen wären. *H.J.M.*

Dubiose Sorglos-Fonds

Prozess um Berliner Bankenskandal: Staatsanwaltschaft will Revision

Im Verfahren gegen ehemalige Manager und Mitglieder des Aufsichtsrats der Berliner Bankgesellschaft hat die Staatsanwaltschaft am 11. Januar Freispruch beantragt. Die Anklage geht allerdings weiterhin von einer „gravierenden Pflichtverletzung" der Angeklagten aus, die Beweisaufnahme sei zu früh abgebrochen worden und unvollständig geblieben, so der Staatsanwalt im Plädoyer.

Den zwölf Angeklagten, darunter der ehemalige Berliner Spitzenpolitiker Klaus-Rüdiger Landowsky, war im Zusammenhang mit zwei 1998 und 1999 aufgelegten Immobilienfonds schwere Untreue vorgeworfen worden. Das Gericht hatte es eine Woche zuvor abgelehnt, einen Gutachter zur Bestimmung des Schadens heranzuziehen, es sieht die umstrittenen Fonds vom gesamten Konzern mitgetragen und gebilligt. Für die Staatsanwaltschaft wurde die Beweisaufnahme zu früh beendet, sie will in Revision beim Bundesgerichtshof gehen. Im Prozess geht es um zwei der sogenannten „Rundum-Sorglos-Fonds". Die Geschlossenen Immobilienfonds wurden von der IBG, einer Tochtergesellschaft der Bankgesellschaft Berlin, mit erstaunlichen Konditionen aufgelegt: Üppige Mietgarantien auch bei Leerstand und nach 25 Jahren eine Rücknahmegarantie zum Kaufpreis. Das Ganze für den Anleger nahezu risikolos – durch die Konstruktion der Bankenholding stand in letzter Konsequenz das Land Berlin als Bürge. Weshalb der Erwerb der Fonds noch

> Berliner Landesbank war schon 2001 am Rand des Kollaps

zusätzlich steuerlich gefördert wurde, ist kaum erklärbar – ein unternehmerisches Risiko war für die Anleger nicht vorhanden. Thilo Sarrazin, ab 2002 Finanzsenator in Berlin, hat die „Sorglos-Fonds" als eine Art „Bundesschatzbrief mit Steuervorteil" bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, dass bei der Auflage der Fonds pflichtwidrig kaufmännische Grundsätze außer Acht gelassen wurden und Risiken nicht einkalkuliert wurden. Für den Steuerzahler sind die Geschäfte der Bankgesellschaft Berlin mittlerweile eine teure Angelegenheit geworden: Allein durch die beiden verhandelten Fonds wurde laut Anklage ein Schaden von 58 Millionen Euro verursacht.

Insgesamt muss das Land Berlin inzwischen mit 21 Milliarden Euro für Folgen aus den Aktivitäten der Berliner Bankgesellschaft bürgen. Im Jahr 1994 gegründet, war die Bankgesellschaft Berlin bereits 2001 in einer derartigen finanziellen Schieflage, dass der Steuerzahler mit 1,7 Milliarden Euro den Zusammenbruch verhindern musste. Damit war Berlin ausnahmsweise anderen Bundesländern um Jahre voraus – inzwischen mussten fast alle Landesbanken mit Steuergeldern gerettet werden. Nachdem die Staatsanwaltschaft im laufenden Prozess keine Erfolgsaussicht sieht und selbst Freispruch beantragt hat, ist die noch ausstehende Urteilsverkündung eine Formsache. Das Urteil in einem weiteren Prozess gegen Klaus Landowsky, wegen Untreue bei der Vergabe von Immobilienkrediten, wurde 2010 vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben und muss beim Landgericht Berlin nochmals verhandelt werden. *N. Hanert*

Unglaubwürdig

Von Hans Heckel

Gegenseitiges Vertrauen, das sei die Basis des Dialogs, beteuern die Vertreter der islamischen Welt ebenso unablässig wie jene des Abendlandes. Nach dem grausigen Attentat von Alexandria demonstrierten Ägyptens Staatspräsident Husni Mubarak ebenso wie die hohen islamischen Würdenträger des Landes ihre Solidarität mit den Christen. Auch in Pakistan beschwört die Regierung nach jedem Übergriff, wie wichtig ihr religiöse Toleranz sei.

Zu gern würden wir die Beteuerungen glauben. Doch lassen die Ausfälle gegen Papst Benedikt (siehe Seite 6) die Solidaritäts-Adressen und Toleranz-Aufrufe wenig glaubwürdig erscheinen. Das brutale Blasphemie-Gesetz sei unverhandelbar, tönt es aus Islamabad, der Kopten-Mord sei eine „innere Angelegenheit“, heißt es aus Kairo. Man stelle sich vor, ein religiös motivierter Mord von Christen an 23 Moslems oder ein Todesurteil an einem Moslem wegen abfälliger Äußerungen über Jesus in Deutschland würde von Berlin als „innere Angelegenheit“ vereinnahmt. Was würden die muslimischen Regierungen da wohl aufführen? Ein Aufschrei und massive „Einmischung“ wären die sicheren Folgen.

Der Aufschrei

Von Konrad Badenheuer

Es kommt selten vor, dass sich acht pensionierte Bischöfe gemeinsam zu Wort melden, um gegen eine Fehlentwicklung in der EKD Stellung zu nehmen. Wer die Gepflogenheiten in der Evangelischen Kirche kennt, weiß, dass ein solches Vorgehen einem Aufschrei gleichkommt.

„Die Kirche muss homosexuellen Menschen raten, bindungslos zu bleiben“, mahnte die Gruppe um Altbischof Ulrich Wilckens (Hamburg) in einer Beilage der Wochenzeitung „Die Zeit“. Dazu müsse die Kirche stehen, „auch wenn die Gesellschaft Druck ausübt“. Das neue Pfarrdienstrecht sei ein Zeichen, dass biblische Normen „leider auch in unserer Kirche vielfach nicht mehr ernst genommen werden, bis hinein in die Lebenspraxis mancher Pfarrer“.

Einige starke Argumente gegen die Öffnung der Pfarrhäuser für gleichgeschlechtliche Paare hat die EKD noch vor wenigen Jahren selbst vertreten. Noch 2002 kritisierte sie das damalige Urteil des Bundesverfassungsgerichts über „eingetragene Lebenspartnerschaften“. Dieses Urteil – so die Überschrift der damaligen Stellungnahme, die bis heute auf ihrer Internetseite aufzurufen ist – „missachtet [den] Abstand zur Ehe“. Es dürfe „nicht dazu führen, dass ‚ehebezogene Normen‘ nun nahezu vollständig auf homosexuelle Partnerschaften übertragen werden“.

Welche stärkere Übertragung „ehebezogener Normen“ ist eigentlich vorstellbar als ein neues Kirchengesetz (!), das es „verpartnerten“ Geistlichen erlaubt, wie Eheleute im Pfarrhaus zu leben? Eines von beiden muss total falsch sein: Entweder die damaligen Worte oder aber die heutigen Taten der EKD in dieser Sache.

Die Tragödie der Lutheraner

Von Hinrich E. Bues

Wie kann sich eine evangelische Landesbischöfin wie Ilse Junkermann nach 40 Jahren DDR-Kommunismus noch für diese gescheiterte Vision einsetzen, fragen sich geneigte Beobachter. Haben Christen unter dem Regime der gottlosen Materialisten nicht genug gelitten? Hier das Mäntelchen von einem „mehr an Gerechtigkeit“ zu bemühen, erscheint so scheinheilig wie falsch. Die „Freiheit von Denkverboten“, die Junkermann nun hinsichtlich der Kommunismus-Debatte der Gesine Lötzsch bemüht, gab es in der DDR und sonstwo im Ostblock nun wirklich nicht.

Was treibt also die Landesbischöfin? Ist es das Motto: Die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber? Oder steckt etwas anderes dahinter? Zur evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, der Junkermann geistlich vorsteht, gehören die ehrwürdigen Stätten der Reformation, Wittenberg und die Wartburg bei Eisenach. Dort, wo die Reformation einst begann, ist der Protestantismus heute auf eine kleine Minderheit zusammengeschmolzen. Auch nach der Wende von 1989 begann hier kein Aufschwung, wie bei den orthodoxen Kirchen in Osteuropa. Nein, ein weiteres Drittel der Mitglieder kehrte den Landeskirchen seitdem den Rücken. Heute bezeichnen sich in manchen Städten weniger als zehn Prozent als evangelisch.

Öffentliche Demontage des eigenen Glaubens

Wer Ursachenforschung für den Niedergang des Protestantismus in seinen Kernländern betreibt, stößt auf ein erstaunliches Phänomen: Die Demontage des eigenen Glaubens, der eigenen Kernbotschaft. Am gleichen Ort, wo Luther einst die Bibel ins Deutsche übersetzte, machen sich nun evangelische Kirchenführer daran, das protestantische Schriftprinzip („sola scriptura“) außer Kraft zu setzen. War Luther einst ausgezogen, um „allein die Bibel“ gegen mit der Tradition begründete gesellschaftliche und kirchliche Fehlentwicklungen zur Geltung zu bringen, so gehen Junkermann & Co. den umgekehrten Weg. In der DDR propagierten sie die „Kirche im Sozialismus“ und hofften – unter Preisgabe des Evangeliums – auf staatliche Toleranz. Der antifaschistische „Kampf gegen Rechts“ beherrscht noch heute die Gedanken dieser Kirchenleute, die sich den Kommunisten immer noch nahe fühlen. Ein Name wie der des Konsistorialpräsidenten und späteren brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe steht für Anpassung an die jeweilige Gesellschaft statt Treue zur Bibel.

Eine besondere Kostprobe dieser Bibelvergessenheit lieferte Ilse Junkermann zeitgleich mit ihren Pro-Kommunismus-Äußerungen. In Eisenach und im Angesicht der Wartburg, wo Luther die Bibel übersetzte, erklärte sie, dass nun offiziell gleichgeschlechtliche Paare in Pfarrhäusern Mitteldeutschlands leben dürfen. Wer die Bibel aufschlägt, findet darin allerdings das Gegenteil. Daran erinnerten auch acht evangelische emeritierte Landesbischöfe (siehe links).

Ängstlich fragt man sich angesichts dieser Entwicklung, in welchem Zustand sich die evangelische Christenheit befinden wird, wenn 2017 das Jubiläum des 500. Jahrestages der Reformation gefeiert werden soll. Wird sich die Schwindsucht des Protestantismus bis zum völligen Kollaps fortsetzen?



Sieht die Kommunismus-Debatte in der Partei „Die Linke“ positiv: Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)

Bild: J. Schlueter/dapd

Moment mal!





Keine Angst vor dem Kommunismus?

Von Klaus Rainer Röhl

Nachdem die lange Zeit etwas zu blasse SED-Nachfolgepartei-Vorsitzende Gesine Lötzsch plötzlich loslegte und zusammen mit den verdienten Kämpfern der RAF erörtert hat, welche Wege zum Kommunismus führen, ist ja ein richtiger Wirbel um sie entstanden. Darf man wieder für den Kommunismus werben, 20 Jahre nach der Wende? Man darf. Tatsächlich haben auch, wie uns die Talkmasterin Sandra Maischberger in der letzten Woche in einer Statistik vorführte, gar nicht so viele Menschen Angst vor dem Kommunismus.

Jetzt mal ehrlich: Ist es wirklich so schlimm, wenn Ihnen mal auf der Straße die Handtasche geklaut oder weggerissen wird? Ist doch in New York genauso oder in Paris. Wer weiß, was das für ein armes Kind ist, wenn es „sowas“ machen muss. Und – wer trägt schon Geld in der Handtasche mit sich herum? Sind die da oben nicht viel größere Kriminelle? Die ganze Firmen aufkaufen und dann die Löhne drücken?

Und die Drogenhändler? Die müssen das machen, weil sie in Afrika sonst verhungern – oder gefoltert werden. Ist doch im Fernsehen immer zu sehen. Die sind einfach verzweifelt. Auch die Angst vor den Drogendealern ist übertrieben.

Ebenso war es bei den Terroristen von der RAF. Na und? Was ist davon geblieben? Sicher, der Weg war falsch mit den Bombenattentaten und Morden, aber das haben die Leute inzwischen selbst eingesehen und sitzen jetzt friedlich in den Talkshows oder wie letzte Woche beim Rosa-Luxemburg-Kongress auf dem Podium, arbeiten im Schuldienst oder als Regieassistent an einem Berliner Theater. Aber damals – Massenhysterie. Das war auch viel „Angstmache“.

Verharmlosung ist in den Medien inzwischen alltäglich

Bitte auch keine Angst vor Islam-Terroristen. Die wollen nur das System treffen. Die kleinen Leute haben nichts zu befürchten, bekommen nur in den seltensten Fällen etwas ab. Die wollen nur die USA bekämpfen und die „Kreuzritter“ gegen den Islam, in Afghanistan und überall in der Welt. Wenn wir uns da raushalten, passiert uns schon nichts. Wenn nicht – selber schuld.

Keine Angst auch vor der Antifa und den Autonomen! Da erhebt sich zunächst mal die Frage, ob es die in nennenswertem Umfang überhaupt noch gibt. Keiner von uns hat ja einen in seiner Bekanntschaft. Im Fernsehen sieht man sie aber oft, weil sie so fotogen sind. Sie erscheinen auf allen Demonstrationen gegen die Globalisierung oder gegen die „Atomtransporte“. Als „schwarzer Block“ (schwarzes Leder, schwarze Stiefel, schwarzer Helm oder schwarze Mützen mit Sichtschlitzen, „Haßkappen“). Sie treten diszipliniert auf und erinnern entfernt an SS-Aufmärsche – mehr an den „Krieg der Sterne“. Sieht nur so schlimm aus. Die tun keiner Fliege was zuleide. Es sei denn, sie werden von der Polizei „angegriffen“. Oder sie sehen einen „Nazi“, kenntlich an einer Glatze. Da kennen sie nichts und handeln nach ihrem Schlag-Wort: „Haut die Glatzen, bis sie platzen!“ Die tun keiner Oma was Böses.

Keine Angst auch vor aggressiven Bettlern. Meist mit struppigen Hunden sitzen sie vor Warenhäusern, in der U-Bahn, auf Geschäftsstraßen. Sehr kontaktfreudig, direkt auf die Menschen zugehend: „He Alter, hast du mal ‘n Euro?“ Groß, gesund, kräftig, gut in Form, höchstens etwas blass. Keine Angst. Gebt ihnen den Euro und aus. Dumme Sprüche wie „Gehen Sie doch arbeiten!“ sollte man allerdings lieber lassen. Da können die ganz schön sauer werden und der Hund auch. Wenn sie nicht gereizt werden, passiert gar nichts. Keine Panik.

Die größte Angstmache richtet sich ja immer noch gegen die Kommunisten, die heute die „Die Linke“ heißen. Dabei kann man ja jeden Tag sehen, wie harmlos die sind. Im Fernsehen, in der Tagesschau, in der Talkshow, im Interview. Früher, bei Ulbricht und Breschnew, waren sie nicht so sympathisch. Aber heute? Besonders die jungen Genossinnen wie Gesine Lötzsch. Jung, hübsch angezogen, schlagfertig und selbstbewusst treten sie in der Talkshow auf, zum Beispiel die blonde Sprecherin der Partei, Dagmar Enkelmann, oder Sahra Wagenknecht, die Stalin für den größten Politiker der neuen Geschichte hält, sie machen alle eine gute Figur. Und werden deshalb auch lieber eingeladen als manch alter, missmutiger Dissident, der jahrelang im Stasi-Knast gesessen hat. Kein Humor. Keine Chance gegen den unbestrittenen Meister des Humors: Gregor Gysi.

Deshalb können viele, besonders junge Menschen, die sich von den „kritischen Magazinen“ wie Panorama, Monitor, Fakt, Kontraste und Report Baden-Baden und von den Blättern des „kritischen Journalismus“ von der Süddeutschen bis zur „taz“ allumfassend informieren lassen, einfach nicht verstehen, warum die SPD und die Grünen zusammen mit der Partei „Die Linke“ keine Regierung bilden, wo sie doch bereits bei der letzten Wahl eine „linke Mehrheit“ bekommen haben, quasi eine Volksfront. Wo doch schon die umbenannte SED, die PDS, auf Länderebene als koalitionsfähig galt. Klappt die Zusammenarbeit in Berlin unter Wowereit nicht vorzüglich? Geht doch. Und in NRW ebenfalls, mit Stimmenthaltung oder ohne. Dass die nochmals umbenannte Partei aus Honeckers Zeit, mit dem Geld, dem Apparat und den Mitgliedern der alten SED, in einigen Bundesländern zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet, auf die Dauer auch im Bundestag kein Koalitionspartner für die SPD sein wird, steht nirgends geschrieben.

Ohne Gewalt haben es die Kommunisten bisher noch nie an die Macht geschafft

Keine Angst, noch ist es nicht soweit. Aber es wird daran gearbeitet, gebohrt, gewühlt, gehämmert und gesichelt, geklittert und geleimt. Keine Angst also vor Terroristen. Die Genossen von der SED haben Erfahrung im Umgang mit ihnen, auch mit denen aus dem Nahen Osten. Die Terroristen der RAF wurden, wie man weiß, von der SED geschützt und in den Nahen Osten geschleust, zur Kampfausbildung.

Doch keine Angst vor den Kommunisten. Wenn die wieder an die Macht kommen, werden Arbeitslose, Drogendealer und jugendliche Kriminelle aus dem Straßenbild verschwinden. Hat es so etwas je in der guten alten DDR gegeben? Jeder hatte einen Arbeitsplatz, auch die Mütter, und deshalb hatte jedes Kind einen Krippenplatz. Und es gab keine Jugendgewalt und keine Schweinegrippe, keine Bankenkrise und keine Erderwärmung, keinen Elektrosmog und keinen Krötentod (es sei denn, durch die damals zahlreicheren Störche)! Jedenfalls berichtete niemand darüber, weil es auch keine Presse gab. Außer der „Jungen Welt“ und dem „Neuen Deutschland“.

Nun mal Spaß beiseite. Keine Angst vor Gesine Lötzsch. Die wollte nur mal in die Schlagzeilen, nachdem ihr immer vorgehalten worden war, dass sie ein wenig nichtssagend und trutschig war. Vielleicht wollte sie nur ihre Partei vor dem weiteren Absturz in den Hochrechnungen und dem Mitgliederschwund retten. Aber sie wird es nicht schaffen. Auch nicht mit Hilfe der alten Kämpfer der RAF. Die Kommunisten haben es noch nie in der Menschheitsgeschichte geschafft, ohne Gewalt an die Macht zu kommen. Und selbst dazu brauchten sie immer eine Mehrheit „nützlicher Idioten“, wie Lenin in dankenswerter Offenheit seine Bündnispartner nannte. Ihre Zahl in der SPD nimmt allerdings weiter zu.

Besuchen Sie Klaus Rainer Röhl im Internet unter www.Klausrainerroehl.de.

Der gläserne Hamburger

Die Staatsbibliothek der Hansestadt hat alte Adressbücher ins Internet gestellt

Eine Fundgrube nicht nur für Historiker sind die von der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek ins Internet gestellten Adressbücher aus drei Jahrhunderten.

Hätte es damals bereits Datenschützer gegeben, sie wären entsetzt gewesen. Googles „Street View“ wirkt geradezu harmlos im Vergleich zu den alten Adressbüchern, die jetzt von der Hamburger Staatsbibliothek frei zugänglich ins Netz gestellt wurden. Von 1698 bis 1966 erschienen in der Hansestadt bis auf wenige Ausnahmen jährlich Bücher, in denen alle relevanten Personen aufgelistet wurden. Pastoren, Juristen, Professoren und natürlich Kaufleute fanden dort alphabetisch gegliedert Aufnahme. Akribisch vermerkt wurden nicht nur Namen und Adressen, sondern auch Berufe, ja sogar die Bankverbindungen.

Der Aufwand, all diese Daten zu erfassen, ist heute kaum vorstellbar, schließlich gab es in den Anfangszeiten kein Telefon oder ähnliche Verbindungen. Die Mitarbeiter des Verlags „Hamburger Nachrichten“ mussten, ähnlich wie die demnächst zu erwartenden „Volkszähler“, von Tür zu Tür laufen und die Bewohner befragen. „Spätestens seit dem 19. Jahrhundert hatten die Adressbücher drei Funktionen“, erläutert Projektleiter Ulrich Hagenah. „Sie dokumentierten die Einwohnerschaft der Stadt, dienten wirtschaftlichen Interessen, da die Berufe und Geschäftsfelder mit angegeben waren, und sie boten auch Fremden wichtige Informationen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass es stets einen umfangreichen Teil mit Angaben zu öffentlichen Einrichtungen gab.“ So lagen die Adressbücher denn auch in Hotel-Rezeptionen aus, damit die Hamburg-Touristen von einst sich informieren konnten. Neben Hinweisen auf Theater, Museen und Bibliotheken sind auch zahlreiche Anzeigen zu finden, in denen Produzenten ihre Ware feilbieten oder Ausflugsziele in die nahe Umgebung angepriesen werden.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg private Telefonanschlüsse sich immer mehr durchsetzten, übernahmen Telefonbücher die Funktion der Adressbücher. Doch Hagenah betont: „Das Interessante an den Adressbüchern ist die Fülle von Informationen nicht nur zu Personen und Firmen, sondern auch zu Straßen, deren Verlauf manchmal sogar skizziert wird.“



Philipp Otto Runge: Die Hülsenbeckschen Kinder (Öl, 1805/06, Ausschnitt), im Hintergrund ist die Silhouette Hamburgs zu sehen. Bild: Elke Walford

Ganze vier Jahre lang haben Mitarbeiter der Hamburger Staatsbibliothek die Adressbücher in den eigenen Beständen, im Staatsarchiv und in 15 anderen Bibliotheken gesichtet, sie katalogisiert und eingescannt. Ein Großteil der Bände (bis 1955) steht jetzt im Netz, der Rest soll folgen. Mit wenigen Klicks kann man den eigenen Vorfahren auf die Spur kommen, aber auch neugierig nachfragen, wo welche Prominenten gelebt haben. Der Pommer Philipp Otto Runge, dem die Kunsthalle noch bis 13. März eine große Ausstellung widmet, wohnte 1804 mit seiner Familie in der Bohnenstraße 1, in der „schönsten Gegend der Stadt, bei der Börse und Börsenhalle, recht in dem allergrößten Spektakel der freien Reichsstadt Hamburg“, wie er seiner Frau nach Dresden schrieb. Bruder Daniel hatte 1793 mit den Kaufleuten Speckter und Hülsenbeck eine Handelsgesellschaft gegründet, die am Rödingsmarkt 49 ihren Sitz hatte. Auch der Danziger Kaufmann Heinrich Floris Schopenhauer, der Vater des Philosophen Arthur, betrieb in Hamburg Geschäfte. Während er in der Straße Kohlhöfen lebte, befand sich „das Comtoir in der Kleinen Reichenstraße 34“, später im Neuen Wandrahm 92.

Mehr ist zu erfahren über den Dichter Heinrich Heine, der von 1815 bis 1831 in Hamburg lebte und als Heinrich Harry Heine in den Großen Bleichen Wechselgeschäfte betrieb. Der Direktor der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark, der in der Heinrich-Hertz-Straße 9 lebte und ein Konto bei der Vereinsbank hatte, bot „werktäglich Sprechstunden in der Kunsthalle von 10 bis 8 Uhr“ (abends) an. Der Königsberger Heinrich Spiero, der 1905 die Hamburger Kunstgesellschaft ins Leben rief und seinen Hamburger Bürgereid ablegte, war Teilhaber der Spedition Joseph Spiero in Berlin und verfügte über ein Postscheckkonto (Nr. 2356). Alexander von Humboldt besuchte 1790/91 die Hansestadt und wohnte in dieser Zeit bei Professor Johann Georg Büsch in der Fuhlentwiete (Neustadt).

Wer Vergnügen daran hat, sich auf die Spuren Prominenter zu begeben, der kommt bei diesen Adressbüchern auf seine Kosten, er braucht allerdings ein wenig Geduld. Denn trotz eingehender Einweisung in die Möglichkeiten der Suche gelingt nicht immer sofort ein Volltreffer. *Silke Osman*

http://landesbibliothek.subuni-hamburg.de/adressbuecher

In Kürze

Schinkel und sein Werk online

Seit drei Monaten ist die Schinkel-Website des Berliner Kupferstichkabinetts online und Fachwelt wie auch Laien sind angetan von dieser Möglichkeit, sich über den großen preußischen Baumeister (1781–1841) zu informieren. Entwickelt wurde die Internetseite als Informationsportal für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Schinkel-Projekt an Kupferstichkabinett, das die langfristige konservatorische Sicherung und die wissenschaftliche Erschließung des

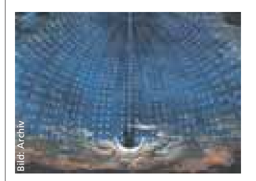


Bild: Archiv

Karl Friedrich Schinkel: Sternenhalle im Palast der Königin der Nacht (Gouache, 1815)

Bestandes in Form eines Online-Kataloges zum Ziel hat. Heute beläuft sich das Erbe Schinkels am Berliner Kupferstichkabinett auf zirka 5500 Zeichnungen, Gouachen, Aquarelle und Graphiken zumeist von eigener Hand oder nach seinen Entwürfen, darunter Ikonen wie die Entwürfe zu Mozarts „Zauberflöte“. Neben aktuellen Ausstellungen und neuen Büchern ist auch eine virtuelle Rekonstruktion der ersten Ausstellung mit Werken Karl Friedrich Schinkels ins Netz gestellt, die 1844 in der Bauakademie zu sehen war. Auch wird über die für Herbst 2012 geplante große Schinkel-Ausstellung berichtet. www.smb.spk-berlin.de/smb/schinkel *PAZ*

»Lisztomania«

Hommage an einen Star der Musik

Kaum sind die 200-Jahr-Feierlichkeiten für Joseph Haydn von 2009 verklungen, rüstet sich das Burgenland, einen weiteren Musikstar zu ehren: Franz Liszt. Das Liszt-Jahr 2011 ist ein internationales Ereignis mit unzählige Veranstaltungen. Den Auftakt macht der kleine Geburtsort des Klaviervirtuosen. In Raiding eröffnet das Liszt-Festival am 27. Januar zugleich die Lisztomania 2011. Mit rund 200 Konzerten, Ausstellungen, Events, Projekten und Publikationen feiert Österreichs Burgenland dabei das ganze Jahr über seinen Superstar – vor allem in Raiding und Umgebung sowie in Eisenstadt.

Lisztomania ist keineswegs eine moderne Wortschöpfung. Im Gegenteil: Heinrich Heine prägte den Begriff „Lisztomanie“ im Zusammenhang mit der berühmten Konzerttournee von Franz Liszt 1841/42 in Berlin. Für die zeitgemäße Umsetzung genügt eine Popstar-Brille auf einem Originalfoto von Franz Hanfstaengl – zu sehen auf den aktuellen Werbeplakaten.

Das Liszt-Festival Raiding setzt 2011 mehrere Schwerpunkte: einen Klavierzyklus, einen Orchesterzyklus, einen Lied- und Vokalzyklus, Projekte und Uraufführungen sowie Gedenkkonzerte, aufgeführt in vier Blöcken im Januar, März, Juni und Oktober. Liszts Sakral- und Orgelwerk wird in der Kirche von Lockenhaus präsentiert. Auch das traditionelle Kammermusikfest des Ortes widmet sich zu seinem 30-jährigen Bestehen Liszt. In der Bergkirche von Eisenstadt zeigt Himmel & Haydn mit Liszts „Kreuzweg“ in Stein und Ton Aspekte der Verschmelzung Haydn – Liszt – Moderne.

Die burgenländischen Ausstellungen (17. März bis 11. November) können sich rühmen, ihren Anfang an Originalschauplätzen zu nehmen. Herkunft und frühe Jahre als Wunderkind thematisiert Franz Liszts Geburtshaus, seine Taufe und die frühe Legendenbildung durch die Prophezeiung einer Zigeunerin die Nachbargemeinde Unterfrauenhaid.

Den Blick auf weitere Lebensabschnitte gewährt die Landeshauptstadt: Die Jahre der mitreißenden Bühnenauftritte und großen europaweiten Konzertreisen, die den Begriff „Lisztomanie“ zum geflügelten Wort machten, greift das Landesmuseum Burgenland auf. Eine Parallele zwischen Franz Liszt als Hofkapellmeister in Weimar und Joseph Haydn als Hofkapellmeister am Hof Esterházy wird im Haydn-Haus gezogen. Dort wird Liszt zudem als musikalischer Erneuerer gewürdigt. Seiner tiefen Religiosität begegnet man schließlich im Diözesanmuseum Eisenstadt, dem Musikgenie als Freimaurer im Museum für Baukultur Neutal. Das Gesamtprogramm findet man im Internet unter www.lisztomania.at.

Helga Schnehagen

Der Poet am Klavier

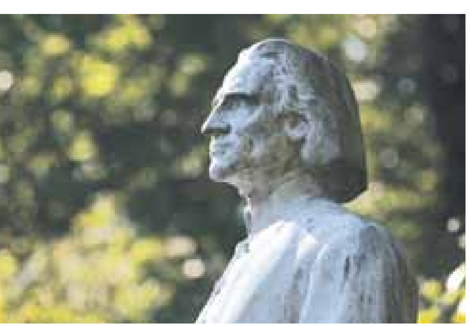
Auch in Erfurt, der Stadt des Deutschlandtreffens 2011, sind Liszt-Veranstaltungen geplant

Auch Thüringen widmet dem großen europäischen Musiker Franz Liszt (1811–1886) aus Anlass seines 200. Geburtstages eine stattliche Reihe von Veranstaltungen und Konzerten. Nach mehr als zehnjähriger Reisetätigkeit als umjubelter Star kam der Pianist, Dirigent und Komponist schließlich nach Weimar. Zwischen 1848 und 1861 lebte und wirkte er dort. In Weimar entstanden zwei Drittel seiner Kompositionen. „Franz Liszt – ein Europäer in Weimar“ ist der Titel der Thüringer Landesausstellung, die vom 24. Juni

Thüringen ehrt den Virtuosen

bis 30. Oktober im Weimarer Stadtschloss und im Schillermuseum zu sehen sein wird. Schon am 21. März wird mit der Neueröffnung des Liszt-Hauses ein erster Höhepunkt im Jubiläumsjahr gesetzt. Außerdem wird Liszts Ururenkelin Nike Wagner ihr Kunstfest noch stärker als in den Vorjahren auf ihren berühmten Vorfahren einstellen.

Auch in Erfurt, der Stadt des diesjährigen Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen (28. und 29. Mai), sind Gedenkveranstaltungen für Franz Liszt geplant. Dort ist der Pianist unter anderem im historischen Kaisersaal aufgetreten. Interessiert hatte er die Wiederherstellung der Wartburg verfolgt und sich von den berühmten Fresken in der Elisabeth-Galerie für sein Oratorium „Die Legende von der Heiligen Elisabeth“ inspirieren lassen. Die Aufführung des Werkes 1867 unter seiner Leitung war glanzvoller Höhepunkt der Feier zum 800. Jubiläum der Wartburg. Eine Sonderausstellung „Franz Liszt und die Wartburg“ ist vom 4. Mai bis 31. Oktober im Rahmen



Franz Liszt: Denkmal für den Komponisten in Weimar Bild: Archiv

des Museumsrundganges zu sehen. Zu Elisabeth von Thüringen steht Erfurt in besonders enger Beziehung. Deren Heiligsprechung im Jahr 1235 in Perugia wurde bald in Erfurt, das unmittelbar dem Mainzer Erzbistum unterstellt war, als der ersten Stadt innerhalb des gesamten deutschen Reiches verlesen. Aufgrund der besonderen Beziehung zur Heiligen Elisabeth wird im Liszt-Jahr das erfolgreichste geistliche Werk des Komponisten „Die Legende von der Heiligen Elisabeth“ vom MDR-Chor und dem ungarischen Sinfonieorchester im Dom St. Marien zu Erfurt aufgeführt. Ebenso werden Liszt-Fans bei Konzerten im Theater Erfurt und in verschiedenen Kirchen auf ihre Kosten kommen.

Kaum ein Virtuose und Komponist seiner Zeit wurde so stürmisch gefeiert, aber auch so verunglimpft wie Franz Liszt. Seine im Winter 1841 beginnende Tournee von Berlin über Königsberg bis nach St. Petersburg mag als Beispiel gelten. Nach dem Besuch der Marienburg und einem Konzert in Elbing kam Liszt nach Königsberg, wo er überschwänglich begrüßt wurde. In der „Hartungschen Zeitung“ wurde eingehend auf seine Erfolge verwiesen. Das Publikum war begeistert von seinen Konzerten (10. März bis 14. März 1842). Die Kritik feierte ihn als „Poeten am Klavier“. Am Morgen des 13. März gab Liszt vor den Studenten der Albertina unentgeltlich ein Konzert im Saal des Kneiphöfischen Junkerhofs. Am Tag der Abreise erschien eine Deputation der philosophischen Fakultät mit den Professoren Jacobi, Rosenkranz und Dulk, um dem Künstler das Ehrendoktordiplom zu überreichen.

Liszt bedankte sich und verwies auf die Bedeutung des Wortes „Doktor“, das Lehrer heiße, und bekannte, dass, wer die Musik lehren wolle, immer weiter lernen und dem Ideal nachstreben müsse. Sein Ideal aber sei der

Ehrendoktor der Albertina

musikalische Fortschritt. In bester Laune nahm Liszt anschließend auch eine Ehrung der noch jungen Königsberger Karnevalsgesellschaft an – eine Ehren-Narrenkappe.

In Begleitung von Freunden und Verehrern reiste der Virtuose schließlich über Tapiau nach Tilsit, wo er am 15. März ein weiteres Konzert gab. „So wie Herr Liszt als Künstler die Bewunderung des ganzen Publikums mit sich nimmt, so hat er sich als gemütlicher Mensch die Liebe aller erworben, welche ihm näherstanden“, rühmte die „Hartungsche Zeitung“. Doch bald schon änderte sich die Tonlage. Die selbe Zeitung veröffentlichte einen ironischen Bericht über das Konzert in Tilsit. *os*

Französische Kriege mit deutschen Soldaten

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches warb die Vierte Republik in ihrer Besatzungszone viele Fremdenlegionäre an

Zuhauf haben sich Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg bei der französischen Fremdenlegion verdingt. Allein bis 1954 haben etwa 35 000 Mann die Werbestellen passiert: Arbeits- und Obdachlose, Vereinsamte und Entwurzelte sowie nicht zuletzt Ostdeutsche, denen die Vertreibung die Lebensgrundlage genommen hatte.

Ein Schweizer Algerien-, Tunesien- und Indochina-Veteran vom 3e Régiment Etranger d'Infanterie (REI) erinnerte sich an das Frühjahr 1946 in Sidi-Bel-Abbès: „In die Compagnie de passage 3, in die ich eingeteilt war, kamen pro Woche 1000 deutsche Kriegsgefangene. Zum Teil waren diese Soldaten in bedenklichem Zustand. Der Dienst in der Legion wurde ihnen in allen schönen Farben vorgemalt, so dass sie massenweise ihre Unterschrift gaben.“

Der kriegsgefangene Waffen-SS-Schütze Walter Hefti (Jahrgang 1925) aus Zürich hatte sich im Spätsommer 1945 im US-Camp Bolbec bei Le Havre folgende Bekanntmachung notiert: „Das Oberste Hauptquartier gibt folgendes bekannt: Die Kriegsgefangenen deutscher Nationalität, die als Freiwillige in die französische Fremdenlegion eintreten wollen, können jederzeit an die französischen Behörden übergeben werden.“

Deutsch dominiert waren denn auch die 1948 formierten und sechs Jahre später in Dien Bien Phu vernichteten Eliteformationen: das 1er und 2e Bataillon Etranger de Parachutistes (BEP). In Indochina und auch noch während des Algerienkrieges bildeten die Deutschen das Rückgrat der Legion. 1953/54, auf dem Höhepunkt der Kämpfe in Fernost, hatte die Légion Etrangère um die zehn Regimenter mit über 35 000 Mann umfasst. Dabei machte das deutschsprachige Element, die Österreicher und Deutschschweizer eingeschlossen, gegen 60 Prozent des Bestandes aus. So war die Umgangs- und einfache Kommandosprache Deutsch und bis ins ferne Hanoi ertönten die Kampflieder der Wehrmacht. So auch das „Rot scheint die Sonne ...“ der Eroberer Kretas, das sich im Parademarsch des nach dem Generalsputsch vom 21. April 1961 in Algerien zwangsliquidierten 1er Régiment Etranger de Parachutistes (REP) niederschlug.


Foto: Ullstein

Algerienkrieg 1955: Fremdenlegionäre beobachten ein Gelände mit Strohhütten, das zuvor Schauplatz blutiger Kämpfe war.

Dass die Legion auch ehemalige Soldaten der kampferprobten Waffen-SS rekrutierte, verstand sich von selbst. So erfuhr der Autor von einem Angehörigen des Fallschirmjäger-Bataillons 500 der Waffen-SS, dann des 1er BEP: „Die Vorgesetzten waren angetan von dieser ehemaligen deutschen Elitetruppe. Es wurde betont, dass in der Legion die gleiche Kameradschaft herrsche wie in der Waffen-SS. Politik war kein Thema.“

Auch ausländische SS-Freiwillige waren in der Legion anzutreffen: Esten und Letten, Wallonen, Flamen und Niederländer. Ausserdem in Frankreich wegen Kollaboration Verurteilte. Wie der Schweizer Ex-Caporal und Indochina-Veteran Hans Helbling (Jahrgang 1927, Matricule 70514) dem Autor berichtete, setzte sich die Section d'intervention des 1er Bat / 2e REI, ein 30 Mann starker Kommandotrupp, nebst seiner Person wie folgt zusammen: Ein Spanier, der Rest Deutsche, und alle unter der Führung eines ehemaligen Angehörigen der französischen 33. Waffen-Grenadier-Division der SS „Charlemagne“.

In die Legion verschlagen hatte es auch den Ritterkreuzträger, Major und Jagdflieger mit 102 Luftsiegen Siegfried Freytag (geboren 1919 in Danzig-Langfuhr) vom JG 77. Er diente im 5e REI und bekleidete zuletzt den Grad eines Sergent-chef. Siegfried Freytag verstarb am 2. Juni 2003 in Marseille und fand in Puyloubier auf dem Ehrenfriedhof der Institution des Invalides de la Légion Etrangère seine letzte Ruhestätte.

Die Bundesrepublik hielt lange still

Das „heisse Eisen“ namens Fremdenlegion stand am 8. Dezember 1954 auch auf der Traktandenliste des 2. Deutschen Bundestags. „Nach monatelangem Liegenlassen“ – hinter dem Versäumnis stand pure Leisetreterei gegenüber Frankreich – hatte sich das Parlament mit einer interfraktionellen „Grossen Anfrage“ und einem „Antrag“ der FDP zu beschäftigen. Zumal die Legion in der Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden französischen Besatzungszone – das Saargebiet war sogar Protektorat – angeblich Monat für Monat „drei kampfstarke Kompanien“ anheuerte. Von „Sklavenmarkt“ war die Rede gewesen, von „Kulturschande“, und die Bundesregierung hatte sich „windelweiche Deklamationen“ vorwerfen zu lassen. In der Bundesrepublik war man, so ein Abgeordneter, erst durch die Katastrophe von Dien Bien Phu „mit dem Kopf“ auf das Legionärsproblem „gestoßen worden“. Die Kesselschlacht in der nordvietnamesischen Provinz Tonkin endete Anfang Mai 1954 mit einem glänzenden Sieg der kommunistischen Vietminh.

Ein Teilnehmer an der Verteidigung des Stützpunktes „Isabelle“ aus Neuchâtel (Neuenburg) erinnert sich: „Wir waren rund 40 Schweizer in Dien Bien Phu, Söhne aus fast allen Kantonen, ein buntes Gemisch von Eidgenossen, aber alles tapfere und tüchtige Leute und Kameraden. Die Kämpfe waren entsetzlich, und die Wenigsten waren den Tücken des Dschungelkrieges von Anfang an gewachsen ... Viele empfanden eine furchtbare Angst, die Deutschen nur erklärten, das sei nun etwas für sie. In der Tat kämpften diese mit grossem Geschick und Tapferkeit ...“

Anders als in den ersten Nachkriegsjahren waren 1954 zwar keine Werber mehr festzustellen. Der strafrechtlich nicht relevante Eintritt in die Fremdenlegion wurde aber durch die französische Militärpräsenz und die Sonderrechte der Besatzungsmacht nach wie vor begünstigt. Als Anlaufstellen dienten die der Einflussnahme der deutschen Polizei entzogenen Garnisonen und Gendarmerieposten. Schwerpunkte waren Rastatt, Freiburg, Offenburg, Worms, Bingen, Trier, Ludwigshafen, Mainz, Kaiserslautern und Landau. Im badischen Offenburg befand sich sogar das Centre de Recrutement (CRLE).

Seitens der FDP meldete sich im Bundestag der spätere Vizekanzler und Bundesminister Erich Mende (1916–1998) zu Wort. Für den mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes dekorierten ehemaligen Regimentsführer stand nicht „die 100-jährige Tradition und das Ansehen der französischen Fremdenlegion als einer Elitetruppe“ zur Debatte, sondern die betrübliche Tatsache, dass „Einrichtungen und Methoden einer längst überlebten nationalstaatlichen Kolonialpolitik“ dem „Geist europäischer Zusammenarbeit“ zuwiderliefen. Gemeint war die Rekrutierung „von Bürgern aus den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union“. Wozu Frankreich, so Mende, „seine Stellung als Besatzungsmacht missbrauche“.

In den folgenden Jahren löste sich das Legionärsproblem dann aber fast von selbst. Der westdeutsche Staat hatte sich gefestigt, das Wirtschaftswunder hatte Fuss gefasst und es war Vollbeschäftigung in Sicht. Auch war mit der wiedergewonnenen Wehrhoheit 1955 die Bundeswehr aus der Taufe gehoben worden. Was die französische Fremdenlegion – heute ein im Auftrag von Uno, Nato und EU weltweit im Einsatz stehendes Interventionskorps erster Güte – das CRLE nach Straßburg verlegen und die Rekrutierung auf dem Territorium des Bündnispartners einstellen ließ. *Vincenz Oertle*

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor der Monographie „Endstation Algerien – Schweizer Fremdenlegionäre“.

Im Postkutschentempo fing es an

Vor 100 Jahren begann die Rallye Monte Carlo, um gut betuchte Besucher ins winterliche Monaco zu locken

Seit Mitte der Woche schliddern und schleudern wieder hochkarätige Sportwagen bei der Rallye Monte Carlo durch die Kurven der Bergwelt an der Cote d'Azur. Dieses Autorennen gilt als „Mutter“ des Rallye-Sports, seit 1911 die erste „Monte“ startete. Die „alte Dame der Driftkunst“, wie sie auch genannt wird, feiert in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag.

In Monte Carlo, dem Kern des Fürstentums Monaco, wurde das Autorennen zuerst ausgetragen, um auch in der Winterzeit zahlungskräftige Kunden anzulocken. Die glamourösen Hotels und vor allen Dingen das Kasino standen in dieser Jahreszeit weitgehend leer; der noch junge Automobilsport bot Gelegenheit, dies zu ändern. Und irgendwie schienen schon 1911 mondäne Autos und das Glücksspiel zusammen zu gehören.

Man kopierte in Monaco das erfolgreiche Konzept der Radrenn-Sternfahrten in Italien und köderte im Januar 1911 mit einer Siegprämie von 10 000 Franc. Aus sechs Startorten, darunter Berlin, Genf und Wien, tourten 23 gut betuchte und wackere Teams gen Monte Carlo. Die Rally(e), englisch für „Treffen, Zusammenkunft“, war erfunden. Vorgeschrieben war vor 100 Jahren eine Durchschnittsgeschwindigkeit von über zehn Stundenkilometern. Was für heutige Verhältnisse langsam erscheint, war in der Anfangszeit der Automobile auf Bergstrecken durchaus eine Herausforderung. Auch die Mindestzahl der Mitfahrer war vorgeschrieben, schließlich sollten möglichst viele zahlungskräftige Besucher in Monaco ankommen. Ebenfalls gefordert wurde eine gewisse „Eleganz des Fahrzeugs“, wie auch immer man das definieren wollte.

Aus dem Luxus-Vergnügen wurde ein harter Leistungssport

Dem in Paris gestarteten Henri Rougier (auf einem Turcat-Méry) gelang schließlich der Debütsieg. Für den ersten Protest sorgte damals der Zweitplatzierte, der aus Berlin angereiste Julius Beutler, allerdings erfolglos. Dafür konnte er ein Jahr später auf einem Berliet gewinnen. Wegen des Ersten Weltkrieges und der anschließenden Inflation in Deutschland wurde das dritte Rennen erst 1924 ausgefahren. 1949 waren schließlich schon 230 Teilnehmer am Start. 1954 wurde die heutige Wertungsprüfung (WP) mit gesperrten Strecken und Zeitnahmen an Start und Ziel eingeführt. Die legendäre rund 44 Kilometer lange WP „Chartreuse“ und die Erstüberquerung des Col de Turini (1958) machten die Monte dann endgültig zur Königin aller Rallye-Strecken.

1960 sorgten Mercedes-Benz-Fahrer mit ihren Heckflossen-220-SE für einen Dreifacherfolg bei dem Bergrennen. Dann folgte die große Zeit der Mini Cooper, Porsche 911, Alpine und Lancia – jeweils von Privatfahrern gesteuert. Erst ab 1973 übernahmen die großen Werk-Teams von Fiat, Lancia, Ford, Peugeot, Toyota oder Subaru die Herrschaft über die Monte Carlo. Dieses Jahr markierte auch den Beginn der offiziellen Rallye-Weltmeisterschaften. Deutschen Herstellern waren nur 1982 (Opel) und 1984 (Audi) Siege vergönnt. Als erfolgreichster deutscher Fahrer gewann der viermalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrl in Monte Carlo insgesamt dreimal, der aktuelle Weltmeister Sébastien Loeb (Citroen) gewann bisher fünf Mal das legendäre Rennen.



Bild: Archiv

So wurde einst für die Rallye geworben.

Zuletzt ist allerdings der Lack bei der „alten Dame des Rallyesports“ etwas abgeblättert. Der Klassiker wird – nach Einführung eines Rotationssystems durch die oberste Motorsportbehörde FIA – nur noch alle zwei Jahre ausgetragen. Zudem machte die FIA den Monte-Organisatoren zunehmend mehr Vorschriften. So verlangte sie aus Sicherheitsgründen unter anderem kürzere Etappen. Auch die legendäre „Nacht der langen Messer“, die berühmt-berüchtigte Nacht-Schlussetappe über den kurvenreichen Col de Turini, sollte entfallen. Das wiederum ließ sich der Monte-Veranstalter nicht bieten. So zählt die Rallye seit 2009 „nur“ noch zur Intercontinental Rallye Challenge IRC.

Aus dem einstigen Luxus-Vergnügen einiger weniger Reicher ist heute ein harter Leistungssport geworden, wo es um Sekunden geht, die über Sieg oder Niederlage entscheiden. Die großen Autofirmen nutzen das Spektakel für ihre Auftritte. Insgesamt ist das Konzept aufgegangen. Das Fürstentum Monaco füllt sich mitten in der Winterzeit mit Menschenmassen, die Fahrer und hochgezüchtete Autos sehen wollen, die mit deutlich mehr als zehn Stundenkilometern Durchschnittsgeschwindigkeit unterwegs sind. *Hinrich E. Bues*

Transrapid in Shanghai

Obwohl der Transrapid eine deutsche Entwicklung ist, sind es die Chinesen, die ihn als erste einsetzten. Vor einem Jahrzehnt, am 23. Januar 2001, unterzeichneten Deutsche und Chinesen den entsprechenden Vertrag. Der chinesische Auftrag umfasste vier sechsteilige Fahrzeuge aus dem Hause Thyssen-Krupp sowie die Steuerungs-, Antriebs- und Signaltechnik von Siemens. Drei Tage später folgte ein weiterer


Bild: Internet

Transrapid mit Angela Merkel

Vertrag zur Zusammenarbeit beim Trassenbau. Am 31. Dezember 2002 wurde in Shanghai der Betrieb auf einer 30 Kilometer langen Strecke zwischen dem Messezentrum SNIEC und dem Flughafen Pudong aufgenommen. Bei einer Betriebsgeschwindigkeit von 430 Stundenkilometern braucht die Magnetschwebebahn gut sieben Minuten für die Strecke. Bis einschließlich 2007 wurden 13 Millionen Passagiere befördert. *M.R.*

Der »Entdecker« des Mondes

Zum 400. Geburtstag des Astronomen Johannes Hevelius – Präzise Sternenmessung mit bloßem Auge

Danzig und die Welt der Astronomie feiern den 400. Geburtstag des Astronomen Johannes Hevelius – er gilt als der wissenschaftliche „Entdecker" des Mondes.

War er Deutscher? Oder Pole? Oder einfach „nur" einer der größten Söhne Danzigs, das zu jener Zeit zwar unter polnischer Oberhoheit stand, aber doch keine polnische, sondern eine Freie Stadt war? Das Denkmal vor dem Altstädtischen Rathaus, das an ihn erinnert, nennt ihn „Jan Heweliusz", ansonsten aber heißt er in der Literatur stets nur Johannes Hevelius, und damit dürfte die Frage der Nationalität hinreichend beantwortet sein.

Der Danziger Johannes Hevelius zählt zu den bedeutendsten Astronomen des 17. Jahrhunderts. In die Wiege gelegt war ihm das freilich nicht, als er vor 400 Jahren, am 28. Januar 1611, das Licht der Welt erblickte. Sein Vater war einer der reichsten Männer der Stadt, betrieb eine florierende Bierbrauerei. Der Sohn war auserkoren, den elterlichen Betrieb weiterzuführen. Neben einer soliden kaufmännischen Ausbildung ließ der Vater ihn auch in Mathematik und Naturwissenschaften unterrichten. Nach Schule und Lehre schickte er ihn nach Holland, wo er an der Universität Leiden Jura studierte.

Damit war eigentlich der weitere Lebensweg vorgezeichnet: Der junge Mann sollte als erfolgreicher Geschäftsmann auch in der Danziger Politik eine bedeutende Rolle anstreben. Tatsächlich war er zunächst als Bierbrauer kreativ und erfolgreich. Der 1. Juni 1639 aber brachte die Wende. Die Astronomen hatten für diesen Tag eine Sonnenfinsternis vorausberechnet, und dass dieses Ereignis tatsächlich so pünktlich und so spektakulär eintraf, beeindruckte Hevelius dermaßen, dass er beschloss, sich künftig vor allem der Erforschung des „gestirnten Himmels über mir" (wie Immanuel Kant es wenig später so treffend formulierte) zu widmen.

Als erstes musste ein Fernrohr her. Doch war es – zumal in jenen wirren Zeiten des Dreißigjährigen Krieges – gar nicht so einfach, eines von diesen neumodischen Geräten zu beschaffen. Schließlich wollte der junge Amateurastronom nicht irgendwohin in den Sternenhimmel schauen, sondern hatte ein klares Ziel. Den Mond wollte er erforschen. Und da er ein dazu speziell geeignetes Teleskop nicht auftreiben konnte, baute er eben selber eins.



Johannes Hevelius: Ölgemälde von Daniel Schultz d. J. (1615–1683) Bild: Archiv

Hevelius war ein äußerst zielstrebiger Mann, ging geduldig und diszipliniert ans Werk. Während die Mitbürger sich an dem tagsüber von ihm produzierten Gebräu labten, beobachtete er Nacht für Nacht den Erdtrabanten, zeichnete sorgfältig auf, was er sehen und messen konnte.

Nach acht Jahren war das Werk vollendet. 1647 veröffentlichte Johannes Hevelius die weltweit ersten Mondkarten. Seine „Selenographia" machte ihn über Nacht berühmt. Die Stadt Danzig ernannte ihn 1651 zum Ratsherrn. Die führenden Astronomen seiner Zeit korrespondierten mit ihm – oder reisten gleich zum wissenschaftlichen Gedankenaustausch an die Ostsee.

Freilich hatte das Multitalent seine handwerklichen Fähigkeiten wohl doch etwas überschätzt. Seine selbstgebauten Teleskope wurden zwar immer länger, aber leider nicht besser. Unrühmlicher Höhepunkt war der Bau eines 46 Meter langen „Luftfernrohrs" vor den Toren der Stadt, dessen Effekt vor allem darin lag, optische Verzerrungen zu verstärken.

Johannes Hevelius zog schließlich die Konsequenz. Statt mit Teleskopen arbeitete er wieder – wie in der Zeit vor Galileo Galilei – mit Sextanten, Quadranten und ähnlichen traditionellen Messgeräten. Darüber kam es zum offenen Streit mit anderen führenden Astronomen. 1679 schließlich reist der Brite Edmond Halley, bis heute bekannt durch den von ihm berechneten und nach ihm benannten Kometen, nach Danzig. Nach einer mehrwöchigen Serie von vergleichenden Messungen musste er einräumen, dass Hevelius mit seinen Geräten und dem bloßen Auge genauso präzise Sternmessungen zustande brachte wie er mit seinem Teleskop.

Wenig später erlitt der Danziger Brauer und Sternforscher einen herben Schicksalsschlag. Seine Sternwarte, sein Wohnhaus und Teile seiner Brauerei fielen einer Brandstiftung zum Opfer. Mit Unterstützung des polnischen Königs Jan III. Sobieski gelang der Wiederaufbau. Hevelius konnte die Arbeit an seinem großen Werk, einem neuen Sternkatalog, fortsetzen, aber nicht vollenden. 1687 starb er, genau an seinem 76. Geburtstag. Seine Frau aber brachte die Arbeiten zum Abschluss und konnte 1690 den Sternkatalog veröffentlichen. Sein Titel: „Firmamentum Sobiescianum", was nicht, wie heute behauptet wird, als Bekenntnis zur polnischen Nationalität gemeint war, sondern als Dank an den großzügigen Mäzen König Sobieski.

Hevelius aber ist noch heute aktuell: Sieben Sternbilder (zum Beispiel „Kleiner Löwe" oder „Jagdhunde") tragen die Namen, die er ihnen einst verliehen hat.

Hans-Jürgen Mahlitz

Preußische Ameise

Als „preußische Ameise" hat Lilli Palmer sich einmal selber bezeichnet. Beeindruckend ist in der Tat ihr Arbeitseifer, ähnlich wie die Vielfältigkeit ihrer Begabungen. Berühmt geworden ist sie durch ihre Schauspielkunst. Dabei hatte sich ihr Vater, Chefarzt im jüdischen Krankenhaus in Berlin, für die am 24. Mai 1914 in Posen Geborene einen anderen Beruf gewünscht, aber das Erbe ihrer Mutter, einer Theaterschauspielerin, schlug durch.

Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten emigrierte die Jüdin erst nach Frankreich und dann nach England, wo sie sowohl auf der Bühne als auch vor der Kamera erfolgreich war. 1943 heiratete sie den englischen Schauspieler Rex Harrison, mit dem sie 1945 dessen Heimat verließ, um in Hollywood zu drehen. Trotz Filmerfolgen an der Seite von Stars wie Gary Cooper wechselte Palmer 1949 mit ihrem Mann nach New York, wo die beiden auf dem Broadway reüssierten.



Lilli Palmer

Mitte der 50er Jahre trennte sich Palmer von ihrem Mann und kehrte nach Deutschland zurück, wo sie mit „Feuerwerk" an ihre Filmkarriere anschließen konnte. „Teufel in Seide" brachte ihr bereits 1956 den Bundesfilmpreis. Ab den 70er Jahren spielte sie zunehmend in Fernsehfilmen mit.

Außer als Schauspielerin war Palmer auch als Malerin und Schriftstellerin aktiv. Ihrem in sieben Sprachen übersetzten Erinnerungsbuch „Dicke Lilli – gutes Kind" aus dem Jahre 1974 folgten Romane und Geschichten. Am 27. Januar 1986 starb die von vielen Seiten geehrte Künstlerin in Los Angeles an Krebs.

Manuel Ruoff

Der Preußengeneral »aus dem Busch«

Hans Joachim von Zieten wurde Friedrich II. als Zuchtmeister der Husaren unentbehrlich – Kameradschaftliche Milde machte ihn beliebt

Hans Joachim von Zieten war neben Gebhard Leberecht von Blücher (1742–1819) sicherlich der volkstümlichste General Preußens. Er wurde am 14. Mai 1699 in Wustrau (Kreis Ruppin) geboren. Die Lebensverhältnisse auf dem Gut seiner Eltern waren nicht komfortabel, Zieten wurde daher in jungen Jahren zur Armee gegeben. Wegen seiner kleinen Gestalt sowie seiner schwächlichen Konstitution und Stimme konnte er bei dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) nichts werden und musste nach einem vergeblichen Schreiben um Beförderung am 1. August 1724 seinen Abschied nehmen.

Während eines Aufenthaltes in Berlin erfuhr er davon, dass das Dragonerregiment im ostpreußischen Insterburg verdoppelt werden sollte. Auf seine Bewerbung hin wurde er am 21. Januar 1726 als Sekondeleutnant eingestellt. Seine damals hitzige Natur brachte ihm wegen Differenzen mit seinem Eskadronchef ein Jahr Festungshaft ein, von der er sechs Monate auf der Festung Friedrichsburg in Königsberg absaß. Unmittelbar nach seiner Entlassung forderte er seinen Widersacher zum Duell und wurde prompt entlassen.

Von Wustrau aus betrieb er – aus Neigung und mangels Alternative – seine dritte Einstellung in die Armee. Am 8. Oktober 1730 konnte er in eine neugebildete Husaren-Eskadron in Potsdam eintreten. Friedrich Wilhelm I. wollte leichte und bewegliche Reiter bei den Dragonern ansiedeln. Dafür war Zieten genau der richtige Mann. Als zu der Eskadron am 1. März 1731 eine weitere kam, wurde Zieten zu deren Chef und zum Rittmeister mit 50 Reichsthalern Monatsgehalt ernannt, was etwa 500 Euro entspricht. Seine Truppe kam nach Beelitz. Von dort ging er im Polnischen Thronfolgekrieg (1733–1738) im Frühjahr 1735 mit 120 Reitern an den Rhein, um dort bei den österreichischen Husaren zu volontieren.

Sein »Zietenritt« ist legendär

Nachdem Zieten Kompaniechef des von Friedrich Wilhelm I. aufgestellten „Leibkorps Husaren" geworden war, konnte er heiraten. Am 25. November 1737 vermählte er sich mit Leopoldine Judith von Wahlen-Jürgaß (1702-1756). Aus dieser Ehe mit einer Verwandten seiner Mutter ging eine Tochter hervor. Beinahe hätte die Hochzeit gar nicht stattfinden können, denn kurz zuvor hatte sich Zieten mit seinem Vorgesetzten ein Duell geliefert, aus dem beide verwundet hervorgegangen waren. Im Ersten Schlesischen Krieg (1740-1742) hatte Zieten dann die Genugtuung, dass er im Juli 1741 die Nachfolge seines Duellgegners und Vorgesetzten antreten konnte. Zwei Monate zuvor hatte er bereits den „Pour le Mérite" erhalten.

Während der Schlesischen Kriege wurde Zieten dem König als Zuchtmeister der Husaren unentbehrlich, wobei er eine kameradschaftliche Milde zu seinen Untergebenen an den Tag legte, die wohl dazu beitrug, dass alle preußischen Husarenregimenter aufgrund ihrer Beliebtheit in den beiden folgenden Schlesischen Kriegen von Nachwuchssorgen frei waren. Nach dem Ende des Ersten Schlesischen Kriegs hatte Zieten bereits die Mittel, 1743 sein Geburtshaus abreißen und durch einen repräsentativen Schlossneubau ersetzen zu lassen, der heute von der Deutschen Richterakademie als Tagungsstätte genutzt wird.



Klein, aber erfolgreich: Hans Joachim von Zieten Bild: Archiv

Auch im Zweiten Schlesischen Krieg (1744–1745), in dem er zum General-Major aufstieg, schlug sich Zieten zur Zufriedenheit seines Königs. Am 19./20. Mai 1745 legte er im sogenannten Zietenritt in kürzester Zeit zwölf Meilen, was zirka 90 Kilometern entspricht, mit einem kleinen Kontingent seines Regiments zurück, um 9000 Mann zur Verstärkung der Armee des Königs zu beordern. Dadurch wurde zwei Wochen vor der Schlacht bei Hohenfried(e)berg die Vereinigung der königlichen Hauptarmee mit dem Korps des Markgrafen Karl von Schwedt ermöglicht. Zieten und sein Husarenregiment wurden dann unter anderem als „Zieten aus dem Busch" und „Zieten-Husaren" Gegenstand zahlreicher Anekdoten.

Er entschied die Schlacht bei Torgau

Nach dem Tode seiner ersten Frau und einigen „gichtigen" Beschwerden wollte Zieten demissionieren, aber Friedrich der Große soll ihm das bei einem höchstpersönlichen Besuch in Zietens Berliner Wohnung ausgeredet haben. Zieten wurde am 14. August 1756 zum General-Leutnant befördert und blieb.

So stand er seinem König zur Verfügung, als dessen Truppen am 29. August 1756 die Grenze nach dem benachbarten Sachsen überschritten. Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) bildete den Höhepunkt des Wirkens Joachim von Zietens. Im Mai 1757 erhielt er den „Hohen Orden zum Schwarzen Adler". Am 15. August 1760 wurde er noch auf dem Schlachtfeld von Liegnitz zum General der Kavallerie ernannt. Und am 3. November 1760 schließlich entschied er die Schlacht bei Torgau.

Nach dem Krieg musste sich Zieten im Dienstbetrieb bewähren. Dort lagen seine Schwächen. Auch deswegen blieb er bei der Besetzung der neuen Generalinspektorenstellen unberücksichtigt. Acht Jahre nach dem Tode seiner ersten Ehefrau heiratete er 1764 ein zweites Mal. Die 40 Jahre jüngere Hedwig von Platen (1738–1818) schenkte ihm zwei Kinder. 13 Jahre nach der Geburt seines letzten Kindes, das er als 73-Jähriger bekam, starb Zieten am 27. Januar 1786 in seinem Berliner Haus in der Kochstraße/Ecke Friedrichstraße. Trotz seiner Schwächen in Friedenszeiten hat Hans Joachim von Zieten auch nach dem Siebenjährigen Krieg bis zu seinem Tode stets die Hochachtung und das Wohlwollen seines Königs genossen.

Jürgen Ziechmann

Evangelische Kirche ignoriert bewusst die Lebenswirklichkeit

Zu: „Das Menetekel" (Nr. 1)

Herr Badenheuer schreibt in seinem Artikel zum Anschlag in Alexandria, dass die Appelle deutscher Politiker und Kirchenleute zu mehr Toleranz und so weiter naiv wären.

Ich denke, der Autor hat hier noch sehr wohlwollend formuliert. Naivität wäre ja schon fast entschuldbar, da sie oftmals auf Nichtwissen und einem Mangel an Erkenntniskraft beruht. Da die Protagonisten der politischen Klasse in Deutschland aber sicher nicht dumm sind, unterstelle ich ihnen in ihrem Verhältnis zum Islam und auch besonders zu islamischen Parallelgesellschaften bewusste Feigheit und Duckmäusertum.

Das gilt – wie ich glaube – besonders für die Evangelische Kirche. Namentlich die Vertreter der EKD wenden sich immer mehr von christlich-religiösen Inhalten ab, um dem politisch korrektem „Mainstream" zu folgen. Eine besonders folgsame Vertreterin dieser Art war die vor einiger Zeit wegen Alkohol am Steuer zurückgetretene Bischöfin Margot Käßmann.

Wer sich aktuelle Publikationen der Ev. Kirche vornimmt, kann dafür genug Bestätigung finden. Beispielsweise „Chrismon" ist so ein Fall. Ich fühle mich beim Lesen eher an die „Apothekenumschau" erinnert, als dass ich das Gefühl hätte, hier würden christliche Themen von Bedeutung publiziert. Das Ziel dieser bewusst gewählten Ignoranz gegenüber der Lebenswirklichkeit ist die Beförderung der eigenen Karriere und dient damit zuvörderst finanziellen Interessen. Wer gegen den Strom des Zeitgeistes schwimmt, kann es schließlich nicht mehr zu hohen Ämtern bringen, sondern wird zum Außenseiter im politisch-medialen Betrieb.

Frank Fechner, Berlin

Ein Verwandter

Betr.: „Eine Fahrt in die gleißende Sonne" (Nr. 49)

Dank für den Artikel über Ernst Mollenhauer. Die Erwähnung Hermann Blodes ist sehr schön, weil er der Bruder meines Urgroßvaters war, der ebenfalls in Nidden lebte. Insofern ist Ostpreußen auch ein Stück meiner Familiengeschichte.

Ulrich Blode, Langenhagen

Warum Israel?

Zu: „Altlast Barschel abgeräumt" (Nr. 47)

In dem Beitrag führt Herr Badenheuer aus: „... ein Verlag, der selbst während des schrecklichen Gaza-Krieges Israel unbeirrt zur Seite stand." Würde es die BRD hinnehmen, wenn seit Jahren zum Beispiel auf Hamburg, von einem anderen Land aus, ständig Raketen geschossen werden? Kein Land würde es hinnehmen, nur Israel, der Judenstaat, hat es angeblich hinzunehmen.

Heinz M. Bernhardt, Wuppertal

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Kampagne „Klimawandel – Lebenswandel": Die Gemeinden, Einrichtungen und Mitglieder der Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) sind aufgerufen, bis zum Erntedanktag am 2. Oktober 2011 durch Änderungen ihres Lebensstils Kohlendioxid einzusparen. Bild: E. Schulz/dapd

Wenn der Wecker blutig klingelt

Zu: „Das Menetekel" (Nr. 1)

Mit großer Freude habe ich Ihren Artikel „Das Menetekel" gelesen. Sie haben Recht. Unsere kirchlichen Gutmenschen, die in unerträglicher Weise und theologischer Dummheit seit vielen Jahren von To(l)leranz und Dialog faseln, begehen geistlichen Verrat an der Einzigartigkeit Jesu Christi. Das mag politisch opportun sein, theologisch ist es katastrophal und geistliche Fahnenflucht. Die theologischen Weichspüler (zwei Liter Lenor täglich zum Frühstück) verschanzen sich hinter einer merkwürdigen Ideologie, die mit christlicher Verkündigung des Wortes vom Kreuz, der Versöhnung durch Christi Blut und dem Bekenntnis, das Jesus Christus von den Seinen fordert (Mt 10,32), nur noch wenig gemein hat.

Das christliche Gebot der Stunde lautet: „Weck die tote Christenheit aus dem Schlaf der Sicherheit" (Evangelisches Gesangbuch Nr. 263, Vers 2, aus dem Lied „Sonne der Gerechtigkeit"): Es ist traurig und alarmierend zugleich, wenn der Wecker jetzt derart blutig klingelt wie in Alexandria, und auch in Deutschland Weihnachtsgottesdienste unter Polizeischutz stattfinden müssen.

„Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen". Das prophetische Lied Johann Walters (Evangelisches Gesangbuch Nr. 145) sollte laut erklingen in der evangelischen Christenheit anstatt des unerträglichen Gefasels von kirchlichen Schlafmützen und politischen Realitätsverweigerern.

Ulrich Kronenberg, Speyer

Reagan war ein echter Freund der Deutschen

Zu: „Kalte Krieger gegen Reagan" (Nr. 1)

Mit Interesse habe ich Ihren Artikel über einen möglichen „Ronald-Reagan-Platz" gelesen. Mit dem Aufschrei der Umerzogenen, der Schakale, der ehemaligen und immer-noch-Kommunisten, die ja die Mauer und die Segnungen des Kommunismus teilweise nach wie vor preisen und sich für die Gräueltagen in der Roten Armee als „Befreiung Deutschlands" bedanken (letzteres geht bis in die höchsten Stellen der CDU), war zu rechnen.

Dabei war Ronald Reagan einer der ganz wenigen ausländischen Politiker und Staatenlenker, den man mit Fug und Recht als echten Freund Deutschlands bezeichnen kann; ich erinnere hier an die Ansprache von Ronald Reagan im 5. Mai 1985 auf dem Bitburger Soldatenfriedhof: „Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden." Damit zog sich das US-Staatsoberhaupt schon damals eine Hasskampagne des oben benannten Personenkreises und wie bekannt besonders von Israelis (was die Sache natürlich prekär macht) auf sich.

Sogar Angela Merkel, ehemals aktives Mitglied der FDJ, erklärte: „Im Namen meines Volkes wurde zerstört und vernichtet, was uns heilig war. Nur indem mein Land, nur wenn Deutschland seine immerwährende Verantwortung für diese schreckliche Zeit in seiner ganzen Geschichte und für die grausamsten Verbrechen voll und ganz annimmt, können wir die Zukunft gestalten." Das ist neu! „Immerwährend" bedeutet „in alle Ewigkeit", bedeutet „zeitlos", bedeutet „unbegrenzt":

Schade, dass Reagan sich in dieser Angelegenheit nicht mit „Angie" unterhalten konnte. Trotz aller Widerwärtigkeiten hoffe ich doch sehr, dass Ronald Reagan für seinen schon historischen Ruf über die Schandmauer: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!" zumindest einen Straßennamen bekommt, wohingegen ich es – so, wie die Dinge liegen – sehr unangebracht fände, wenn auch nur eine Seitenstraße nach Angela Merkel benannt würde – zumindest für ihre Teilnahme an der Siegesfeier der Roten Armee in Moskau, wo sie der Roten Armee Dank dafür ausgesprochen hat, dass diese 1945 Deutschland „befreit" habe.

Bert Jordan, Landstuhl

Gospel und Predigt über den kleinen Prinzen

Zu: „Die rechte Weihnachtsfreude" (Nr. 51)

Wer diesen Beitrag liest, muss nachdenklich werden. Es bestätigt das, was ich schon lange festgestellt habe. Seit Jahrzehnten beobachte ich mit Sorge die Entwicklung in der evangelischen Kirche. Die Feststellung von Wilhelm v. Gottberg, es gäbe noch zahlreiche (auch katholische) Kirchen, bei denen an Weihnachten die Geburt des Heilands im Mittelpunkt steht, lässt die Schlussfolgerung zu, dass in anderen evangelischen Kirchen solches allmählich verblasst. Bei der katholischen Kirche sehe ich das nicht so.

Vor Heiligabend telefoniere ich in meiner Gegend die Kirchen ab, um zu erfahren, ob im Gottesdienst denn noch die alten deutschen Weihnachtslieder gesungen würden. Sonst kann es passieren, dass man zur Christnacht um 23 Uhr mit einem Gospel-Chor in weißen Gewändern Bekanntschaft machen muss. Er füllt dann mit seinen englischen Gesängen den Gottesdienst auch aus. Außer „Jesus", „Halleluja" und „Amen" ist nichts zu verstehen. Aber das Kirchenvolk trampelt mit den Füßen, klatscht in die Hände und schreit „Zugabe". Und die Predigt handelt vom „kleinen Prinz". Ich habe einen Gottesdienst erlebt, da wurde Fürbitte für die verfolgten Ausländer in Deutschland gehalten. Fragt sich nur, wer in unserem Land wen verfolgt. Dazu die Feststellung der Familienministerin Schröder, welche Situation in dieser Hinsicht teilweise an deutschen Schulen herrscht.

Nicht nur Deutschland schafft sich ab, auch die evangelische Kirche ist dabei, dies zu tun. Unsere Hirten sind kein Vorbild mehr, sonst dürfte es nicht geschiedene Pastoren und Bischöfe (Bischöfinnen) geben. Homo-Verbindungen werden akzeptiert.

Dankbar bin ich, dass ich am Reformationstag 2010 in Ostpreußen, in der Memellandkirche Kinten am Kurischen Haff, einen Gottesdienst erleben durfte, der mir doch zu Gemüte ging. Der litauische evangelische Pastor hielt die Predigt neben Litauisch auch auf Deutsch, nachdem er erfahren hatte, dass ich ein Besucher aus Deutschland sei. Er übergab mir ein deutsches Gesangbuch und wir sangen kräftig „Ein feste Burg ist unser Gott". Die ebenfalls anwesenden alten deutschen Frauen stimmten hier mit ein.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Falsche Würstchen, falscher Lebkuchen – Ungenauigkeiten über Nürnberg

Zu: „Nürnberg bietet mehr als Lebkuchen" (Nr. 49)

Ich weiß zwar nicht, wo die Autorin Uta Buhr wohnt, aber: scheinbar war sie noch nie so richtig in Nürnberg, denn wichtige Dinge fehlen beziehungsweise sind falsch dargestellt.

Ich zähle mal ein paar Beispiele auf: „Der Weg führt automatisch zum Hans-Sachs-Brunnen am Weißen Turm" – Fragen Sie mal einen Einheimischen nach dem Hans-Sachs-Brunnen – ob der Ihnen was sagen kann? Zitat Wikipedia: „Das Ehekarussell (auch Ehebrunnen genannt), eigentlich Hans-Sachs-Brunnen ..." – Der Brunnen heißt vor Ort eben „Ehekarussell". Und der Begriff sollte in einer Beschreibung über Nürnberg vorkommen. „Ein Paar köstliche goldbraune Bratwürste aus der Historischen Bratwurstküche ..." – unabhängig davon, dass es sich bei der 1419 gegründeten Wurstküche um die „älteste der Welt" handeln soll (der Hinweis fehlt), hätte man mit einem „Paar" grad mal knapp 50 Gramm Wurst im Weggla: In Nürnberg gibt es „Drei im Weggla" – und zwar gibt es die originalen Nürnberger Rostbratwürste immer nur drei-Stück-weise in der Semmel (Weggla). Wikipedia sagt dazu: „Die Nürnberger Rostbratwurst ist feiner und kleiner als die Fränkische Bratwurst. Ihre Länge beträgt sieben bis neun Zentimeter bei einem Durchmesser von rund einhalb Zentimetern. Im Straßenverkauf gibt es jeweils drei Nürnberger Rostbratwürste in einem Brötchen, zu bestellen als „Drei im Weggla" ... Eine gern erzählte und in manchen Speisekarten veröffentlichte Geschichte besagt, der Grund für den geringen Durchmesser der Bratwürste sei der, dass Gefangene im Nürnberger Lochgefängnis durch das Schlüsselloch von ihren Angehörigen mit der Wurst versorgt werden konnten. Einer anderen Legende zufolge haben Nürnberger Gastwirte im Mittelalter die kleinen Bratwürste entwickelt, um Reisende, die nach Beginn der Sperrstunde noch in der alten Handelsstadt eintrafen, durch das Schlüsselloch der Wirtshaustür verköstigen zu können." Fazit: Es sind die falschen Bratwürste beschrieben, nicht die Nürnberger.

„Lekoung" – der Lebkuchen. Der heißt nürnbergerisch „Lebkoung" – das „b" wird schon gesprochen, wenn auch nur fränkisch schwach angedeutet. Zum Christkindlesmarkt wäre das „Zwetschgenmännla" erwähnenswert gewesen – es stammt zwar nicht ursprünglich aus Nürnberg, aber gehört zu einer Aufzählung der am Markt zu erwerbenden Spezialitäten.

Eine alteingesessene Nürnbergerin sagt: „Denn so was Schön's ham's daheim nicht" – ach du Schreck, welche Verballhornung des Dialekts! „Su was schen's ham's derham net" – oder so ähnlich sagt die Nürnbergerin. Dialekt schriftlich niederzulegen, ist immer problematisch, aber zwei Wörter Dialekt mit fünf Wörtern Schriftdeutsch zu umrahmen, halte ich für schlecht.

Manfred E. Fritsche, Ellingen

Die NVA war nicht besser oder schlechter als andere Armeen

Zu: „Jürgen Fuchs starb viel zu früh" (Nr. 51)

Als ehemaliger Infanterieoffizier der NVA und Abonnent Ihrer Zeitung würde ich mich sehr freuen, wenn es der *PAZ* zukünftig bitte möglich wäre, bezüglich der NVA und ihrer Rolle in der DDR eine differenziertere Sichtweise zu erlangen.

Vera Lengsfeld spricht von „systematischer, zerstörerischer Schikane gegen Soldaten der NVA, die Rekruten bis zum Selbstmord trieb". Diese Form der Verallgemeinerung lehne ich ab, vor allem von jemand, der selbst nie in dieser Armee diente. Dies ist eine Pauschalisierung sondergleichen.

Keine Armee dieser Welt ist ein Mädchenpensionat. So wie in der NVA Rekruten schikaniert wurden, so geschah und geschieht dies leider in allen Armeen dieser Welt, eingeschlossen der Bundeswehr. Dieses Faktum ist leider bis in die Anfänge des Militärs im Römischen Reich beziehungsweise im alten China belegbar.

Die Offiziere der NVA waren bei Strafe, ihre eigene Karriere zu gefährden, angehalten, gegen jedwede Form der Schikane vorzugehen. Dass dies dann trotzdem in Einzelfällen geschah, ist zu bedauern, gibt aber auch einer Frau Lengsfeld nicht das Recht der Verallgemeinerung. Denn im Gegensatz dazu gibt es Tausende Generale, Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere der NVA, die von sich zu Recht behaupten können, genau diese unschönen Dinge vermieden zu haben.

Oft wird aber bezüglich dieser Diskussion auch einfach Realität mit Wunschdenken verwechselt. Eine Kaserne und ein Truppenübungsplatz bieten nun einmal nicht die Annehmlichkeiten eines Fünf-Sterne-Hotels am Berliner Gendarmenmarkt.

Vielmehr ist es über 20 Jahre nach der Wende in der DDR an der Zeit, objektiv die Rolle der NVA im Umbruch zu betrachten und sich nicht in schwarz-weiß Malerei aus kalten Kriegszeiten zu ergehen. Denn diese ist hier absolut nicht hilfreich.

So würde ich mich sehr freuen, wenn die *PAZ* vielleicht künftig eine etwas objektivere Sichtweise zu diesem Kapitel unserer gemeinsamen jüngsten Geschichte publizieren würde. Die NVA war im Osten letztlich das, was die Bundeswehr im Westen war. Beide Armeen waren felsenfest in die jeweiligen Blöcke eingebunden. So wie die Sowjetunion der NVA bis 1990 keine Handlungsfreiheit gab, so ist es heute leider immer noch mit der Bundeswehr. Wenn Uncle Sam ruft, dann marschiert die Bundeswehr sonstwohin. Warum, fragt kein Mensch.

Gunter Flügel, Potsdam

Was linksextreme Sänger dürfen

Zu: „Haut die Bullen platt" (Nr. 52)

Obwohl die Gruppe „Slime" in ihrem Lied „Deutschland muss sterben" offen zu Mord, Totschlag und zur Anarchie aufruft, hat das Bundesverfassungsgericht darin keine Verunglimpfung des Staates erkennen können.

Dagegen wurden wesentlich harmlosere Aussagen sogenannter Rechtsextremer mit Gefängnis- und hohen Geldstrafen geahndet. Ich will nicht behaupten, dass der urteilende Senat des Bundesverfassungsgerichts eine tendenziös linke Meinung vertritt, aber die Aussagen der Gruppe „Slime" als Kunst zu bewerten, solange diese in Liedform geäußert werden, erscheint äußerst eigenwillig. Abgesehen vom Urheberrecht unterliegt Kunst aufgrund der Erfahrungen mit angeblich „entarteter" Kunst keinen gesetzlichen Zwängen.

Allerdings fällt mir hierzu aus dem niederdeutschen Sprachbereich der künstlerisch höchst wertvolle Satz ein: „Du kunst mi mol fix an'n Mors kleien." Ich betone, dass diese Aussage rein bildlich zu betrachten und keine „Aufforderung zum Tanz" ist, obwohl es in politisch korrekten Kreisen beim Erklimmen der Karriereleiter ausgesprochen hilfreich sein kann.

Gebhard Knull, Buxtehude

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 22. Januar 2011

MELDUNGEN

Ärzte wollen kooperieren

Allenstein – Am Sitz der Ermländisch-Masurischen Ärztekammer haben polnische und russische Vertreter der ärztlichen Selbstverwaltung einen Kooperationsvertrag unterschrieben. Die Ärzte wollen gemeinsame Konferenzen organisieren und sich um Mittel aus dem Programm der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Europäischen Union bemühen, was beispielsweise die Zusammenarbeit der medizinischen Fakultät der Ermländisch-Masurischen Universität mit der Universität in Königsberg beziehungsweise die Tätigkeit des Königsberger Instituts für Familienmedizin in ganz Ostpreußen erlauben wird. *PAZ*

Sammlung im Internet

Allenstein – Seit mehreren Monaten bewirbt sich Masuren um das Prädikat, eines der sieben neuen Weltwunder der Natur zu sein. Nach dem Motto „Mazury cud natury" („Masuren – ein Naturwunder") werden im Internet Stimmen gesammelt, damit diese weltweit einmalige Landschaft in die Liste aufgenommen wird und davon profitieren kann. *G.S.*

Baby-Brei aus Heiligenbeil

Heiligenbeil – Die 2009 in Heiligenbeil gegründete Niederlassung des deutschen Kindernahrungsproduzenten „Hipp" hat mit dem Versand ihrer Produkte für den russischen Markt begonnen. Noch in diesem Jahr soll die Angebotspalette mindestens 100 verschiedene Erzeugnisse umfassen. Derzeit beträgt der Ausstoß über zweieinhalb Millionen Einheiten pro Monat. Die Leistung kann bis auf 200 Millionen pro Jahr gesteigert, sprich mehr als versechsfacht werden. Noch wird die Rohware aus der Bundesrepublik Deutschland, Ungarn und Italien angeliefert. Der geschäftsführende Gesellschafter Stefan Hipp vertritt jedoch die Ansicht, dass das Königsberger Gebiet durchaus für den Anbau von organisch reinem Obst und Gemüse in der entsprechenden Qualität geeignet sei. Hipp verband dieses Lob mit der Ankündigung, bioreines Obst und Gemüse in eigenen landwirtschaftlichen Betrieben im Königsberger Gebiet herzustellen. *PAZ*

Verarbeitung von Raps

Zimmerbude – Die Firma „Sodruschestwo-Soja" hat im samländischen Zimmerbude (Swetlyj) eine Produktionslinie zur Rapsverarbeitung in Betrieb genommen. Mit einer Leistung von bis zu 1000 Tonnen pro Tag kann mehr als die gesamte Rapsernte des Königsberger Gebiets verarbeitet werden. *PAZ*

Widerstand gegen neue Moschee

Viele Königsberger wollen nicht, dass ein Teil des Südparks einem muslimischem Gebetshaus weichen soll

Noch vor kurzem hatte der Widerstand der Bevölkerung gegen die Übereignung evangelischer und katholischer Kirchen an die Orthodoxe Kirche im Königsberger Gebiet für Aufregung gesorgt (die *PAZ* berichtetete). Nun bahnt sich ein neuer Streit um Gotteshäuser an: Bürger protestieren gegen den Bau von Moscheen.



Demonstranten am Südpark: „Habt ihr noch Bäume?!!! Dann kommen sie zu euch!" Bild: Tschernyschew

Das Thema Religion erhitzt seit einiger Zeit die Gemüter. Diesmal geht es um den Bau einer Moschee auf dem Gelände des Königsberger Südparks. Pläne für einen Moscheebau im Zentrum gibt es zwar schon seit 1993, ein geeignetes Grundstück wurde bislang jedoch noch nicht gefunden. Zunächst war ein Grundstück an der Kreuzung Weidendamm und Friedländer Torplatz (Oktjabrskaja/Dzerschinskij-Straße) vorgeschlagen worden. Die Bewohner der naheliegenden Häuser liefen jedoch Sturm gegen diesen Vorschlag. Ein neues Grundstück wurde gefunden, diesmal an der Jägerstraße (Bassejnaja). Das Ganze wiederholte sich, wieder aufgrund des Protests der Anwohner.

Nach einigen Jahren erhielt nun die Religionsgemeinschaft der Muslime ein Grundstück für den Bau einer Moschee, das für die ersten drei Jahre unentgeltlich überlassen wird. Es befindet sich am Rande des Südparks direkt hinter dem Museum Friedländer Tor. Dieser Park hat eine lange Tradition. Er wurde neben den Wallanlagen der Stadtbefestigung zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach einem Entwurf des Architekten Ernst Schneider angelegt. 1927 wurden gegenüber dem Friedländer Tor ein Schwimmbad und ein Bootsanleger gebaut. Im Park pflanzte man Kastanien, Weiden und Ahorn an. Nach dem Krieg erhielt der Park zunächst die Bezeichnung „Park für Kultur und Erholung zu Ehren des 40. Jahrestags des Komsomol". Erst 2008 erhielt er die historische Bezeichnung „Südpark" zurück.

Die Stadtregierung begründet ihre Genehmigung zum Bau einer Moschee damit, dass alle Religionen gleichberechtigt seien. Bürgermeister Alexander Jaroschuk erklärte außerdem: „Wenn wir den Bau von Moscheen verbieten, werden sie (die Muslime) sich in Wohnungen versammeln, wo sie unter den Einfluss von Extremisten geraten könnten." Er sagte, dass Muslime sich zu Recht über eine Benachteiligung beklagen könnten, wenn die Stadt ihnen anders als Orthodoxen, Katholiken und Baptisten kein Grundstück zur Verfügung stellen würde. Gouverneur Nikolaj Zukanow erklärte dagegen, wenn er über die Vergabe zu entscheiden hätte, würde er ganz sicher kein Grundstück zuteilen, das zu einem öffentlichen Park gehört.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Baubeginns regte sich erneut Widerstand in der Bevölkerung. Allein im vergangenen Monat gab es vier Protestkundgebungen. Die Teilnehmer forderten nicht nur den Erhalt des Südparks, der zweifelsohne einer der beliebtesten Erholungsorte der Königsberger ist, sondern äußerten unverhohlen ihre Angst vor der Zunahme islamischer Zuwanderer und den damit einhergehenden Problemen. Sie fürchten ein Ansteigen der Kriminalität in der einzigen Spaziergängerzone der Gegend. Die Gegner begründen ihre Ablehnung damit, dass das Königsberger Gebiet keine islamische Region und deshalb eine Moschee im Stadtzentrum auch nicht gerechtfertigt sei. Sie befürchten, dass der Ruf des Muezzins die Ruhe der Erholungssuchenden stören wird. Ihrer Meinung nach verstößt die Erlaubnis zum Moscheebau sogar gegen das Gesetz. Entsprechende Erklärungen haben sie schon an verschiedene Institutionen verschickt, unter anderem an die Staatsanwaltschaft.

> Über 10000 Königsberger haben unterschrieben

Die Tatsache, dass Behörden einen Teil des Parks stillschweigend in eine „Gewerbezone" und somit in Bauland umgewandelt haben, empört viele Bürger. Das Gelände, das nun als Bauland ausgewiesen wird, gehörte von jeher zum Park. In der Baugenehmigung wird es aber als außerhalb des Parks liegend gekennzeichnet.

Die Organisatoren des Protests haben in kürzester Zeit über 10000 Unterschriften gesammelt und eine Großdemonstration angekündigt. Dass öffentlicher Druck Wirkung zeigt, bewies zuletzt der Massenprotest von vor einem Jahr gegen den damaligen Gouverneur Georgij Boos, der schließlich zu seiner Ablösung im Herbst führte. Eine ähnliche Situation hatte es vor kurzem in Moskau gegeben, wo die muslimische Gemeinde im Osten der Stadt eine Moschee bauen wollte und dies zum Konflikt mit den Anwohnern führte. Angesichts der Proteste widerrief die dortige Behörde ihre Baugenehmigung. Laut der Volkszählung im Jahr 2002 waren damals 12000 der 955000 Menschen im Königsberger Gebiet muslimischen Glaubens. Wie viele es heute sind, ist nicht bekannt. Der Leiter der muslimischen Gemeinde in Königsberg, Irschat Chasamow, behauptet, es wären über 100000. Das wären etwas über zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von heute 938000. Wenn es auch keine genauen Angaben gibt, so ist sicher, dass heute weitaus mehr Muslime in der Region leben infolge zahlreicher Regierungsprojekte, mit denen Gastarbeiter aus mittelasiatischen GUS-Staaten angelockt wurden. Vor allem Arbeiter aus Tadschikistan und Usbekistan gehören meist dem Islam an. Einige zehntausend Gastarbeiter leben teilweise illegal im Gebiet. Auf jeden Fall nehmen heute Muslime zahlenmäßig den zweiten Platz nach den Orthodoxen ein. Zur Zeit gibt es im Königsberger Gebiet erst eine Moschee außerhalb von Königsberg in Lauth (Bolschoje Isakowo). Sie wurde Anfang 2010 eröffnet. Die Gegner wollen mit Mahnwachen und Anfragen bei Politikern und Behörden weiter gegen die Ausbreitung des Islam im Königsberger Gebiet protestieren.

Jurij Tschernyschew

Betrug als Brandursache

Die Stadt Lötzen wollte Kosten auf Warschau abwälzen – Nun soll Allenstein zahlen

Vorletzten Donnerstag stand in Lötzen eines der letzten erhalten gebliebenen Gebäude aus der Vorkriegszeit in Flammen. Es handelt sich um das Haus der Bäckerfamilie Otto Regelski in der Lycker Straße (ul. Warszawska), das zuletzt von der Stadt als Konzert- und Kulturhaus genutzt worden war. Zwar gelang es der Lötzener Feuerwehr, den Brand zu löschen, bevor das Feuer auf andere Gebäude übergreifen konnte, dennoch ist das Haus zur Zeit wegen des Feuers nicht nutzbar. Untersuchungen zur Brandursache ergaben, dass kurz vor dem Brand eine Zentralheizung eingebaut worden war, ohne dass der Querschnitt des Schornsteins angepasst wurde. Peinlich für die Stadtverwaltung ist, dass der Schornsteinfeger darauf hingewiesen hatte, dass der Schornstein umgebaut werden müsse.



Das Haus vor dem Brand Bild: Claaßen

Bei der Stadt hatte man gemeint, die Mittel für diese Maßnahme sparen zu können, indem man den Kaminumbau in einem Zuschussantrag für die „Restaurierung eines Altbaus" sozusagen „versteckte".

Solche Projekte werden vom polnischen Staat gerne gefördert, aber die Bearbeitung der Anträge dauert zum Teil mehrere Jahre. Die versuchte Mauschelei der Stadtverwaltung flog nur deshalb auf, weil ein Behördenleiter vorschnell dem Kaminfeger die Schuld am Brandausbruch hatte in die Schuhe schieben wollen – und dieser sich wehrte, indem er nachwies, dass er die Vergrößerung des Schornsteinquerschnitts zur Bedingung für die Abnahme gemacht, die Stadtverwaltung jedoch die Auflage nicht erfüllt hatte. Der rechtzeitige Umbau hätte ein Trinkgeld gekostet im Vergleich zu der jetzt fälligen Totalrenovierung. Die Lötzener Behörden scheinen übrigens nichts dazugelernt zu haben: Statt für ihren Fehler einzustehen und auf eigene Kosten mit der Reparatur zu beginnen, wollen sie jetzt erneut Zuschüsse beantragen, diesmal beim Denkmalsamt der Woiwodschaft Ermland und Masuren – für den Erhalt und die Wiederherstellung der beschädigten „historischen Bausubstanz". *Rainer Claaßen*

Mehr polnische Ostpreußen

Im südlichen Ostpreußen leben mittlerweile mehr als 1,4 Millionen Einwohner. Davon leben über 176000 in Allenstein, ungefähr 126500 in Elbing und mehr als 57500 in Lyck. Dieses Wachstum ist fast ganz auf die Fruchtbarkeit der hier seit 1945 angesiedelten Bevölkerung zurückzuführen. Zwar gibt es auch Zuwanderung, aber eben auch eine nicht unerhebliche Abwanderung. Der Allensteiner Soziologe Marek Sokolowski vertritt die Ansicht, dass man sich nicht über den Fortzug junger Leute in andere Regionen der Republik wundern dürfe, gäbe es für sie dort doch bessere Möglichkeiten, beruflich voranzukommen. *PAZ*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

worüber ich mich besonders freue, sind die liebevollen Worte unserer Leserinnen und Leser, die dafür Dank sagen, dass ihr Wunsch veröffentlicht wurde – auch wenn kein Erfolg zu verzeichnen war. Wie Herr **Wolfgang Gay**, dessen Suche nach Informationen über eine Großtante seiner Mutter, **Eugenie von Böttiger** geborene Krupp, bisher ins Leere lief. Sie war die letzte Besitzerin des Rittergutes Mehlleden und liegt auch dort begraben. Nun gut, wir brachten den Suchwunsch von Herrn Gay in der Folge 45 vom 13. November 2010, es ist also noch gar nicht so lange her, und so schnell soll man die Hoffnung nicht aufgeben. Das meinen auch **Siegrid** und **Udo Ernst**, deren Wunsch wir in Folge 43/2010 veröffentlichten. Sie suchten nach einer Verwandten von Frau Ernst, der Tochter **Irmela** der Hebamme **Helene Matulat** aus Rauterskirch. Die Mutter soll 1945 umgekommen ein, was aus der damals siebenjährigen Tochter wurde, blieb bisher ungeklärt. Da das Ehepaar Ernst alle Suchmöglichkeiten ausgeschöpft hatte, als es sich an uns als „letzte Instanz“ wandte, war die Erwartung auf einen Erfolg durch unsere Ostpreußische Familie auch gering und diese Skepsis hat sich leider bestätigt. Zwar kamen zwei Anrufe – der eine von einer Familienforscherin, der es um den Namen „Matulat“ ging, und der zweite von einem älteren Herrn, der überglücklich war, nun zu wissen, wie die Hebamme aussah, die ihm seinerzeit auf die Welt geholfen hatte! – aber das war es dann auch. Bisher! Denn noch immer haben Siegrid und Udo Ernst ein Quäntchen Hoffnung, und die liegt vor allem in der Veröffentlichung unserer Kolumne im Internet.

Und damit haben sie Recht, oft kommt die Antwort spät, aber sie kommt! Es kann Monate, Jahre, Jahrzehnte dauern, sogar länger als ein Vierteljahrhundert wie die E-Mail beweist, die wir jetzt von Frau **Kirstin L.** erhielten. Sie fand auf ihrer Suche nach den Spuren der Vergangenheit eine Ausgabe des *Ostpreußenblattes* vom 6. Februar 1982. Damals brachten wir laufend Erinnerungsfotos, sie waren nummeriert, und die in jener Folge veröffentlichte Aufnahme hatte die Nummer 374. Sie zeigte die Schulkinder von Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Schule, an der die Lehrer **Gensch** und **Markowski** unterrichteten, die inmitten ihrer Schülerschar auf dem Foto zu sehen waren. Eingesandt hatte dieses Erinnerungsfoto eine ehemalige Schülerin, Frau **Martha Braun** geborene **Gortat**, die Zuschriften sollten an die Redaktion erfolgen. Nun entdeckte Frau L. in dem abgebildeten Lehrer Gensch ihren Urgroßvater und bat uns um die Anschrift von Frau Braun, damit sie sich mit der damaligen Einsenderin in Verbindung setzen konnte. Leider haben wir deren Adresse nicht mehr, es gab damals noch keine elektronische Speicherung, und so bleibt nur die Suche nach Frau Martha Braun über unsere Ostpreußische Familie. Bitte, liebe Frau Braun, wenn Sie diese Zeilen lesen, setzen sie sich mit uns in Verbindung, damit wir Ihre Anschrift der Fragestellerin übermitteln können. Aber auch andere Dietrichsdorfer werden gebeten, sich zu melden, denn die Großmutter von Frau L. ist die Tochter von Lehrer Gensch, und sie möchte gerne Verbindung zu Landsleuten aus ihrem masurischen Heimatdorf haben. Ihre federführende Enkelin ist leider im Augenblick nur über eine E-Mail Adresse zu erreichen, so dass alle Zuschriften an unsere Ostpreußische Familie zu richten sind.



Hauptquartier des Heimatdienstes in Allenstein während der Abstimmungswoche 1920: Wie hier beim Deutschen Haus nutzte die deutsche Seite das Wappen des Deutschen Ordens (rechts oben) auch bei Anstecknadeln als ihr politisches Symbol. Bild: Archiv

Auf ein anderes Erinnerungsfoto bezieht sich die Zuschrift von Frau **Lieselotte Rossa** aus Erlangen, es ist nicht ganz so alt, sondern wurde vor „nur“ 15 Jahren im *Ostpreußenblatt* veröffentlicht. Wieder geht es um ein Schulfoto und wieder um einen Lehrer, dessen direkte Nachfahrin sich jetzt gemeldet hat, und diesmal ist es sogar ihr Großvater. Frau Rossa schreibt: „Ich bin Ostpreußin, 1924 in Johannisburg geboren und in der Nacht vom 20./21. Januar 1945 aus Allenstein geflohen. Seit vielen Jahren bin ich begeisterte Leserin des *Ostpreußenblattes*. 1995 habe ich als Erinnerungsfoto Nr. 1058 als Suchanzeige eines ehemaligen Schülers das Bild meines Großvaters als Lehrer in der einklassigen Schule in Reinersdorf, früher Niedzwedzen, gefunden.“ Um dieses Foto geht es Frau Rossa nicht in ihrem heutigen Schreiben, sondern um eine andere Frage. Unter den wenigen Dingen, die sie bei der Flucht retten konnten, befand sich eine kleine silberne Nadel in Form eines Schildes, das ein schwarzes Kreuz zeigt. In dessen Mitte befindet sich ein kleines Schild mit einem silbernen Adler auf weißem Grund. Auf der Rückseite ist eine Widmung eingraviert: „Der bewährten Kämpferin für Masurens Freiheit und Sieg. Die dankbare Heimat, 11. Juli 1920“. Diese Nadel hat mit großer Wahrscheinlichkeit ihre damals 24-jährige Mutter erhalten, die sich sehr für die Menschen eingesetzt hat, die „aus dem Reich“ in die Heimat kamen, um hier ihre Stimme für ein deutsches Masuren abzugeben. Wer weiß etwas über diese Nadel, mit der die Helferinnen und Helfer ausgezeichnet wurden, und von wem die Auszeichnung vorgenommen wurde? Wer sich mit Frau Rossa in Verbindung setzen möchte, hier ihre Anschrift: Lieselotte Rossa, Erlenfeld 3b in 91056 Erlangen, Telefon (09131) 7558–373.

Immer wieder finden unsere Leser in unserer Ostpreußischen Familie vertraute Namen – für Frau **Gisela Brauer** aus Bad Oldesloe war es diesmal die erste Folge in diesem Jahr, in der sie „fündig“ wurde. Sie schreibt: „Beim Erscheinen jeder *PAZ* ist die Ostpreußische Familie meine erste Lektüre. Diesmal fesselten mich die Kirchenglocken von Friedland und besonders das Zitat aus dem ‚Führer durch die Evangelische Kirche in Friedland a. d. Alle‘ von **Paul Zimmermann**, Friedland. Es muss sich um den damaligen Schulleiter der Mittelschule/Berufsschule handeln. Von 1947 bis 1950 hatte ich Herrn Zimmermann in Schleswig-Holstein als Englisch- und Biologielehrer. Außerdem bin ich mit seiner Nichte **Sabine Haries** geborene Zimmermann in Marienwerder befreundet. Die Welt ist klein!“ Ja, das kann man wohl sagen. Von meinem in Chile geborenen Mann habe ich ein Sprichwort übernommen, das dort gebräuchlich ist: „Die Welt ist wie ein Taschentuch. Alles findet sich darin wieder.“ Also für unsere Ostpreußische Familie muss das Taschentuch schon mindestens Lakengröße haben.

Das beweist auch die E-Mail, die uns Herr **Gilbert M.** aus Berlin sandte. Auf der Suche nach Spuren von seiner Flucht aus Schlesien nach Halle an der Saale stieß er auf unsere Ostpreußische Familie in der Folge vom 30. Juni 2001, in der das „Kinderlager Bischofswerda“ erwähnt wird. Es war auch der letzte Aufenthaltsort von Gilbert und seiner Schwester, ehe sie von ihrer Mutter aus dem Lager geholt wurden. Nun möchte er die exakte Anschrift des ehemaligen Kinderlagers haben und fragt, ob es ein Lagerarchiv gäbe, in das er einsehen könnte. Da brauchen wir nicht zehn Jahre zurück zu gehen, denn im vergangenen Jahr haben wir ausführlich über die Kinderlager berichtet und können ihm also nicht nur Anschriften übermitteln, sondern ihn auch über die aktuellen Bemühungen um eine Aufarbeitung und Dokumentation informieren.

Und damit sind wir bei den neuen Fragen, die wir redaktionell nicht beantworten können. Also heißt es: Ostpreußische Familie, hilf! Allerdings wird es nicht leicht sein, die Hoffnung, die Frau **Renate Bielefeld** aus Mannheim in uns Ostpreußen setzt, zu erfüllen. Es handelt sich um den Radierer **Albert Fothe**, dessen Biographie Frau Bielefeld erstellen will, und das hat seinen Grund. Nicht nur, dass sich in ihrem Familienbesitz zahlreiche Werke des Künstlers befinden, es gibt auch verwandtschaftliche Beziehungen. Bei ihren Recherchen stieß Frau Bielefeld auf die Verbindung Fothes zu Ostpreußen, das eventuell sein Geburtsland sein könnte. In den 20er Jahren ließ sich der Künstler in Hamburg nieder, nachdem er in Königsberg studiert hatte. Frau Bielefeld schreibt dazu: „Im Internet fand ich einige Angebote zu Blättern mit Darstellungen aus Allenstein, was mich wiederum auf ein antiquarisch angebotenes Sonderheft vom Juli 1920 ‚Die Woche‘ Ostpreußen, stoßen ließ. Dieses enthält zahlreiche Illustrationen der Radierer und Lithografen **Bruno Bielefeld(t)**, Albert Fothe und ihres Lehrers (?) Prof. Dr. **Heinrich Wolff** aus Königsberg. Über Wolff und Bielefeldt schreibt die einschlägige Kunstpresse, und auch im Archiv des *Ostpreußenblattes* konnte ich einiges finden, nichts jedoch zu Fothe. In dem Heft findet man unter anderem eine Darstellung von Lötzen und des Skanda Sees von Albert Fothe“. Also muss sich der Künstler nicht nur in Königsberg, sondern auch in Masuren aufgehalten haben. Vielleicht ist er auch dort geboren? Der weitere Lebensweg Fothes ist nachvollziehbar, denn er wurde in Hamburg sesshaft, dokumentierte den Abriss der historischen Hansestadt und wanderte durch Holstein, hielt Seen und Fachwerkhäuser fest, blieb also seinen ostpreußischen Motiven treu. Einige große Blätter befinden sich in der Hamburger Kunsthalle. 1933 wurde Fothe aus der Hamburger Künstlerschaft zwangsweise ausgeschlossen. Die Hamburger Warburg Stiftung, die diese Künstlergruppe dokumentiert hat, konnte nur karge Lebensdaten von Fothe ermitteln. Wir hoffen mit Frau Bielefeld, dass durch unsere Leserschaft die Herkunft und die frühen Lebens- und Schaffensjahre von Albert Fothe transparent gemacht werden können. Zuschriften bitte an Frau Renate Bielefeld, Collinistraße 5 in 68161 Mannheim. Telefon (0621) 1781570, Fax (03222) 2415108, E-Mail: renate.bielefeld@t-online.de

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch für Frau **Irene Wendland** aus Markkleeberg gehen wir auf die Suche und folgen ihren Spuren zurück bis zur Hagenstraße auf dem Königsberger Hufen. Dort befand sich die Bäckerei und Konditorei ihres Vaters **August Kasprik**, die bei den Kunden sehr beliebt war, denn sie war auch mit zwei Stehtischen ausgestattet, an denen Kaffee und Kuchen konsumiert werden konnten. Auch für sein leckeres Königsberger Marzipan war August Kasprik bekannt. Das Haus Hagenstraße Nr. 43, in dem sich das Geschäft befand, war ein Mehrfamilienhaus. Es lag dicht am Ziethenplatz und bot zusammen mit einer Fleischerei und einem Friseursalon den Kunden viele Möglichkeiten. Deshalb glaubt Frau Wendland, dass sich noch einige Königsberger an die Bäckerei und Konditorei ihres Vaters erinnern, und bittet um Zuschriften. Die könnten auch von Leserinnen und Lesern kommen, die damals noch Kinder waren. Denn, wenn ich an meine Kindheit denke, wurde ein geschenkter Dittchen nur zu gerne in einen Mohrenkopf oder Liebesknochen umgesetzt, für fünf Pfennige gab es auch schon „Scheiterhaufen“ oder Rumkugeln aus Kuchenresten – wir schmengerten eben gerne! Besonders freuen würde sich Frau Wendland über ein Foto von dem väterlichen Geschäft, aber das wäre dann schon ein Glücksfall. (Irene Wendland, Freiburger Allee 9 in 04416 Markkleeberg, Telefon 0341/3587341.)

So, das war heute wieder einmal eine Ostpreußische Familie nach meinem Herzen, so vielseitig, so unterschiedlich in den Fragen und Antworten, so echt ostpreußisch!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Die Benesch-Dekrete gelten weiter

Neues Urteil im Fall Waldes & Co. – Tschechisches Verfassungsgericht stoppt Wiedergutmachung für jüdische Unternehmerfamilie

Über 65 Jahre nach ihrer Veröffentlichung richten die Benesch-Dekrete weiterhin Unheil an. Sogar NS-Unrecht wird mit diesen Dekreten in der Tschechischen Republik heute übertüncht.

Das Prager Unternehmen Waldes & Co. war in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit ein Begriff. Seine Erfindung und sein berühmtestes Erzeugnis, der nach dem legendären Diamanten Koh-i-Noor benannte Patentdruckknopf, wurde weltbekannt. Bereits 1902 gründete Heinrich Waldes mit dem Mechaniker Hynek Puc das Unternehmen zur Herstellung kleiner Metallwaren. Die Firma florierte vor allem dank des Unternehmungsgeistes und der Begabung Waldes'. Vor dem Ersten Weltkrieg beschäftigte sie Hunderte von Mitarbeitern und hatte Filialen in Dresden, Warschau, Paris, New York und später in Barcelona. Anfang der 20er Jahre brachte Waldes Reißverschlüsse auf den Markt, und schnell registrierte das Unternehmen weltweit Hunderte von Patenten und Schutzmarken. Wie der mährische Schuhkönig Tomasch Bata schenkte der Knopfkönig Waldes der Automatisierung und Rationalisierung sowie der sozialen Fürsorge große Aufmerksamkeit. Ein Firmenfonds half bei Mutterschaft, Geburt und Tod, zahlte für Heizmaterial, für Umzug sowie für Verbesserungsvorschläge, denn er, so Waldes, verdanke seinen Mitarbeitern viel.

Waldes war auch Mäzen von Sportlern und Künstlern, schuf eine bemerkenswerte Gemäldesammlung, engagierte sich für das Prager Kunstgewerbemuseum und gründete ein Knopfmuseum. Rechtzeitig vor der Errichtung des „Protektorats“ 1939 schickte er seine Familie in die USA. Im September 1939 kam der jüdische Unternehmer ins KZ Dachau, dann nach Buchenwald. Der Familie gelang es, ihn für mehrere Millionen freizukaufen. Waldes starb aber am 2. Juli 1940 auf der Schiffsfahrt in die USA an den Folgen der Lagerhaft. 2007 wurde er posthum mit dem Masaryk-Verdienstorden ausgezeichnet.

> Tschechien profitiert von NS-Enteignung des »Knopfkönigs«

Waldes & Co. wurde bereits im September 1939 aufgrund der Anordnung des Reichsprotektors über das jüdische Eigentum unter NS-Treuhandverwaltung gestellt. Einziger Gesellschafter wurde das Großdeutsche Reich. Nach dem Krieg wurde das Unternehmen aufgrund der Benesch-Dekrete als deutsches Eigentum verstaatlicht. Die Entschädigungsansprüche der Erben wurden nicht berücksichtigt, weil sie, so die Begründung, „unzuverlässige Personen“ seien, die sich „ohne Genehmigung der CSR-Behörden“ im Ausland aufhielten. Der jetzige rechtmäßige Erbe ist Georg Waldes, Sohn des Firmengründers und Inhaber der einstigen Filiale in den USA. Fünf Jahre nach dem Ende des Kommunismus wurde die Prager staatseigene Firma Koh-i-Noor, wie das ursprüngliche Unternehmen Waldes & Co. bereits von dem NS-Regime umbenannt worden war, privatisiert.

2007 entschied das Prager Stadtgericht, dass die Hälfte von Koh-i-Noor den Erben der Familie Waldes herauszugeben sei. Doch Ende 2010 hob das Verfassungsgericht in Brünn diese Entscheidung auf. Der Grund: Die Waldes-Fabrik, genauso wie ähnliche Objekte mit über 500 Beschäftigten, seien aufgrund des Benesch-Dekrets Nr. 100 bereits 1945 verstaatlicht worden und nicht erst nach dem kommunistischen Umsturz 1948, was die unüberschreitbare Restitutionsgrenze sei. Die erste Verstaatlichung in der NS-Zeit blieb unerwähnt. Dem Verfassungsgericht zufolge ist es allerdings bedauernswert, dass die Familie sowohl vom nationalsozialistischen als auch vom kommunistischen Regime verfolgt worden sei.

Nicht weniger bedauernswert ist, dass ein Rechtsstaat, für den sich die Tschechische Republik ausgibt, keine Gerechtigkeit walten lässt. Im Gegenteil: Unrecht ist dem tschechischen Staat von Anfang an immanent. Der Unwille der tschechischen Politik, die eigene Geschichte des 20. Jahrhunderts aufzuarbeiten, ist bekannt. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts steht ebenso in krassem Widerspruch zu jedem Rechtsempfinden wie das rigide Beharren auf den rassistischen und menschenrechtswidrigen Benesch-Dekreten, die als Gespenster der Vergangenheit in einem Rechtsstaat des 21. Jahrhunderts nichts zu suchen haben. Jeder Logik versperrt sich, dass ein frei gewähltes Parlament diese Unrechtsnormen 2002 als „unantastbar“ deklariert hat.

Milan Kubes

Abdruck mit freundlicher Erlaubnis der „Sudetendeutschen Zeitung/Volksbote“

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Krosta, Hedwig, geb. **Senkbeil**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 29, 06502 Thale, am 29. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Mattukat, Luise, geb. **Nietschmann**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt E.-Thälmann-Straße 47, 06895 Zahna, am 24. Januar

Sauer, Ursula, geb. **Zimmermann**, aus Trempen, Kreis Angerapp, jetzt Am Holling 2, 26388 Wilhelmshaven, am 30. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Zink, Maria, geb. **Potreck**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Siebenbürgenweg 51, 40591 Düsseldorf, am 20. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Matthee, Liesbeth, geb. **Fuchs**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Katzbachstraße 4, 81476 München, am 30. Januar

Wichert, Gerda, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Albrecht-Straße 44a, 31542 Bad Nenndorf, am 30. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Arndt, Mathilde, geb. **Berger**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Turmstraße 58E, 58099 Hagen/Westfalen, am 13. Januar

Geyer, Otto, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Pommernstraße 54, 65428 Rüsselsheim, am 29. Januar

Ohnesorge, Erwin Georg, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilsiter Straße 63 c, 22047 Hamburg, am 22. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, jetzt Karpendeller Weg 17, 40822 Mettmann, am 25. Januar

Urban, Heinrich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hannöversche Straße 10A, 34497 Korbach, am 29. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Drescher, Erich, aus Lyck, Yorkstraße 20a, jetzt Hülser Weg 33, 41564 Kaarst, am 28. Januar

Elksnat, Helene, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rottmannstraße 45, 59229 Ahlen, am 29. Januar

Fürst, Heinz, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Am Watten Diek 9, 27476 Cuxhaven, am 24. Januar

Kletdke, Erna, geb. Puschnerus, aus Ragnit, Markt 5, jetzt Hohle Gasse 4, 08547 Steinsdorf, Plauen, am 2. Februar

Wedlewski, Artur, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Mozartstraße 6, 71732 Tamm, am 24. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dietrich, Gertrud, geb. **Tiedtke**, aus Schwarzstein, Kreis Rastenburg, jetzt Bürgerspital, Weinstraße 80, 67157 Wachenheim, am 26. Januar

Domscheit, Willy, aus Sorgenau, Kreis Samland, jetzt Bultmannstraße 47, 33330 Gütersloh, am 25. Januar

Grossmann, Erika, geb. **Piwko**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Bummelberg 5, 44149 Dortmund, am 27. Januar

Hermecke, Erna, geb. **Jeremias**, aus Kuglacken, Alt Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 36a, 29574 Ebstorf, am 24. Januar

Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkose, Kreis Neidenburg, jetzt Fußgönheimer Straße 45, 67071 Ludwigshafen, am 24. Januar

Korff, Gertrud, geb. **Witt**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Gebhard-Straße 20, 61239 Ober-Mörlen, am 31. Januar

Korth, Walter, aus Neidenburg, jetzt Ruhrstraße 2, 45739 Oer-Erkenschwick, am 28. Januar

Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Prenzlauer Straße 7, 38350 Helmstedt, am 29. Januar

Marienfeld, Martha, geb. **Przetak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Knochenbergstraße 16, 27356 Rotenburg, am 25. Januar

Niden, Herbert, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Katharinenstraße 9, 68199 Mannheim, am 30. Januar

Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt Flurstraße 9, 82256 Fürstenfeldbruck, am 27. Januar

Perschel, Elli, aus Palmnicken, jetzt Rembertistift 22, 28203 Bremen, am 25. Januar

Thomas, Margarete, geb. **Petrunk**, aus Biegiethen, Kreis Samland, jetzt Professor-Mendel-Straße 144, 52511 Geilenkirchen, am 29. Januar

Werner, Horst, aus Lengen, Kreis Ebenrode, jetzt Alter Kirchweg 171, 25474 Hasloh, am 25. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dinter, Erich, aus Kreis Heiligenbeil, jetzt Hirschbergstraße 19, 50939 Köln, am 27. Januar

Dunst, Fritz, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Streichmühlenstraße 2, 24977 Grundhof, am 22. Januar

Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lyck und Lötzen, jetzt Am Mühlenteich 9, 21680 Stade, am 28. Januar

Hansel, Hildegard, geb. **Wyzinski**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Schackumer Straße 10, 40667 Meerbusch, am 27. Januar

Höhne, Gerda, geb. **Schwermer**, aus Tapiau, Lindemannstraße, Kreis Wehlau, jetzt Würzburger Straße 15c, 91074 Herzogenaurach, am 28. Januar

Kähding, Karin, geb. **Schliepat**, aus Wesselshöfen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Marrensberg 33, 24944 Flensburg, am 2. Januar

Koss, Waltraut, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Schwabenring 67a, 32427 Minden, am 30. Januar

Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Starenweg 12, 38259 Salzgitter, ST Ohlendorf, am 24. Januar

Lehmann, Ottilie, geb. **Witulski**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, jetzt Rundstedter Straße 26, 38350 Helmstedt, am 31. Januar

Meier, Waltraut, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, jetzt Burger Straße 105, 42859 Remscheid, am 28. Januar

Moritz, Alfred, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Deters Heide 12, 33803 Steinhagen, am 29. Januar

Oberberger, Irmgard, geb. **Tiburzy**, aus Gr. Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Vogelsangstraße 14, 78628 Rottweil, am 26. Januar

Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Straßburger Allee 53, 26389 Wilhelmshaven, am 27. Januar

Potschien, Gisela, geb. **Daniel**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Königstraße 63, 58300 Wetter, am 24. Januar

Schieschang, Herta, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Kleine Parower Straße 54, 18435 Stralsund, am 25. Januar

Schläger, Gertrud, aus Lyck, Bismarckstraße 59, jetzt Saatziger Straße 5, 23701 Eutin, am 27. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartholomay, Gerda, geb. **Olschewski**, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, jetzt Sedanstraße 10, 42855 Remscheid, am 15. Januar

Berwing, Anneliese, geb. **Krolzig**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, jetzt Zabel-Krüger-Damm 67, 13469 Berlin, am 24. Januar

Christoph, Elfriede, geb. **Link**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Möltenorter Weg 21, 24226 Heikendorf, am 26. Januar

Fischer, Erika, geb. **Geschinski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Amtsfeldstraße 7c, 38855 Wernigerode, am 25. Januar

Fischer, Erika, geb. **Rose**, aus Gabditten, Lindenau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schmiedekoppel 61, 23611 Bad Schwartau, am 28. Januar

Gudat, Liesbeth, geb. **Usko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Otto-Speckler-Straße 34, 22307 Hamburg, am 27. Januar

Gul, Elisabeth, geb. **Sternberg**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Zierker Straße 28, 17235 Neustrelitz, am 24. Januar

Hartmann, Maria, geb. **Hassenberg**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Jägerfeld 2, 21077 Hamburg, am 25. Januar

Jacks, Walter, aus Memel, jetzt Lürmannstraße 11, 49076 Osnabrück, am 25. Januar

Jakob, Frieda, geb. **Hölge**, aus Drugthenen, Kreis Samland, jetzt Burkhardstraße 4, 07819 Triptis, am 29. Januar

Karla, Heinz, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Glückaufstraße 42, 44575 Castrop-Rauxel, am 24. Januar

Koch, Edeltraut, geb. **Brehm**, aus Raineck, Kreis Ebenrode, jetzt Steinbergstraße 8, 31061 Alfeld, am 30. Januar

Kraft, Margarete, aus **Ittau**, Kreis Neidenburg, jetzt Eduard-Rosenthal Straße 32D, 99423 Weimar, am 30. Januar

Meyer, Hildegard, geb. **Marold**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Diekhoff 19, 32469 Petershagen, am 28. Januar

Pierlings, Erika, geb. **Roeschies**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, jetzt Kölner Straße 19A, 41564 Kaarst, am 24. Januar

Schneider, Charlotte, geb. **Norkeweit**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, jetzt An der Sandkull 73, 47445 Moers, am 28. Januar

Schoenfeld, Hildegard, geb. **Stullich**, aus Lötzen, jetzt Landringer Straße 68, 58710 Menden, am 26. Januar

Tesch, Charlotte, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, jetzt Aurikelweg 11, 33739 Bielefeld, am 24. Januar

Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Burgweg 22, 67117 Limburghof, am 25. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Kurt, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Ilmenautal 1, 29549 Bad Bevensen, am 24. Januar

Bergen, Erich, aus Lyck, Yorkplatz 3, jetzt Industriestraße 14, 30855 Langenhagen, am 26. Januar

Butzlaff, Elisabeth, geb. **Monka**, aus Ortelsburg, jetzt Ziegelstraße 5A, 33607 Bielefeld, am 24. Januar

Eigenfeld, Ruth, aus Wiesenfeld, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Frerener Straße 27, 49838 Lengerich, am 28. Januar

Geiser, Karl-Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Tulpenweg 20, 44869 Bochum, am 30. Januar

Grigat, Artur, aus Neuendorf, Kreis Insterburg, jetzt Corveystraße 7, 28215 Bremen, am 30. Januar

Intelmann, Johannes, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt In den Wiesenhöfen 14, 27383 Scheeßel, am 25. Januar

Kauerauf, Waldemar, aus Seerappen, Kreis Samland, jetzt Neidlinger Berg 1, 94065 Waldkirchen, am 28. Januar

Lubenath, Gerhard, aus Ribben, Kreis Ebenrode, jetzt Schulring 2c, 18320 Trinwillershagen, am 30. Januar

Makrutzki, Benno, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Grüne Harfe 52, 45239 Essen, am 30. Januar

Marzinik, Paul, aus Arlen, Kreis Lötzen, jetzt Flurstraße 124, 45899 Gelsenkirchen, am 25. Januar

Murawasky, Anneliese, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Am Hasenberg 1d, 21481 Lauenburg, am 27. Januar

Naraschewski, Siegfried, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Himmelreichstraße 8, 96120 Bischberg, am 25. Januar

Pottel, Ingeburg, geb. **Möller**, aus Tapiau, Pruzzenwall, Kreis Wehlau, jetzt Wittenberger Straße 11, 06749 Bitterfeld, am 29. Januar

Rentel, Heinz, aus Radau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Keplerweg 10, 23566 Lübeck, am 25. Januar

Rinio, Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, jetzt Bertramstraße 55, 21614 Buxtehude, am 24. Januar

Roesner-Opitz, Brigitte, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, jetzt Hagener Straße 107, 48642 Iserlohn, am 27. Januar

Rubelowski, Heinz Werner, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Holunderstraße 7, 45770 Marl, am 26. Januar

Sadowski, Ella, geb. **Dzioboka**, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Am Heideberg 28, 50354 Hürth, am 24. Januar

Sadowski, Liesbeth, geb. **Rettkowski**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, jetzt Akazienstieg 9, 22926 Ahrensburg, am 30. Januar

Sawatzki, Heinz, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Sonnenstraße 44, 09337 Hohenstein-Ernstthal, am 26. Januar

Schmidt, Heinz, aus Genslack, Oberwalde, Kreis Wehlau, jetzt Brombeerhof 12E, 24960 Munkbrarup, am 29. Januar

Schulz, Günter, aus Neidenburg, jetzt Frankfurter Straße 20/81, 72760 Reutlingen, am 24. Januar

Sczuplinski, Karl, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, jetzt Rotenbergstraße 4, 37115 Duderstadt, am 29. Januar

Sobilo, Ursula, geb. **Rade**, aus Lyck, jetzt Lange Straße 144, 61440 Oberursel, am 28. Januar

Stahldorf, Heinz, aus Ragnit, Schützenstraße 12, jetzt RR5, 262 Bonniebrook Place, GIBSONS, B.C. VON IV5, Kanada, am 7. Januar

Ulonska, Wolfgang, aus Allenstein, jetzt An der Mole 2a, 23966 Wismar, am 8. Januar

Wagner, Erika, geb. **Lorenz**, aus Tapiau, Memellandstraße, Kreis Wehlau, jetzt Nakatenusstraße 93, 41065 Mönchengladbach, am 25. Januar

Zukowski, Irena, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Grundwaldzka 70, Pl-11-510 Wydminy, am 30. Januar



Dieter **Meiser** aus Hagen/Westfalen und Hannelore, geb. **Arndt**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Turmstraße 58E, 58099 Hagen / Westfalen, am 30. Dezember

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2011

11.–13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

11.–13.April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

15.–17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

1.–8. Mai: Werkwoche in Ostpreußen in Allenstein

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 22. Januar, 14 Uhr, 3sat: Wiedersehen in Böhmen – Zwei Lebensgeschichten.

Sonnabend, 22. Januar, 19 Uhr, RBB: Heimatjournal.

Sonnabend, 22. Januar, 20.10 Uhr, N-TV: Wir Deutschen – Vom Reich zur Republik 1933-1945.

Sonntag, 23. Januar, 19.40 Uhr, 3sat: Schätze der Welt. Das Bauhaus Deutschland.

Sonntag, 23. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Hungewinter. Überleben nach dem Krieg.

Sonntag, 23. Januar, 21.50 Uhr, 3sat: Söhne. Doku von Volker Koepp. Eine tragische Verwechslung in Westpreußen, ausgelöst durch Krieg und Flucht.

Montag, 24. Januar, 17.15 Uhr, 3sat: Bahnromantik. Die Transsibirische Eisenbahn: In Chruschtschows Wagen durch Sibirien.

Montag, 24. Januar, 19.30 Uhr, arte: Der Rhein – Von der Quelle bis zur Mündung.

Dienstag, 25. Januar, 14.15 Uhr, NRDR: Bilderbuch Deutschland. Das Rheinland.

Dienstag, 25. Januar, 21.05 Uhr, N24: Feuerball am Himmel – Der Absturz der Hindenburg.

Dienstag, 25. Januar, 22.05 Uhr, N24: Flucht aus Berlin.

Mittwoch, 26. Januar, 16.30 Uhr, 3saqt: Die Mongolen (1 + 2/2).

Mittwoch, 26. Januar, 22.45 Uhr, RBB: Deutschland, deine Künstler. Der Dirigent Kurt Masur.

Mittwoch, 26. Januar, 23.15 Uhr, ARD: Angriff aus dem Internet. Wie „Online-Täter“ uns bedrohen.

Donnerstag, 27. Januar, 14.45 Uhr, arte: Zeugnis über Auschwitz.

Donnerstag, 27. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Nach Fahrplan in den Tod (1/2). „Europas Bahnen und der Holocaust“.

Donnerstag, 27. Januar, 21.05 Uhr, N24: Die Geschichte der Atombombe.

Freitag, 28. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Nach Fahrplan in den Tod (2/2).

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Angerburger Kulturpreis 2011: Im Jahre 2011 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete „Angerburger Kulturpreis" vergeben. Dieser Preis in Höhe von 500 Euro wird alle drei Jahre verliehen. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten. Angerburger Künstler bzw. Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wis-

senschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2011 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 10, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburger Kulturpreis" ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Neuntägige Frühlingsfahrt nach Nordostpreußen Elchniederung, Tilsit, Königsberg und Kurische Nehrung 13. bis 21. Mai 2011 – Sonderprogramm für die Kreisgemeinschaft Elchniederung, Reiseleitung Peter Westphal. 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache, Zwischenübernachtung in Marienburg. 2. Tag: Führung durch die imposante Marienburg, anschl. Weiterfahrt zum polnisch-russischen Grenzübergang und Weiterreise vorbei an Königsberg bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im zentral gelegenen Hotel „Rossija" beziehen. 3. Tag: Fahrt in die Elchniederung. In Rauterskirch besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst in der historischen Kirche von Rauterskirch gemeinsam mit der dortigen evangelischen Gemeinde. Anschließend sind ein offizieller Empfang sowie ein herzliches Treffen mit der örtlichen Bevölkerung vorgesehen. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt über Seckenburg nach Heinrichswalde mit Besuch des neu eingerichteten deutsch-russischen Museums zur Heimatgeschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Rückfahrt nach Tilsit und geführter Stadtrundgang durch die einst östlichste deutsche Großstadt am Memelstrom. Beim Bummel durch die Hohe Straße und Steinstraße kann man die frühere Schönheit Tilsits erahnen. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Tag zur freien Verfügung. Unser Taxiservice bietet wieder die Möglichkeit für gezielte Einzelfahrten und Unternehmungen, einschl. des Gebietes nördlich der Gilge. Für alle, die den Taxitag nicht individuell nutzen möchten, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem weiteren geführten Ausflug entlang der Memel, die genaue Route für diesen Tag wird vor Ort durch Ihre Reiseleitung nach den mehrheitlichen Interessen der Reiseteilnehmer festgelegt. Übernachtung in Tilsit. 6. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und fahren zunächst nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und anderes. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. In der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen für Sie gedeckt. Während eines anschließenden Treffens mit dem Propst erfahren Sie etwas über die Arbeit der Kirche im Kaliningrader Gebiet. Zum Abschluss des Königsbergbesuches steht noch ein besonderer Höhepunkt auf dem Programm: Sie besuchen den wiedererrichteten Dom und hören hier ein kleines Anspiel der neu eingebauten in Deutschland gefertigten Orgel. Anschließend Weiterreise in das Samland und Zimmerbezug in Rauschen im Hotel „Falke". 7. Tag: Tagesauflug auf die „Kurische Nehrung" mit Spaziergang zur Epha-Düne und Besuch der Vogelwarte bei Rossitten. Gegen Mittag ist der Tisch zu einem leckeren Picknick für Sie gedeckt. Eine Bootsfahrt auf dem Kurischen Haff beschließt dann die Exkursion des heutigen Tages. Am Abend erwartet Sie zum Ausklang Ihres Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen im Hotel eine temperamentvolle Folklorevorführung. Übernachtung in Rauschen. 8. Tag: Rückreise mit Zwischenstopp zur Dombesichtigung in Frauenburg, Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 9. Tag: Rückreise nach Deutschland. – Programmänderungen vorbehalten! Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice 1 Ü/HP in Marienburg, Hotel „Zamek", 4 Ü/HP in Tilsit, Hotel „Rossija", 2 Ü/HP in Rauschen, Hotel „Falke", 1 Ü/HP in Schneidemühl/Pila, Hotel „Gromada Rodlo", Besichtigungsprogramm wie beschrieben alle Steuern und Gebühren sind im Preis enthalten, auch die polnische Straßengebühr, deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen, zur Führung durch die Marienburg und durch den Dom von Frauenburg, Visabeschaffung (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen). Preis: 879 Euro, EZZ: 175 Euro, Visagebühr: 55 Euro. Genaue Reiseinformationen bei der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Telefon (034203) 33567 oder bei Peter Westphal, Telefon (05324) 798228 oder bei Partner-Reisen Telefon (05132) 588940, www.Partner-Reisen.com



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Mit dem Bus der Kreisgemeinschaft nach Goldap 5. bis 14. Juli 2011 – Wir fahren zum Sommerfest – fahren Sie mit! Organisation, Programm und Busbegleitung: Annelies und Gerhard Trucewitz. Auch in diesem Jahr fährt ein Bus der Kreisgemeinschaft nach Goldap zum Sommerfest. Fünf Tage Goldap mit viel Zeit für eigene Unternehmungen, Ausflügen und einer Tagesfahrt in den russischen Teil des Kreises Goldap! Reiseprogramm: Hinfahrt Übernachtungen in Stettin und Mohrungen, auf dem Weg einen halben Tag Ostseeküste genießen und Besuch von Marienwerder. 5 Tage Goldap – für alle, die keine eigenen Unternehmungen geplant haben, bieten wir Tagesprogramme an. Rundfahrten durch die Dörfer rund um Goldap, Besuch des Sommerfestes, Besuch Haus der Heimat mit Kaffeetafel, Grillfest in einer Försterei usw., Ausflug rund um Treuburg und Angerburg. Neu im Programm: Am 11. Juli 2011 Tagesfahrt nach Königsberg – mit Möglichkeit zu Besuchen der Heimatdörfer im russischen Teil des Kreises Goldap. Auf Wunsch werden Taxis bestellt. Rückfahrt Übernachtung in Posen. Leistungen: 9 Übernachtungen mit Halbpension in den jeweiligen Hotels, Fahrt im modernen Fernreisebus von Reisedienst Warias GmbH, durchgehend polnisch sprechende Reiseleitung. Besonderer Service: An jedem Tag Kaffee und Kuchen gratis! Preis: 698 Euro pro Person im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag: 130 Euro. Visagebühren sind nicht im Preis enthalten. Visum wird vom Reisebüro beantragt. Zusteigemöglichkeiten: Mittelnkirchen, Hamburg-Harburg, Hannover ZOB, Raststätte Magdeburger Börde und Berlin-Michendorf. Anmeldungen und Auskünfte bei: Annelies und Gerhard Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, E-Mail: heimatbruecke@goldap.de oder Reisedienst Warias GmbH, Erich-Ollenhauer-Straße 42, 59192 Bergkamen, Telefon (02307) 88367, Fax (02307) 83404, E-Mail: info@Reisedienst-Warias.de

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Masuren in Neumünster – Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen / Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis Oktober an jedem dritten Sonnabend eines Monats Tag der offenen Tür von 10 bis 16 Uhr. Alle Veranstaltungen beginnen um 16.15 Uhr. Eintritt frei. Besuch von Heimatmuseum und Archiv zu anderer Zeit nach Absprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003 oder Manfred Kickstein, Telefon (04326) 14369.

Jahresprogramm 2011 – 19. März 2011: Ausstellungseröffnung „Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel", Neumünster (um 15.15 Uhr). Vortrag von Edelgard und Horst Lessing, Neumünster, „Nach Ostpreußen, von Ostpreußen – die Vertriebenen- und Fluchtbewegungen einer Familie" (um 16.15 Uhr).

16. April 2011: „Tag der offenen Tür" (keine Veranstaltung wegen des Lötzener Schülertreffens in Bad Nenndorf) 10 bis 16 Uhr.

14. Mai 2011: Der Schriftsteller Friedhelm Zühr, Berlin, spricht über „Thomas Mann und Ostpreußen" und stellt seinen gerade erschienenen Roman „Salomos Zauberberg" vor (16.15 Uhr).

18. Juni 2011: Ausstellungseröffnung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren" – Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko, Allenstein (15.15 Uhr).

Ute Eichler, Hamburg, stellt auf unterhaltsame Weise ihre Funde von „Bernstein in literarischen Werken des 20. und 21. Jahrhunderts" vor (16.15 Uhr).

16. Juli 2011: Der besondere Tag – Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern von 10 bis 16 Uhr.

20. August 2011: „Der Ostpreuße Ernst Wiechert und seine Märchen". Dieter und Ute Eichler, Hamburg, stellen die Entstehungsgeschichte dieser Märchen vor und lesen Beispiele (16.15 Uhr).

17. September 2011: Hans-Werner Erdt, Oldendorf / Holstein, spricht über: „Ein Kolonist auf dem Weg von Hessen nach Masuren – Deutsche Geschichte im Spiegel einer Familiengeschichte." (16.15 Uhr).

15. Oktober 2011: Der besondere Tag – Das Ehepaar Hergenhan, Kiel, zeigt Scherenschnitte und gewebte Bänder und bietet sie zum Kauf an (10 bis 16 Uhr). Es wird ein Scherenschnitt-Märchenfilm gezeigt (16.15), mit Erläuterungen über die Kunst des Scherenschnitts.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu ihrem Stammtisch in den „Kronenstuben", Kronenstraße 2, Ludwigsburg.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 21. Januar, 14.30 Uhr, diesjährige Jahreshauptversammlung mit Ehrungen, im Restaurant „Deutscher Kaiser" in Kitzingen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

München Nord/Süd – Sonnabend, 22. Januar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München, Vorführung eines neuen Films der Papendick-Reisen nach Nord-Ostpreußen durch Elmar Schmid. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

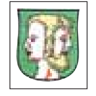
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



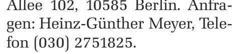
Landesgruppe – Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr. Die Gruppe trifft sich in den Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Gumbinnen – Donnerstag, 3. Februar, 15 Uhr, Café Stresemann, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin. Anfragen: Josef Lirche, Telefon (030) 4032681.



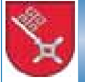
Lyck – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (0330) 403881.

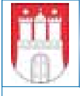


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Hägemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Bereits feststehende Termine für 2011: Freitag, 11. Februar, Kohl- und Pinkelessen; Mittwoch, 23. März, Jahreshauptversammlung; Sonnabend/Sonnabend, 28./29. Mai, Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Nähere Info sind bei Walter Schröder unter der Telefonnummer (0421) 483424 zu erhalten. Hier können Sie sich auch anmelden und weitere Infos über Ablauf und Preise erhalten, wobei der Fahrpreis sich nach der Beteiligung richtet. Anmeldungen nimmt auch Christel Kunigk unter Telefon (0421) 74165 entgegen. – **Kohl- und Pinkelessen**, Dienstag, 8. Februar, 12 Uhr. Die Wandergruppe lädt ihre Mitglieder und Freunde ein. „Hermann Post", Oberneulander Landstraße 165 (Haltestelle „Oberneulander Heerstraße" der BSAG-Linie 33 – verkehrt zwischen Horner Kirche und Sebaldsbrück). Der Preis für das komplette Gericht zum Sattessen mit Vorsuppe und Nachtisch beträgt 19 Euro. Anmeldung erforderlich bei Frau Kunz, Telefon 471874.

Bremerhaven – Freitag, 28. Januar, 13 Uhr, Kohl- und Pinkel-Wanderung mit anschließendem Essen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 20. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten" von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 2. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im „Zeppelin", Frohmestraße 123, 22459 Hamburg. Auf dem Programm steht: „Kassenprüfung, Jahresbericht, Jahreshauptversammlung und im kulturellen Teil Kappenfest". Nähere Informationen bei Manfred Samel, Telefon / Fax (040) 587585.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: Winter in Ost- und Westpreußen in Geschichten, Liedern und Versen.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Bergedorf. Neujahrsempfang und Verlesung des Lageberichts des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt– Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Monatstreffen im Luise-Blücher-Haus / Bürgerhaus Am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel Vortrag von Reinhard Kayss: „Wie erfahre ich etwas über meine Vorfahren?" – Die Gruppe fährt vom 27. bis 30. Mai mit dem Bus zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Der Preis für Fahrt, Übernachtung und Halbpension im vier-Sterne-Steigenberger InterCityHotel beträgt im Doppelzimmer 263 Euro und im Einzelzimmer 315 Euro. Anmeldungen bitte bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.

Dillenburg – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße, Monatsversammlung der Kreisgruppe. Nach dem Kaffeetrinken wird Urte Schwidrich eine lyrische Poesie unter dem Namen „Zuhause – Erinnerungen an unsere ostpreußische Heimat" vortragen. Danach liest Ingrid Nowakiewitsch eine Geschichte von Selma Lagerlöff „Die Flucht nach Ägypten" als nachweihnachtliches Thema zu Flucht und Vertreibung. Dazu werden zwei Bilder gezeigt: „Warnung durch den Engel" von Rembrandt und „Maria, Josef und das Kind mit dem Esel auf der Flucht", Fotografie eines Mosaiks in der koptischen Kirche in Kairo. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Wiesbaden – Donnerstag, 27. Januar, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird „Schlachtplatte". Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt umgehend anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. – Dienstag, 8. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35. Treffen der Frauengruppe zum „Kreppelkaffee". Ein Nachmittag mit allerlei Lustigem zur närrischen Zeit.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Ebenso wie zum letzten Deutschlandtreffen organisiert die Landesgruppe eine Fahrt für Mitglieder und Freunde zum Treffen nach Erfurt. Die derzeitigen Planungen sehen eine zwei-, drei- oder viertägige Fahrt vor. Zum Programm der viertägigen Fahrt gehören eine Fahrt nach Gotha und eine Führung durch die Innenstadt von Erfurt. Die dreitägige Fahrt bietet ein kleines Kulturprogramm. Die zweitägige Fahrt geht ausschließlich zum Deutschlandtreffen in Erfurt. Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden oder der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Braunschweig – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Filmvortrag über Ostpreußen. – Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 7 Uhr ab Braunschweig. Rückankunft am 29. Mai, zirka 20.30 Uhr in Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, Einzelzimmerzuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel „Elxleben". Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531)338640. Es sind noch Plätze frei.

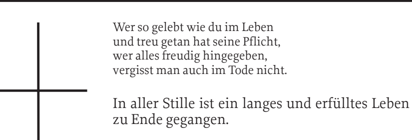
Buxtehude – Fahrt der Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28./29. Mai in Erfurt. Programm: 1. Tag: Donnerstag, 26. Mai: Anreise zum Übernachtungsort Friedrichroda ins Hotel Tannhäuser, gemeinsamer Tagesausklang in der Fuhrmannstube des Hotels. 2. Tag, Freitag, 27. Mai: Fahrt nach Gotha – Führung durch Schloss Friedrichstein mit seinem weltberühmten Schlosstheater aus dem Jahr 1683. Nachmittags Bummel durch die reizvolle Residenzstadt. Abends Thüringischer Grillabend auf der Hotelterrasse mit weitem Blick über den Thüringer Wald. 3. Tag: Sonnabend, 28. Mai: Fahrt nach

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Wer so gelebt wie du im Leben
und treu getan hat seine Pflicht,
wer alles freudig hingegeben,
vergisst man auch im Tode nicht.

In aller Stille ist ein langes und erfülltes Leben zu Ende gegangen.



Martha Schober

geb. Nabel

∗ 9. Dezember 1907 — † 4. Januar 2011
Gallingen/Ostpr. — Visselhövede

Wir haben sie begleitet
und nehmen dankbar und traurig Abschied.

Im Namen aller Angehörigen
Doris Schliep geb. Schober
und alle, die sie gern hatten

27374 Visselhövede, Im Gehäge 4

Die Trauerfeier und Beisetzung fand am 10. Januar 2011 in Visselhövede statt.

Der Tod ist nie endgültig.
Es gibt immer die Erinnerung
an ein großzügiges Herz,
an offene Hände,
an wache Augen,
an das gemeinsame Leben.



Eva Matthies

geb. Tolksdorf

∗ 4. 6. 1926 — † 11. 1. 2011

Wir nehmen Abschied von einem wunderbaren Menschen.

Im Namen aller Angehörigen:
Helmut und Ulla Strohoff

Traueranschrift:
H. Strohoff, Auguststraße 4a, 37671 Höxter

In Liebe, Dankbarkeit und Respekt nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Wally Zach

geb. Nelson
aus Taberwiese/Kreis Rastenburg (Ostpr.)

∗ 5. 2. 1906 — † 25. 11. 2010

Im Namen aller Angehörigen
Dr. Regina Vogel, geb. Zach
Ganzenmüllerstraße 55
80999 München

Wenn ihr an mich denkt, seid nicht traurig.
Erzählt lieber von mir und traut euch ruhig zu lachen.
Lasst mir einen Platz in eurer Mitte,
so wie ich ihn im Leben hatte.

Nach kurzer Krankheit ist

Erich Drescher

Finanzamtsdirektor a.D.

* 28. Januar 1919 — † 17. Dezember 2010
Lyck Ostpreußen — Neuss

von den Beschwernissen seines Alters erlöst worden.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied.

Gunther Drescher
Barbara König
und alle die Ihn gern hatten

Die Trauerfeier und Beisetzung haben im ensten Familienkreis auf dem Friedhof in Kaarst stattgefunden.



Leben wir, so leben wir dem Herrn,
sterben wir, so sterben wir dem Herrn.
Darum: Wir leben oder sterben,
so sind wir des Herrn
Röm. 14,8

Am 6. Januar rief Gott der Herr nach schweren Leiden unsere liebe Mutter, Oma und Uroma

Anna Gallmeister

geb. Mucha

∗ 25. Juni 1916 — † 6. Januar 2011
Ebendorf — Hamburg
Kreis Ortelsburg/Ostpreußen

im 94. Lebensjahr von uns.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Gerfried Gallmeister

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Erfurt – Führung durch die Innenstadt mit Dom und Severinkirche. Ab Mittag Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens auf dem Messegelände. Abends gemeinsamer Tagesausklang. 4. Tag: Sonntag, 29. Mai: Fahrt nach Erfurt – Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens. 15 Uhr: Rückfahrt ab Messegelände. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus (Reese-Reisen, Harsefeld) mit ausreichenden (Raucher)-Pausen. Dreimal Übernachtung im Hotel Tannhäuser-Rennsteigblick in Friedrichroda / Finsterbergen einschließlich reichhaltigem Frühstücks- sowie kaltwarmem Abendbuffet / Grillabend. Festplakette für den Eintritt zu allen Veranstaltungen des Ostpreußentreffens. Alle Kosten für Eintritte und Führungen laut Programm. Preise: 220 Euro pro Person im Doppelzimmer, 250 Euro pro Person im Einzelzimmer. Informationen und Anmeldung bei Wolfgang Weyer, Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Dienstag, 1. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zu einem Heimatnachmittag im Restaurant „Riva". Zur gleichen Zeit trifft sich die Männergruppe in der ostdeutschen Heimatstube. Das Jahresprogramm wird besprochen.

Göttingen – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Filmvorführung „Sommer in Ostpreußen" im Gasthaus „Zur Linde" in Göttingen-Geismar. – Die Gruppe Göttingen fährt dieses Jahr vom 28. bis 29. Mai 2011 nach Erfurt zum Ostpreußentreffen. Neben der Übernachtung in einem Hotel in Erfurt wird es auch eine Stadtführung durch Erfurt geben. Da nur noch wenige Zimmer zur Verfügung stehen, bitte schnellstmöglich, aber spätestens bis zum 31. Januar 2011 anmelden! Nähere Informationen erteilt Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551)636 75, Fax (0551)633 7133.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Vortrag mit Bildmaterial von Prof. Dr. Konrad Gündisch, BKGE Oldenburg. Thema des Vortrags: „Hermannstadt – Siebenbürgens Kulturhauptstadt 2007". Freunde, Bekannte und Gäste sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis, Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 3. Februar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonnabend, 12. Februar, 19.30 Uhr, Winterball mit buntem Programm und großer Tombola, im großen Saal der Stadthalle, Koblenzer Straße 80, 53177 Bonn-Bad Godesberg. Eintritt 15 Euro. Gäste sind herzlich willkommen. – Ostpreußenreise mit nach Masuren vom 21. bis 30. Juli per Bus ab Bonn (zehn Tage/neun Übernachtungen). Reisepreis pro Person im Doppelzimmer 780 Euro (ab 40 Personen), 860 Euro (ab 30 Personen), Einzelzimmer-Zuschlag für die gesamte Reise 175 Euro. Nähere Informationen sowie das Programm bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Mittwoch, 26. Januar, 19.15 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Hans Hecker „Von Katharina der Großen bis zum Ersten Weltkrieg (1763–1914); Geschichten der Russlanddeutschen (Teil I), Konferenzraum, GHH. Donnerstag, 27. Januar und Freitag, 28. Januar, 11 Uhr, Film „ostPunk. Too much Future", GHH, Eichendorff-Saal. – Dienstag, 1. Februar, 19 Uhr, GHH/Ausstellungsraum, Ausstellungseröffnung „Böhmischer Fasching trifft auf Rheinischen Karneval". Mittwoch, 2. Februar, 11 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, Film „Kikujiros Sommer". Mittwoch, 2. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Gütersloh – Montag, 24. Januar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Montag, 31. Januar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Freitag, 4. Februar, 17.30 Uhr, im großen Saal des Brauhauses. Auf dem Speiseplan steht Eisbein oder Kassler jeweils mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. In diesem Jahr ohne Live-Musik, stattdessen kommt die Musik „vom Band". Lediglich Kosten für das Essen, also 12 Euro pro Person. Eine Anmeldung ist bis spätestens 31. Januar erforderlich bei Marianne Bartnik, Telefon 05241/29211 oder Josef Block, Telefon 34841.

Haltern – Donnerstag, 3. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff, Monatsversammlung.

Köln – Dienstag, 1. Februar, Kolpinghotel International Köln, St. Apern/Helenenstraße 32, Köln. Arbeiten auf dem Weg zum Bundestreffen der Ostpreußen: Ostpreußen gestern, heute, morgen. Einbindung der Wintertraditionen der Heimat in den Alltag heute mit neuen Kriterien einer leider alternden Generation. Geschichte und Alltagstipps.

Leverkusen – Die Gruppe fährt vom 26. bis 30. Mai zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. 1. Tag: Anreise über Eisenach – mit Führung in der Wartburg – nach Erfurt. Vier Übernachtungen im vier-Sterne-Hotel Radisson Blu im Zentrum von Erfurt. 2. Tag: Vormittags Stadtführung in Erfurt, nachmittags Zeit zur freien Verfügung. 3. und 4. Tag: tag zur freien Verfügung oder morgens Bustransfer zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände und abends zurück. 5. Tag: Fahrt nach Weimar mit Stadtführung, anschließend Rückreise. Im Reisepreis enthaltene Leistungen: Zubringerservice ab/bis Haustür, auf Wunsch mit kostenlosen Gepäckservice; Fahrt im modernen Nichtraucher-Reisebus; Begrüßungsgetränk; vier Übernachtungen im Hotel; Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, TV, Telefon; viermal Frühstücksbuffet; Besuch der Wartburg in Eisenach (inklusive Eintrittskarte und Führung); Stadtführung in Erfurt und Weimar; Sonnabend und Sonntag Bustransfer (hin und zurück) zum Deutschlandtreffen; Reiseprogramm wie beschrieben; Reiseziel-Informationen. Reisepreis pro Person im DZ 400 Euro, EZ-Zuschlag 82 Euro. Nähere Informationen bei Sigisbert Nitsche, Telefon (02171) 30635, Mobil (0170) 2612435.

Neuss – Auch in diesem Jahr werden von der Gruppe Neuss, wieder zwei Reisen durchgeführt. Vom 27. bis 30 Mai eine Fahrt nach Erfurt, verbunden mit dem großen Deutschlandtreffen der Ostpreußen und zusätzlichem Programm. Freitag, Führung auf Schloss Friedrichstein in Gotha mit dem ältesten erhaltenen und bespielbaren Theater der Welt. Sonnabend machen wir in Erfurt eine Straßenbahnstadtrundfahrt. Sonntag ist neben dem Deutschlandtreffen, der Großkundgebung noch eine Führung im evangelischen Augustiner Kloster in Erfurt mit einem Orgelkonzert. Montag, Führung und Verkostung in der Rotkäppchen-Mumm Sektkellerei. Vom 26. Juli bis 4. August die große Ostpreußenreise über Stettin, Köstrin, Danzig, Seebad Zoppot, Frische Nehrung, Fahrt übers Frische Haff. Besichtigung der Marienburg, in dem Burg-Hotel übernachten wir auch. Fahrt auf dem Oberland-Kanal sowie auf den Masurischen Seen, Wolfsschanze, Besuch der deutschen Minderheit in Lötzen, Grillabend, Besichtigung der Stadt Thorn und Weiterfahrt nach Posen mit Stadtrundgang. Wenn Ihr Interesse geweckt wurde, fordern Sie das Programm an. Die Buchung wird nach Eingang der Anmeldung vorgenommen. Nähere Informationen und Unterlagen gibt es unter folgender Adresse: Geschäftsstelle, Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078, E-Mail: Pottzepitter@t-online.de



RHEINLAND-PFALZ

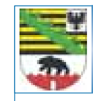
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 22. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20. Heimatnachmittag der Kreisgruppe. – Sonnabend, 5. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Heimatnachmittag.

Ludwigshafen – Freitag 4. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt, zur närrischen Sitzung mit Fastnachtskrapfen und Kaffee.

Mainz – Freitag, 28. Januar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Freitag, 4. Februar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 22. Januar, 18 Uhr, Matjesessen. Traditionelles Matjesessen mit Pellkartoffeln im Restaurant „Bürgerstübel", Freiherr-vom-Stein-Straße 34 in Mußbach. Auch andere Speisen erhältlich.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 1. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße, Treffen der Stickerchen. Dienstag, 8. Februar, 16.30, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße, Vorstandssitzung.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakkenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) nach Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Fotostopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch / deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Donnerstag, 27. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Gasthaus Neue Börse, Lindenallee, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Anfragen und Verschiedenes. Anschließend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

Flensburg – Freitag, 21. Januar, 15 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe im Restaurant Mürwik, Kielseng 30, Flensburg, zu einer gemütliche Kaffeerunde. Anschließend folgt der Vortrag „Sie gingen als Freunde, Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland!". Vortragender: Kapitänleutnant a.D.d.R., Dolmetscheroffizier für die russische und polnische Sprache, Bernhard Mroß.

Mölln – Mittwoch, 26. Januar, 15 Uhr, Quellenhof Mölln, Film über Königin Luise. Darin wirken viele bekannte Schauspieler mit: Dieter Borsche als König von Preußen, René Deltgen als Napoleon und Bernhard Wickie als Zar von Russland. Die Titelrolle spielt Ruth Leuwerick. Dieser Film wird sicher auf großes Interesse stoßen. Die Landsmannschaft lädt zu der Veranstaltung auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich ein und würde sich über einen zahlreichen Besuch freuen.

Pinneberg – Sonnabend, 22. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum DVD-Filmvortrag über Ostpreußen, 1. Teil. Nähere Informationen erteilen Frau Schmidt unter Telefon 62667 oder Frau Kieselbach unter Telefon 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 29. Januar, 15 Uhr, Arbeitstagung in Kasseedorf.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Früher küsste man anders

Von Willi Wegner

Die Tagesschau hatte gerade angefangen, als Alfi, unser Jüngster, hereinkam, um uns Gute Nacht zu sagen. Er ging zuerst zu meiner Frau und gab ihr einen Kuss. „Puh“, rief er, „dein Lippenstift schmeckt wieder nach Vanille!“

„Unsinn“, erwiderte meine Frau, „das ist Himbeer! So, nun marsch ins Bett und schlaf gut. Aber vorher gehst du noch zu deinem Papa und sagst auch ihm Gute Nacht.“

Alfi kam zu mir und drückte mir die Hand wie einem alten Sportskameraden. „Bekomme ich keinen Kuß?“ fragte ich. „Ach, du bist immer so stoppelig“, wehrte Alfi ab. „Du solltest dir endlich den neuen Elektrorasierer mit doppelhorizontaler Scherkraft kaufen.“ „Da hast du's!“ sagte meine Frau.

Die Tagesschau brachte gerade einen Bericht über eine Art Begrüßungszeremoniell mehrerer Politiker, die sich vielleicht lange Zeit nicht gesehen hatten. Sie umarmten sich innig und rieben ihre Wangen aneinander, dass es aussah als küßten sie sich. Mir fiel ein, dass mir früher, während meiner Kindheit, diese dauernden Verwandtschaftsküsse mehr als zuwider waren. Mama, Papa, die beiden Omas, die beiden Opas. Tante Frieda, Onkel Albert – alle musste ich abknutschen oder mich von ihnen abknutschen lassen. „Paß auf!“ rief meine Frau und unterbrach meine Gedanken.

„Der Film fängt an!“

Es war die Wiederholung einer Wiederholung eines französischen Spielfilms mit einer Unmenge Kußszenen. Als der Kunstmaler Pierre das Ladenmädchen Yvonne das sechstemal in die Arme nahm und küsste, rief meine Frau: „Nun sieh dir bloß mal an, wie die sich früher geküßt haben! Nur in die Mundwinkel! Heutzutage beißen sie sich in die Lippen, ins Kinn und in den Unterkiefer!“ „Wie die Kannibalen!“ sagte ich.

Fünf nach neun klingelte unser Telefon. Bärbel war am Apparat, unsere Älteste. „Hallo, Paps“, sagte sie, „ich bin vom Büro gar nicht erst nach Hause gekommen, Peter gibt eine Party, weißt du ... wir sind nur zu acht, aber es ist sehr lustig.“

„Frag sie, ob sie schon gegessen hat!“ rief meine Frau dazwischen. „Hast du schon gegessen?“ fragte ich.

„Hier gibt es jede Menge megairre Sandwiches“, erwiderte Bärbel. „Da verhungere ich bestimmt nicht.“ Dann war es eine Weile still in der Leitung. „Hallo?!“ rief ich. Schließlich meldete sich Bärbel wieder: „Entschuldige, Paps aber Peter hat mich gerade ins Ohrläppchen gebissen.“

Das geht ja noch, dachte ich, das wird so schlimm nicht sein.

Mir fielen jedoch die Worte meiner Frau wieder ein. Sie hatte recht. Manche gebärden sich heute beim Küssen wie die Menschenfresser. Man sieht es immer wieder, in allen möglichen Fernsehspielen, Filmen und sogar in Krimis. Ich hab' dich zum Fressen gern nehmen sie glatt wörtlich.

„Frag sie, ob sie bald nach Hause kommt!“ rief meine Frau. „Kommst du bald nach Hause?“ fragte ich unsere Tochter. „Was meinst du, sollen wir warten, dass du uns noch Gute Nacht sagen kannst?“

„Nein, natürlich braucht ihr nicht zu warten“, meinte Bärbel.

„Diese alte Sitte mit den Gutenachtküssen zwischen Eltern und Kindern ist doch wohl inzwischen überholt.“ „Wieso?“

„Ich meine, seit die Eltern keine Lust mehr haben, so lange aufzubleiben, bis die Kinder heimkommen ...“ „Dann gib mir wenigstens einen Gutenachtkuß durchs Telefon!“ lachte ich.

„Okay!“ lachte Bärbel. zurück. „Dann spür' ich wenigstens deine Bartstoppeln nicht! Es gibt übrigens einen prima neuen Elektrorasierer mit doppelhorizontaler Scherkraft, von dem in der Fernsehwerbung oft die Rede ist. Den solltest du dir kaufen. Peter benutzt ihn auch!“

Kurz nach elf gingen meine Frau und ich schlafen. Ich hauchte ihr noch einen Kuß in den linken Mundwinkel. Sehr behutsam und taktvoll.

„Wie in den alten Filmwiederholungen“, flüsterte sie „So küste man früher. Heute küsst man anders.“

Damit schloss sie die Augen und schlummerte selig lächelnd ein.



Der Kuss: ein Werk von Francesco Hayez

Generationen

Von Renate Dopatka

Die Hände in den Taschen seiner beuligen Jeans vergraben, schlenderte Lukas durch die Fußgängerzone. Heut war ein echter Glückstag! Morgens war er noch mit Magendrücken zur Schule geschlichen, hatte voller Unbehagen an seine mangelhafte Vorbereitung für die Mathematikstunde gedacht, hatte einen ganzen langen Vormittag vor sich hingeschwitzt, um dann zu erfahren, dass Mathe ausfallen würde.

Heute war ein echter Glückstag!

Besser konnte der Tag gar nicht laufen! Erstens: Er war der für heute antstehenden Klassenarbeit entronnen. Zweitens: Da Mathe auf die letzte Unterrichtsstunde fiel, hatte er jetzt noch Zeit, ein wenig durch die Stadt zu bummeln und sich die brandaktuelle CD seiner Lieblingsband zu kaufen!

Just in dem Moment, da er aufs Kaufhaus zusteuerte, sah er Tante Carolin. Unwillkürlich strich er sich die langen Ponysträhnen aus der Stirn. Gerade weil er Tante Carolin gut leiden mochte, ärgerte ihn ihr nachsichtiges Lächeln, mit dem sie ihm jedes Mal zu verstehen gab, dass sie sowohl seinen Haarschnitt als auch sein Outfit zu den unvermeidlichen „Kinderkrankheiten“ eines Sechzehnjährigen zählte.

Sie selbst kam stets wie aus dem Ei gepellt daher. Ob Kostüm oder Hosenanzug, Carolin legte allergrößten Wert auf ein korrektes Erscheinungsbild, auf Stil und Eleganz und tadellose Umgangsformen.

Lukas schluckte innerlich. Einerseits war er mächtig stolz darauf, eine so gut aussehende, selbstbewußte Tante zu haben, die es als alleinstehende Frau in ihrem Beruf immerhin in die oberste Führungsetage geschafft hatte, andererseits fand er es ganz schön anstrengend, sich in Carolins Gegenwart immer ein wenig zusammenreißen zu müssen. Auch jetzt nahm er vorsorglich die Hände aus den Taschen, bevor er – betont lässig – auf seine Tante zuschritt.

In ihrem lavendelfarbenen Kostüm und den eleganten Schuhen sah sie einfach klasse aus. Komisch war nur, dass sie, die zügiges Tempo gewohnt war, sich langsam wie eine Schnecke durch die Fußgängerzone bewegte und alle Augenblicke für Sekunden stehen blieb. „Na, Tantchen“, pirschte sich Lukas heran. „Auf großer Shopping-Tour?“ „Ach Lukas“, Carolin brachte ein mattes Lächeln zustande. „Schon aus der Schule?“ Er nickte. „Wir hatten früher Schluss. Mathe ist ausgefallen.“

Jetzt erst sah er, dass Tante Carolins Nase glänzte. Ja, hatte sie denn ihre Puderdose vergessen? Überhaupt wirkte sie ein wenig verschwitzt, derangiert, wie sie wohl sagen würde. „Alles okay?“,

Stil, Eleganz und tadellose Umgangsformen

fragte er besorgt. „Wie man’s nimmt“, murmelte Carolin und zwängte vorsichtig ihren linken Fuß aus dem Schuh. „Schau dir die fette Blase an: Jeden Moment kann die platzen.“ „O Mann, das ist ja ätzend!“, entfuhr es Lukas, während er auf Tante Carolins malträtierte Ferse starrte. Doch er überlegte nicht lange: „Hak' dich bei mir ein, dann fällt's nicht so auf, wenn du humpelst. Wir gehen zu dem Brunnen da rüber, da kannst du dich setzen.“

Erleichtert ließ Carolin sich auf die steinerne Umrandung plumpsen: „So ein Streß! Stell dir vor: In drei Tagen fahr ich in Urlaub, und der Wagen ist noch immer in der Werkstatt! Dabei sollte er heute fertig sein! Hätte ich ihn bloß nicht durchchecken lassen, die finden doch immer was zu reparieren!“ „Ja, aber wenn er dann unterwegs liegen geblieben wäre?“, gab Lukas zu bedenken. „Auch wahr. Na, egal, morgen kann ich den Wagen abholen.

Lohn erhält man nicht immer in klingender Münze

Sagt jedenfalls der Werkstattleiter. Ein gräßlicher Kerl, so selbstherrlich. Richtig echauffiert habe ich mich über den Menschen! Nur weil er den Abholtermin nicht richtig einschätzen kann, muss ich heute noch alle Besorgungen zu Fuß erledigen. Und das in neuen Schuhen!“ „Voll die Krise, wie?“, grinste Lukas. „jetzt, wo du da bist, geht's mir schon viel besser“, lächelte Carolin und tupfte sich vorsichtig eine Schweißperle von der Nase. „Ich hol uns ‘ne Abkühlung“, verkündete Lukas und sprang auf, um fünf Minuten später mit zwei Eis am Stiel zurückzukehren.

Dass sein Taschengeld nun wohl nicht mehr für den Kauf der CD reichen würde, konnte seine gute Laune nicht trüben. Ganz im Gegenteil. Für Lukas war es noch immer ein rechter Glückstag. Denn dass er hier mit seiner Lieblingstante auf dem Brunnenrand saß, diese, gar nicht ladylike, ihre Schuhe abgestreift hatte und nun genußvoll an ihrem Eis schleckte – sie, die Eislecken in der Öffentlichkeit für unästhetisch hielt – das wog die beste CD auf!

Kreuzworträtsel

über, einstudieren · Signalfarbe · vorgefasste Meinung · Oberbekleidungsstück · kein Einziger · niedersächsischer Hafen · Nebenmeer des Atlantiks · Stadt in Süditalien · Wasservogel · Stimmzettelbehälter · Gebäude für Sammlungen · elektr. geladenes Teilchen · Teigware · Fremdwortteil: fern · freie Zeit und innere Ruhe · Insel nördlich von Australien · Musik: Übungsstück (franz.) · zart, sanft · Kraftmaschine · Sorte, Gattung · auf beliebige Weise · afroamerik. Popmusikstil · lärmender Betrieb, Trubel · Bad an der Lahn · vornehmes Einfamilienhaus · Aufgeber, Zuschickender · Edelrost · Nährmutter · bibl. Stammvater (Arche) · größere Truppenübung · Paddel, Skull · eine Baltin · alkoholisches Getränk · Verfügung · Titel arabischer Fürsten · Zerlegung, Spaltung · Sinnbild; Kennzeichen · Kürbisgewächs · Vorderasiat, Perser · Straferlass · Sportkleidung (engl.) · Gebirge zwischen Europa u. Asien · Söldnertruppe · glockenförmiges Trinkgefäß · Marineoffiziersrang · bestimmter Artikel · nur geistig vorhanden · Ausgussröhrchen · Ackergrenze · spanische Hauptstadt · unwirklich · feines Gewebe · Name zweier Flüsse in Osteuropa · holländischer Käse · intuitiv erfassen · hinterer Teil des Fußes, Hacke · dumme, törichte Handlung (ugs.) · griechischer Liebesgott · kaum hörbar, fast lautlos · Strauchfrucht · historische Provinz Irlands · Trick, Kniff · Nutzungsrecht im MA. · engl. Adelstitel: Graf · Staat in Zentralafrika · kostenlos, umsonst · Konstrukteur · ein Bild ländlichen Friedens · Schwanzlurch · ein Signal geben, tuten · schmal; begrenzt · Erscheinungsbild · eingedickter Fruchtsaft · Brauch, Sitte (lat.) · herbeischaffen · früher; lieber · Sultanat am Arabischen Meer · Kastenmöbel · Spielfläche im Theater · Ringel-, Saugwurm · früherer Lanzenreiter · Senke vulkanischen Ursprungs · türkische Währungseinheit · kleine, bunte Spielkugel · römischer Sonnengott · südwestfranz. Landschaft · Abk. für unter anderem · Zeichen für Megawatt · wundertätige Schale der Sage · Gewürz-, Heilpflanze · Roman von Émile Zola · Kfz-Zeichen Rosenheim · Zusammenfassung · Rechtsvertreter · üblich, gewöhnlich

PAZ11_03

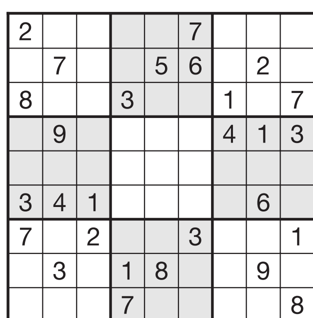
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Klinik, 2. Muster, 3. Kaplan, 4. Delphi, 5. Ferien, 6. Riegel – Kuppel, Keller

Kreiskette: 1. mental, 2. Menage, 3. Rattan, 4. Soltau, 5. Frosch – Almenrausch

Sudoku:

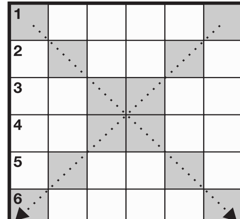
Sudoku



2					7			
	7			5	6		2	
8			3			1		7
	9					4	1	3
3	4	1					6	
7		2			3			1
	3		1	8			9	
			7					8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



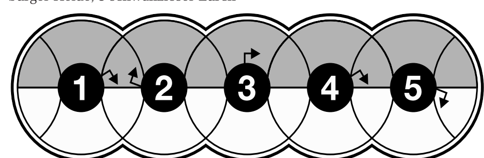
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Gebäudeteile.

1 Krankenhaus
2 Warenprobe
3 Geistlicher
4 altgriechische Orakelstätte
5 Urlaub
6 Schließvorrichtung, Sperre

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Alpenrose.

1 den Geist betreffend, 2 Gewürzständer, 3 Peddigrohr, 4 Stadt in der Lüneburger Heide, 5 schwanzloser Lurch



»So war es wirklich«

Haus Schlesien zeigt eine Sonderausstellung über den Exodus des Bartschtals

Die Dokumentation über die Flucht und Vertreibung deutscher Familien aus dem Bartschtal sowie über die Zwangsumsiedlung ostpolnischer Bewohner soll zur deutsch-polnischen Verständigung beitragen.

„Das große Interesse sowohl bei den deutschen als auch bei den polnischen Besuchern hat gezeigt, dass die Aufarbeitung dieses Themas schon längst überfällig war. Menschen, die die Tragödie von Flucht und Vertreibung erlebt haben, haben darüber berichtet. Die Jüngeren, denen dieser Teil der Vergangenheit fremd war bzw. anders vermittelt wurde, können von der Erlebnisgeneration erfahren, wie es wirklich gewesen ist“, betont Hans Joachim Nitschke, zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg.

Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott zeigt noch bis zum 13. Februar 2011 die Sonderausstellung „Exodus des Bartschtals-Vertreibungen, Umsiedlungen und Neuanfang von Deutschen und Polen“. Die zweisprachige Dokumentation ist ein Gemeinschaftsprojekt der fünf polnischen Gemeinden des Bartschtals – Militsch (Milicz), Trachenberg (Zmigród), Prausnitz (Prusice), Kraschnitz (Krosnice) und Freyhan (Cieszków) – und der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg. Sie wurde erstmals im Jahre 2009 in

Eine Dokumentation der Gemeinden aus dem Bartschtal

Militsch (Milicz) gezeigt, es folgten weitere Stationen in Polen und Deutschland.

Zu den Ehrengästen, die der Vernissage im Haus Schlesien beiwohnten, zählten die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Angelica Schwall-Düren, sowie der Landrat des Kreises Militsch, Piotr Lech, und der ehemalige Leiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Stadt Militsch, Irek Kowalski.

Auch Hans Joachim Nitschke, der zweite Vorsitzende und Geschäftsführer der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg, war zur Ausstellungseröffnung nach Königswinter angereist. Er erinnert sich an die Beweggründe, die zur Entstehung der Dokumentation geführt haben: „Die Ausstellung ‚Exodus des Bartschtals‘ ist eine Weiterführung der Ausstellung ‚Flucht, Vertreibung, Neuanfang‘, die im Juni 2008 im Museum Springe / Deister, eröffnet wurde. Die polnischen Bürgermeister aus den fünf Großgemeinden unseres ehemaligen Heimatkreises, die am Bundestreffen der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg in Springe teilgenommen und die Ausstellung gesehen haben, regten anschließend an, die Präsentation auch bei ihnen in Polen zu zeigen.“ So kam die zweisprachige Dokumentation zustande, die zum einen Schilderungen der Erlebnisgeneration enthält, aber auch mit Berichten von Menschen ergänzt wurde, die heute in der



Die Mutter: Zeichnung aus dem Jahre 1948 des Künstlers Willy Widmann Bild: D.G.

Bartschniederung rund 50 km nördlich von Breslau leben und 1945 dorthin zwangsumgesiedelt worden sind.

Bei einem Rundgang durch die Ausstellung wird anhand von Schautafeln, Dokumenten, Bildern und zeitgenössischen Gegenständen an das Schicksalsjahr 1945 im Bartschtal, an die Flucht und die ersten Jahre in der neuen Heimat erinnert. Deutsche wurden damals gezwungen, aus Haus und Hof zu fliehen, Polen wiederum wurden dorthin umgesiedelt. Es sind unterschiedliche menschliche Tragödien, die jedoch eines gemeinsam hatten: Die Familien mussten ihre Heimat gegen ihren Willen für immer aufgeben.

Im Januar 1945, als Frauen, Kinder und alte Menschen bei minus 20 Grad überstürzt ihre Heimat im Bartschtal verlassen mussten, ging es ihnen weder um politische noch um ideologische Hintergründe, sondern einfach ums Überleben. Am glaubwürdigsten und eindrucksvollsten lässt sich das Leid der Menschen und die dramatischen Vorgänge durch Archivbilder dokumentieren. Doch es hat keiner – bis auf den Fotografen Hanns Tschira aus dem Nachbarort Lübchen – den Fluchtverlauf der Trecks dokumentiert. So sind in der Ausstellung auch einige aussagekräftige Fotografien aus Tschiras Bildband „Abschied aus Lübchen“ zu sehen.

Die Präsentation im Haus Schlesien wird durch ein umfangreiches Begleitprogramm mit Lesungen und Führungen aufgewertet. Brigitte Diez-Völkening liest aus der Trilogie „Frauenleben“, der gebürtige Schlesier Bernhard Grund aus seinem Buch „Nix Zepzerip“.

Um auch Schüler- und Jugendgruppen das Thema Flucht und Vertreibung näher zu bringen, bietet Haus Schlesien neben Führungen auch die Teilnahme an spannenden Zeitzeugengesprächen an.

Die Ausstellung versteht sich als ein weiterer Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung und ist vor allem deshalb zum jetzigen Zeitpunkt so wichtig, weil es noch Vertreterinnen

Ein weiterer Beitrag zur Verständigung

und Vertreter der Erlebnisgeneration gibt, die ihr Schicksal lebendig und anschaulich schildern können. Wer die Thematik noch etwas vertiefen möchte, findet im zweisprachigen, illustrierten Begleitband zur Ausstellung – der übrigens auch mit Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit herausgegeben wurde – zahlreiche beeindruckende Berichte deutscher und polnischer Flüchtlingsfamilien. *D. Göllner*

Notzeit

Trotz aller Not, man wusste sich zu helfen

Es war die große Zeit des Improvisierens und des sich Behelfens mit den einfachsten, ja geradezu primitivsten Mitteln und Hilfsmitteln. Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg setzten bei vielen Deutschen ungeahnten Erfindungsgeist frei. So entstanden zum Beispiel Gebrauchsartikel wie Wäscheklammern aus dickeren runden Holzzweigen, die man einfach in etwa gleich große Teile zersägte und dann mit einer keilförmigen Kerbe versah. Die Rinde ließ man drauf, sie wurde nur grob abgewischt.

Selbstgemachte Weihnachtskerzen und anderes

In der Vorweihnachtszeit fuhr ein „fliegender Händler“ mit einem klapprigen uralten Fahrrad über die Dörfer und bot Weihnachtsschmuck an. Dieser bestand aus gesammelten größeren Tannenzapfen, die mit Silberbronze angemalt waren. Auch Christbaumlametta bot der Händler an. Grundlage dafür waren von alliierten Bombenflugzeugen abgeworfene Stanniolstreifen, mit dem die deutschen Radaranlagen erfolgreich gestört wurden. Der gute Mann hatte mit einer Handschere fein säuberlich daraus dünne Streifen gefertigt. Sogar Wachs zum Selbermachen von Weihnachtskerzen konnte man erstehen. In der Ofenröhre in einem Behälter geschmolzen, in ein ausgedientes Tablettenröhrchen gegossen und mit einem Wollfaden ausgerüstet, ergab die dringend benötigten Weihnachtskerzen. In dickerer Ausführung konnte man so auch Kerzen für den selbstgeflochtenen Adventskranz anfertigen.

Etwas ganz Besonderes gab es auch beim „fliegenden Händler“. Aus Sperrholz ausgesägte Krippenfiguren mit einem Stall und sogar einem großen „Weihnachtsstern von Bethlehem“ darauf montiert.

Laubsägearbeiten entstanden damals fast in jedem Haushalt. Opa oder Vater besorgten irgendwie das Sperrholz, die größeren Kinder sägten daraus Figuren und Teile für den Krippenstall oder für ein Vogelhäuschen. Gefüllt wurde das dann mit Küchenabfällen oder Fegespreu von einem bekannten Bauern.

In Vaters Schneiderwerkstatt entstanden aus aufgetrennten Marine-Uniformen schmucke Damenkostüme und kuschelige Wintermäntel. In Königsberg hatte Vater noch das Schneiderhandwerk gelernt. In Braunsberg im Ermland legte er später seine Meisterprüfung ab.

Da es damals auch keine Knöpfe zu kaufen oder zu besorgen gab, überzog man mit Stoffresten blanke Uniformknöpfe mit und ohne Hakenkreuz. Aus Fallschirmseide fertigte man originelle Damenblusen, auch benutzte man das glänzende Material als Futter für Mäntel und Kostüme.

Das Sammeln von Wildbeeren und Wildkräutern hatte damals Hochkonjunktur. An Wald- und Feldrändern wuchsen manchmal Brombeer- und Himbeersträucher, die mitunter im Wettlauf mit anderen Pflückern abgeerntet wurden. Auch Hagebutten in unterschiedlicher Form waren sehr willkommen. Hagebuttenmus galt als besondere Delikatesse. Marmeladen und Soßen erlangten so eine ganz besondere Geschmacksnote.

Sogar Wildgemüse wuchs auf Wiesen, an Bahndämmen und an Grabenrändern. Brennesseln

Brennnesseln als Spinatersatz

waren hochwillkommen und billiger Spinatersatz. Aus Sauerampfer, der an Wegrändern und auf Wiesen gedieh, entstand leckerer süßer Nachtisch. Sirup aus Zuckerrüben war willkommener Brotaufstrich. Heller Sirup sah aus wie edler Bienenhonig und mundete vorzüglich.

So war das damals in der Nachkriegszeit. Trotz aller Not und allen Elends wußte man sich immer irgendwie zu helfen! *Klaus Lehmann*

Medizin für Mittellose

Ein pensionierter Arzt unterstützt bedürftige Patienten – Sein Beispiel macht Schule

Praxisgebühr, hohe Zuzahlungen bei Rezepten, eventuelle Sonderbeiträge für die Krankenkasse – die Preisspirale im Gesundheitswesen dreht sich immer weiter. Viele können sich einen Gang zum Arzt kaum noch leisten.

Vor einem Jahr eröffnete in Bad Segeberg die „Praxis ohne Grenzen“. Hier behandelt der Allgemeinmediziner Uwe Denker Menschen, für die ein Besuch beim Arzt zu teuer ist, kostenlos. Die Patienten können dabei anonym bleiben und müssen ihre Bedürftigkeit auch nicht belegen. Für sein Engagement ist der Arzt im Ruhestand in einer gemeinsamen Aktion von norddeutschen Fernseh- und Hörfunksendern sowie

Der Ostpreuße Dr. Denker fühlt sich nicht als Held

Zeitungsverlagen zum „Held des Nordens 2010“ gewählt worden.

Der gebürtige Ostpreuße gibt sich bescheiden: „Ich fühle mich nicht als Held“, sagt Denker. Aber für die Sache, die „Praxis ohne Grenzen“, freue ihn sein Erfolg ungemein. „Als praktizierender Arzt habe ich gesehen, wie viele Bürger an der Praxisgebühr und den Zuzahlungen für Medikamente verzweifeln“, erklärt der 72-Jährige sein ehrenamtliches Engagement. „Arztbesuche werden deshalb oft vermieden, was lebensgefährliche Folgen haben kann.“ Es sei vor allem seine christlich-soziale Grundeinstellung, die ihn antreibe, sagt er. „Nachdem ich meine Praxis vor fünf Jahren aus Altersgründen geschlossen habe, bin ich weiterhin Vorsitzender vom ‚Gesundheitsforum Segeberg‘ geblieben. In dieser Funktion hatte ich weiterhin viel Kontakt mit Patienten. So bekomme ich die Sorgen der Patienten mit und habe erfahren, dass arme Menschen häufig nicht zum Arzt gehen. Daher beschloss ich vor drei Jahren, eine ‚Praxis ohne Grenzen‘ in enger Kooperation mit der ‚Segeberger Tafel‘ zu gründen.“

Unter dem Dach der Diakonie hat die Praxis mittlerweile ihr Zuhause gefunden. Behandelte Denker vor einem Jahr noch aus dem Arztkoffer, gibt es mittlerweile einen richtigen Praxisraum mit Patientenliege und medizinischem Gerät. „Alles wurde gespendet beziehungsweise von Spenden bezahlt“, erklärt Denker.

Rund 70 Patienten kamen bisher in die Sprechstunde, die jeden Mittwoch von 15 bis 17 Uhr stattfindet. Die Lebensgeschichten der Menschen sind so vielfältig wie ihre Beschwerden. Es sind chronisch erkrankte, alleinerziehende Mütter, die Infektionen verschleppt haben. Es sind Rentner, die Medikamente strecken, um ein Quartal zu überbrücken. Es sind Freiberufler, die plötzlich ihre Privatversicherung nicht mehr zahlen können.

Der jüngste Patient sei elf, die älteste Patientin 75 Jahre alt, sagt Denker. Ungefähr ein Prozent der Bevölkerung ist nicht ausreichend medizinisch versorgt, schätzt er. „Wir versuchen, diese Lücke zu schließen, und das wird uns hoffentlich gelingen“, meint er, „Viele, die zu uns kommen, gehen erst einmal vor der Tür auf und ab, entschuldigen sich dann dafür, dass sie krank sind und Hilfe brauchen. Nach der Behandlung werden wir oft gefragt, ob man irgendetwas für uns tun kann.“ So hat ein Hartz-IV-Empfänger einen Tag in der Fußgängerzone als Schuhputzer gearbeitet – und den Erlös der Praxis gespendet. Eine andere Patientin hat die Fenster der Praxis gereinigt.

Unter seinen Kollegen hat die Idee der „Praxis ohne Grenzen“ großen Anklang gefunden, 17 Ärzte beteiligen sich mittlerweile ehrenamtlich an dem bundesweit einmaligen Projekt. Acht Basisärzte wechseln sich in den Sprechstunden ab, bei Bedarf werden weitere Fachärzte hinzugezogen. Wer über die rein medizinische Behandlung hinaus Hilfe bei dem Weg in das Sozialversicherungssystem benötigt und wünscht, bekommt sie. Die Praxis ohne



Uwe Denker: Er hilft Menschen, die sich Krankheit nicht leisten können. Bild: pa

Grenzen arbeitet eng mit dem örtlichen Sozialamt und einem Behördenlotsen zusammen, der sich um solche Fragen kümmert.

Doch was passiert, wenn ein Patient ohne Versicherung ernstlich krank ist, im Krankenhaus operiert werden muss? „Wir haben gute Kontakte zu den örtlichen Kliniken. In diesem Netzwerk werden die Patienten behandelt“, sagt Denker.

Weniger erfreulich gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie. Apotheker dürfen nicht benötigte Medikamente, etwa aus Altersheimen, nicht sammeln und spenden. „Die Pharmaindustrie lässt lieber alles, was nicht verkauft werden kann, verbrennen. So gehen Millionenwerte verloren.“ Um den Patienten trotzdem helfen zu können, stellt die „Praxis ohne Grenzen“ Privatrezepte aus, die bisher von der schleswig-holsteinischen Apothekerkammer gezahlt wurden.

Denker hofft, dass die Auszeichnung seinem Verein, der die „Praxis ohne Grenzen“ trägt, hilft. „Geld haben wir nicht. Das brauchen wir für bestimmte

Zusammenarbeit mit Pharmaindustrie ist schwierig

Dinge. Für die Miete, für Versicherungen, für Gerätewartungen, für Medikamente beispielsweise.“

Geht es nach Denker, dann entstehen bald überall in Deutschland Praxen, in denen sich Bedürftige – so wie in Bad Segeberg – kostenlos beraten und behandeln lassen können.

Einen Ableger hat die „Praxis ohne Grenzen“ schon: in Stokkelsdorf bei Lübeck. Und Denker entwickelt bereits weitere Ideen. „Wir überlegen gerade, eine Patienten-Patenschaft zu ermöglichen. Dabei kann man für einen bestimmten Zeitraum die Kosten für Behandlungen übernehmen.“ Er wäre ein weiterer guter Schritt, einer von so vielen.

Wie lange will der 72-Jährige noch ehrenamtlich helfen? Er wisse es nicht, sagt Denker. „Ich lasse es einfach drauf ankommen. Solange ich mich entsprechend gut fühle und es packen kann, mache ich weiter.“

Corinna Weinert

In Kürze

Entscheidungen leicht gemacht

Entscheidungen zwischen mehreren Möglichkeiten zu treffen, fällt vielen Menschen schwer. Oft hilft dabei ein einfacher Trick: Eine Liste mit Stichworten, die einem wichtig sind. Diese ordnet man dann nach ihrer Priorität. So erhält man einen ersten Überblick. Und wenn man immer noch nicht weiterkommt, hilft zunächst ein wenig Distanz. Ein Spaziergang oder ein spannendes Buch wirken manchmal Wunder. Mit klarem Kopf sieht die Welt schon ganz anders aus. Grundsätzlich sollte man versuchen, eine Nacht zu schlafen, bevor man eine wichtige Entscheidung trifft, raten Experten. Wenn man nach eingehender Prüfung dann seine Wahl getroffen hat, sollte man sich hinterher nicht mit dem „Hätte, Wäre, Wenn“ quälen. Man kann sich immer wieder klar machen, dass man aus guten Gründen so entschieden hat. Hilfreich ist es auch, nicht ständig noch nach Alternativen zu schielen und weiter zu vergleichen. Irgendwann ist es an der Zeit, sich um andere Dinge zu kümmern und den Blick nach vorn zu richten, wo gewiss eine neue Entscheidung wartet. *os*

Fairness wird vererbt

Ein schwedisches Forscherteam kam mithilfe von Zwillingsstudien zu dem Ergebnis: Zu etwa 60 Prozent sind Erziehung, Erfahrung und die Umwelt dafür verantwortlich, wie viel Wert man auf Fairness legt – der Rest ist angeboren. Ob man bereitwillig Risiken eingeht, großzügig ist, eher seinen guten Ruf schützt oder schnellen Profit einheimst, hängt zumindest zum Teil davon ab, welche genetische Ausstattung man von seinen Eltern mitbekommen hat. *PAZ*

Kollektive Intelligenz untersucht

Gemeinsam klug oder Warum Gruppen Probleme besser lösen als der Einzelne

Bei Günther Jauchs Show „Wer wird Millionär“ sitzen meist Kandidaten mit guter Allgemeinbildung auf dem Quizstuhl. Je höher der Schwierigkeitsgrad der Wissensfragen steigt, desto mehr gerät der eine oder andere jedoch ins Grübeln. Eine beliebte Entscheidungshilfe sind die sogenannten Joker. Studien ergaben, dass die individuellen Telefonjoker nur zu 65 Prozent die korrekte Antwort parat haben, während der Publikumsjoker in 91 Prozent der Fälle richtig liegt.

Der Physiker und Kolumnist Len Fisher liefert in seinem Buch „Schwarmintelligenz“ die Erklärung für solche Phänomene kollektiver Intelligenz. Der gebürtige Australier ist bekannt für seine skurrilen Experimente mit Lebensmitteln und die Verknüpfung von physikalischen, chemischen und biologischen Grundsätzen. Sein Versuch über die optimale Eintunkzeit von Keksen in Tee brachte ihm den satirischen Ig-Nobelpreis (Anti-Nobelpreis) für Physik ein. Fisher überträgt Gesetzmäßigkeiten in Tierschwärmen auf menschliches Alltagsverhalten. Insekten, Fische und Vögel machen vor, wie viele einzelne Akteure auch ohne zentrale Steuerung komplexe Probleme lösen können. Beispiel Ameisenstraße: Ameisen scheiden bei der Nahrungssuche entlang ihres Weges Duftstoffe, sogenannte Pheromone, aus. Mit der Zeit weist der kürzeste Pfad zwischen Futterstelle und Bau die höchste Pheromonkonzentration auf und die meisten Ameisen folgen diesem. Ähnliches beobachteten Forscher bei Studenten auf einem Campus. Anhand der Fußspuren im Schnee passte man im Frühjahr den Verlauf und die Breite der Gehwege an.

Computersimulierte Ameisenkolonien finden zudem in der Verkehrsplanung, Logistik und Personalwirtschaft Anwendung: Etwa um Bus-, Post- und Müllabfuhrrouten festzulegen, Transportzeiten zwischen weit auseinander liegenden Produktionsstätten zu minimieren, Telekommunikationsnetze besser auszulasten oder um den monatlichen Dienstplan von Flugbegleitern und Piloten unter Berücksichtigung von Ruhephasen aufzustellen.

Beispiel Vögel- und Fischschwärme: Dank einfachen Regeln der Selbstorganisation ist der Schwarm elastisch und schützt die einzelnen Tiere vor Angriffen. Alle Mitglieder nehmen intuitiv zueinander einen ähnlichen Abstand ein, ohne sich zu berühren. Zudem bewegen sich alle Individuen in die gleiche Richtung.



Menschen können von Vogelschwärmen lernen: Bewegung ohne sich anzurempeln Bild: Archiv

Nach denselben Prinzipien bahnt sich ein Menschenstrom seinen Weg: Die Fußgänger laufen dicht beieinander, rempeln einander jedoch nicht an und passen sich in ihrer Laufrichtung an. Mithilfe dieser Grundsätze könnte man ferner Massenpaniken bei Großveranstaltungen wie in Duisburg verhindern. Versuche belegten, dass die Aufpasser eine Gruppe am schnellsten und ohne Gedränge aus einer Arena evakuieren konnten, wenn sie an den Ecken oder in der Mitte der Menschenmasse standen. Liefen die Helfer zielstrebig und unabhängig von der übrigen Gruppe los, folgte ihnen der Rest intuitiv. Auch hier ist die Natur wieder Vorbild. Sobald fünf Prozent der Tiere in einem Schwarm ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, imitiert die Mehrheit der anderen dieses.

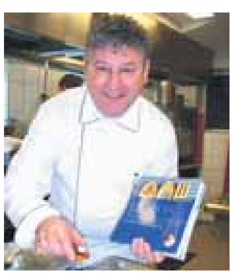
Obwohl Fishers wissenschaftliche Erklärungen häufig abstrakt bleiben, liefert er dennoch viele praktische Hinweise für Problemlösungsstrategien in der Wirtschaft, in der Politik und im Alltag. Der Autor warnt jedoch vor blindem Gruppengehorsam à la Lemminge und rät zu einer Mischung aus Orientierung an der Gruppe und kritischer Eigeninitiative. *Sophia E. Gerber*

***Len Fisher: „Schwarmintelligenz – Wie einfache Regeln Großes möglich machen“**, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2010, 268 Seiten, gebunden, 19,95 Euro*

Moderne Küche

Neues Kochbuch: Norddeutsche Gerichte

Heinz O. Wehmann, Küchenchef-Patron im Landhaus Scherrer an der Elbchaussee, hat seit jeher einen Faible für die norddeutsche Küche. Hamburgs dienstältester Sternekoch, der seit 30 Jahren hier am Herd steht und seinen Michelinstern nicht einen Tag lang abgeben musste, steht auf frisch zubereitete Gerichte mit saisonalen Produkten aus der Region. Jetzt hat er auf Empfehlungen von Leserinnen und Lesern des „Hamburger Abendblattes“ die schönsten regionalen Spezialitäten Norddeutschlands in einem Kochbuch mit dem Titel „Kochen Sie norddeutsch?“ zusammengestellt. Jedes der Rezepte wurde von ihm zubereitet und erklärt, zeitgemäß verfeinert und mit Tipps für ein gutes Gelingen versehen. „Die norddeutsche Küche ist wesentlich vielfältiger als ihr Renommee, die alten Rezepte sind nur in Gefahr, in Vergessenheit zu geraten“, so Wehmann bei der Präsentation. „Mit diesem Buch können wir beweisen, dass die modern interpretierte norddeutsche Küche große Klasse hat, die Applaus verdient!“ Es finden sich traditionelle Klassiker wie die Vierländer Hochzeitssuppe, Finkenwerder Speck-scholle, Dithmarscher Kohlwickel, Holsteiner Gänsebraten, nordisches Labskaus oder Heidschnuckenbraten in Heu gegart. Natürlich dürfen dabei weder die „Palme des Nordens“, ein deftiger Grünkohl, noch die „nordische Ananas“, ein schmackhaftes Mus aus Steckrüben fehlen. Bei den süßen Nachspeisen locken Spezialitäten mit so phantasievollen Namen wie Errötendes Mäd-



Heinz O. Wehmann Bild: Fischer

chen, Quetschmadame oder Großer Hans. Neben den Rezepten und den dazugehörigen Fotos verrät Wehmann viele praktische Einkaufs- und Zubereitungstipps für Hobbyköche sowie Geschichten und Anekdoten rund um die norddeutsche Küche. *Angelika Fischer*

***Heinz O. Wehmann: „Kochen Sie norddeutsch“**, Verlag Hamburger Abendblatt, Hamburg 2010, 224 Seiten, broschiert, 19,95 Euro*



Vor allem Kenia

Obamas Schwester erzählt

Die Welt kennt Barack Obama als Präsidenten der Vereinigten Staaten und als ersten Afroamerikaner in diesem Amt. Obama ist der Sohn einer US-Amerikanerin und eines Kenianers. Doch ist der heutige Präsident von Amerika nicht das einzige Kind seines Vaters, da Barack Hussein Obama senior, bevor er in die Vereinigten Staaten ging, um dort zu studieren, bereits mit der Kenianerin Kezia Obama verheiratet war und zwei Kinder hatte. Einen Sohn Abongo und eine Tochter namens Auma. Nach ihrem ersten Treffen 1984 blieben Barack und Auma Obama in engem Kontakt und sie verstanden sich so gut, dass seine ältere Halbschwester ihn sogar während seines Präsidentschaftswahlkampf 2008 in seinem Team unterstützte.

In „Das Leben kommt immer dazwischen“ berichtet Auma Obama von der tiefen Verbundenheit mit ihrem Halbbruder Barack, von den gemeinsamen Reisen, aber hauptsächlich von den Stationen ihres eigenen Lebens.

Anders als ihr Halbbruder wuchs Auma nicht in Amerika, sondern in Kenia auf und erhielt ihre Schulausbildung auf einem Mädcheninternat in Nairobi. „Das neue Internat empfand ich, die 13-Jährige, als wahre Rettung. Ohne die Geborgenheit der Kenya High School hätte ich möglicherweise mein ins Wanken geratenes Gleichgewicht nicht so einfach wiedergefunden. Denn die sechs Jahre, die ich dort verbrachte, gehörten zu den schwierigsten in meinem Leben Fern der Trümmer meiner einstigen Familie wurde dieses Mädchengymnasium zu einem zweiten, einem stabileren Zuhause. Eine geordnete Welt mit klaren Regeln und Strukturen verlieh mir den dringend benötigten Halt.“

> Sie hat in Berlin und Heidelberg studiert

Auma Obamas Weg führte sie danach für etliche Jahre nach Deutschland, wo sie in Saarbrücken, Heidelberg und Berlin Germanistik und Soziologie studierte und 1996 in Bayreuth in Soziologie promovierte, ehe sie sich in einen Engländer verliebte und eine Familie gründete. Doch wie der Titel dieses Buches, „Das Leben kommt immer dazwischen – Stationen einer Reise“ bereits aussagt, erwies sich nicht nur Deutschland, sondern auch England lediglich als eine vieler Stationen in ihrem Leben.

Die Autorin berichtet von dem Dilemma, zwar im Ausland immer einen guten Job gefunden zu haben, aber sich eigentlich immer nach Kenia zurückgesehnt zu haben. Heute hat Auma Obama ihren Traum in die Realität umgesetzt und ist wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Als Mitarbeiterin der Hilfsorganisation Care International ist sie dort in der Jugendarbeit tätig.

Interessant und vielschichtig stellt sich der bisherige Lebensweg der Halbschwester des US-Präsidenten dar, so ganz anders als die kometenhafte Karriere Barack Obamas, welcher vom Studenten zum Juristen und Politiker, zum Junior Senator des Staates Illinois im Senat der Vereinigten Staaten und letzten Endes zum Präsidenten wurde.

„Das Leben kommt immer dazwischen“ ist ein Buch, welches sich zu lesen lohnt, unabhängig davon, wessen Schwester die Autorin ist. Es mag allerdings sein, dass sich dieses Buch aufgrund der prominenten Verwandtschaft der Autorin besser verkauft.

Vanessa Ney

***Auma Obama: „Das Leben kommt immer dazwischen – Stationen einer Reise“**, Bastei Lübbe, Köln 2010, gebunden, 316 Seiten, 19,99 Euro*

Integration gescheitert

Lebenswege türkischer Männer, deren Eingliederung missglückte

Die Münchner Journalistin Isabella Kroth hat aufgrund der vielen Debatten über die türkische Parallelgesellschaft das Bedürfnis verspürt, sich diese etwas näher anzuschauen. Und erstaunlicherweise fand sie schnell Zugang zu dieser Welt, denn der Berliner Psychologe Kazim Erdogan war von ihrem Wunsch angetan und vermittelte ihr Kontakt zu einigen seiner türkischen Patienten. Erstaunlich viele türkische Männer erklärten sich dann auch bereit, der 30-jährigen Autorin für ihr Buch „Halbmondwahrheiten – Türkische Männer in Deutschland – Innenansichten einer geschlossenen Gesellschaft“ ihre Lebensgeschichte zu erzählen.

Kroth erzählt die Lebenswege aus der Perspektive der Männer, wahrt aber genügend Distanz, so dass der Leser aus der Entfernung die Möglichkeit hat, die Probleme der Männer im Ganzen zu erkennen. So erzählt ein 66-jähriger türkischer Gastarbeiter, dass er, obwohl er immer fleißig war, invarsuchen arm und unglücklich ist, vor allem, weil er den Zugang zum Leben seiner Söhne verlor. Auch der 1953 geborene Psychologe Erdogan erzählt selbst über seine Probleme, sich in Deutschland einzugewöhnen. Und der heute 40-jährige Ahmet hat es bis heute nicht verkraftet, dass er als „Importbräutigam“ nach Deutschland kam, wo er weder die Sprache kannte noch den ihm so vertrauten familiären Rückhalt hatte.

Die Probleme jener Männer, die in der Türkei geboren wurden und dann Schwierigkeiten hatten, sich in Deutschland heimisch zu fühlen, sind durchaus nachvollziehbar. Weniger nachvollziehbar sind die Wege von Türken, die in Deutschland geboren wurden, die Traditionen ihrer Familien jedoch mit extremen westlichen Freiheiten vermischten. Nur wenig Verständnis kann man mit dem einstigen Türsteher Serkan haben, der seine türkische Importbraut ignorierte, zahlreiche Geliebte und zwei weitere europäische Ehefrauen hatte und sich trotzdem als Opfer der missglückten Integration sieht. So mancher hier porträtierte Sohn türkischer Zuwanderer verfiel zudem den Drogen, die meisten haben gar keine oder nur eine schlechte Ausbildung, viele nutzten den Rückhalt ihrer Familien, damit diese die von ihnen aus Launen heraus gemachten Fehler ausbügelten und fast immer leiden Kinder unter den Fehlern ihrer trotz Therapie oft nur bedingt zur Selbstreflexion fähigen Väter.

> »Die Deutschen wären das perfekte islamische Volk«

Natürlich hat die Autorin vor allem „kaputte Existenzen“ interviewt, da sie Patienten eines Psychologen befragte. Trotzdem wirken die dargestellten Lebenswege repräsentativ: Fast alle der Männer heirateten türkische Frauen, was laut Statistik auch absolut üblich ist. Und eigentlich waren diese zumeist von den Eltern arrangierten Ehen für alle Beteiligten katastrophal, dabei dienten sie doch eigentlich dem Ansinnen der Eltern, ihre orientierungslosen, häufig drogenabhängigen Söhne auf den rechten Weg zu bringen.

Mancher der Gescheiterten fand inzwischen stattdessen im Islam Orientierung. Serkan schwärmt sogar von deutschen Konvertiten: „Die Deutschen wären das perfekte islamische Volk: Die sitzen nicht nur rum, engagieren sich, arbeiten, sind fleißig und hygienisch.“ Und Tarik ist Allahs neuer Musterschüler. Seit er täglich mehrfach betet, nimmt er keine Drogen mehr. Allerdings befindet er sich in einem Gewissenskonflikt, denn sein Imam hat ihm gesagt, er würde mit Allahs Gnade spielen, wenn er Zinsen zahle, da er aber einen Kredit über 15 000 Euro laufen hat, weiß er nun nicht, wie er das Dilemma lösen soll.

In ihrem Nachwort weist die Autorin darauf hin, die deutsche Gesellschaft solle den türkischen Mitbürgern helfen, sich zu integrieren. Doch was sind eigentlich die größten Probleme dieser Männer? Mangelnde Bildung und Drogen! Überall gibt es für alle Schulen im Land und unzählige Informationskampagnen, dass Drogen Schaden anrichten. Und die Entschuldigung, dass man quasi zum Drogenhändler werden musste, weil das Lehrlingsgehalt mit 800 Euro so niedrig war, dürfte in breiten Teilen der Gesellschaft auf wenig Verständnis stoßen. Auch irritiert es, dass die jungen Männer zwar in Sachen Drogen durchaus fähig waren, sich gegen ihre Eltern aufzulehnen, sich aber angeblich nicht gegen eine Zwangsehe wehren konnten.

Rebecca Bellano

***Isabella Kroth: „Halbmondwahrheiten – Türkische Männer in Deutschland – Innenansichten einer geschlossenen Gesellschaft“**, Diederichs, München 2010, kartoniert, 220 Seiten, 16,95 Euro*



Bunte Gedanken zur Zeit

Über Israel, Aufklärung in Europa und den Islam

Der Historiker und Autor Dan Diner gehört zu den Interpreten der jüngeren Geschichte, die von Beschleunigung, Umbrüchen und sich ändernden Wertvorstellungen geprägt ist.

Der 1946 in München geborene Direktor des Leipziger Simon-Dubnow-Instituts für Jüdische Geschichte und Kultur lehrt zugleich Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Ihm obliegt desweiteren die Projektleitung des Akademieprojekts „Europäische Traditionen – Enzyklopädie jüdischer Kulturen“ an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Die Gegenwart ist in der Vergangenheit verankert; auf dieser Basis deutet Diner die zutage tretenden Verwerfungen in der westlichen Welt, wo unter anderem neben den Werten der bürgerlichen Gesellschaft auch Fundamentalismus und sakrale Denkformen ihren Bestand haben.

In seinen Schriften bewegt er sich innerhalb eines räumlich und zeitlich extrem weit gespannten Forschungsfelds. Sein neues Buch mit dem Titel „Zeitenschwelle – Gegenwartsfragen an die Geschichte“ enthält zehn Essays über Israel und den jüdisch-arabischen Konflikt, über Aufklärung in Europa und die Interpretation beziehungsweise Überinterpretation sakraler Texte im Bereich des Islam sowie über Amerika (gemeint sind die USA) und die Kriege des 20. Jahrhunderts.

Außerdem befasst er sich mit der Restitution von Eigentum. Da die Texte von 2003 bis 2009 in verschiedenen Medien – fachwissenschaftlichen Sammelbänden, Tageszeitungen und Publikumszeitschriften – veröffentlicht worden sind und auch für diese konzeptioniert waren, ist deren Allgemeinverständlichkeit sehr unterschiedlich.

Bedingt durch die Tätigkeit des Autors sind die Erfahrungsgeschichte der Juden und das jüdische Selbstverständnis, das durch den Holocaust geprägt ist, zentraler Gegenstand in mehreren Essays. Mit Blick auf den jüdisch-palästinensischen Konflikt im Nahen Osten vermag er keine Konstellationen eines positiven Wandels aufzuzeigen; zu festgefahren stehen sich hier die jeweils tief in der Vergangenheit verwurzelten Auffassungen und Ansprüche beider Seiten gegenüber, trotz der Gemeinsamkeiten zweier Gesetzesreligionen.

Dagmar Jestrzemski

***Dan Diner: „Zeitenschwelle – Gegenwartsfragen an die Geschichte“**, Pantheon Verlag, München 2010, broschiert, 271 Seiten, 12,95 Euro*

Neuer Liebling der Feuilletons

Anarchistische Hetzschrift kommt bei Intellektuellen in Deutschland offenbar gut an

Oft kann man sich nur abwenden von dem endlosen Palaver in unseren Talkshows und Parlamenten. Daher greift man zunächst mit Vergnügen zu dem Pamphlet „Der kommende Aufstand“ eines „Unsichtbaren Komitees“, das zurzeit von den Feuilletons eifrig besprochen wird. Das Positive vorweg: Das Manifest lässt einen nicht kalt. Dies ist schon einmal der erste Unterschied zu den beliebig gewordenen Programmen unserer Parteien, in denen alles und nichts steht.

Dies haben auch die anonymen Autoren dieser Kampf- und Hetzschrift erkannt: „Von Links nach Rechts nimmt die gleiche Nichtigkeit mal die Pose von Mackern, mal ein jungfräuliches Gehabe an, sind es die gleichen Ausverkäufer, die ihre Rede gemäß den neuesten Erfindungen der Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit austauschen.“ Der durchaus mit Schwung verfasste Text ist schwer auf einen Nenner zu bringen. Die Verfasser von „Der kommende Aufstand“ leiden an ihrer Zeit, sie wenden sich gegen gesellschaftliche Zwänge, geben ihrem blanken Hass auf den Staat und seine Organe wie die Polizei ungeniert Ausdruck, lehnen die Arbeit in ihrer jetzigen Form als Sklaverei ab, ächzen unter einem imaginären neoliberalen Joch und sympathisieren offen mit den jugendlichen Brandstiftern in französischen Vorstädten.

Feuilletonisten mögen sich an dem Rausch der Worte erfreuen und bei einer Flasche Wein kann man sich an dem Text auch sehr wohl delektieren. Danach hat man allerdings einen dicken Kopf und dies liegt nicht am Rebensaft. Denn im Kern entpuppt sich das pseudogefährliche Geschreibsel, dessen Autoren wie der autonome Mob auf den Straßen den Mut vermissen lässt, mit Namen und Gesicht für eine Meinung einzustehen, als ein „Aufstand des Infantilismus“. Dieses schmale Buch ist der Traum philosophierender Linker, die sich an ihren Gewalt- und Allmachtsphantasien ergötzen. Es ist sehr leicht, mit der Feder zur Gewalt gegen Ordnungshüter aufzurufen und gleichsam auch die Abschaffung sämtlicher Gefängnisse zu fordern. Nur: Wem wäre damit geholfen? Welche Gesellschaft schwebt den anonymen Autoren vor, wenn ein wilder Mob einen siegreichen Kampf gegen den „Bullenstaat“ ausgefochten hätte? Darauf geben sie keine Antwort. Womöglich würden diejenigen, die hier laut und vernehmlich zur Gewalt aufrufen, am schnellsten nach der Polizei rufen, wenn ihnen selber jemand ans Leder wollte. Die Landkommunen, die sich die Verfasser zusammenphantasieren, sind einfach nur lächerlich. Ohne ein Mindestmaß an staatlicher Gewalt herrschen Anarchie und Willkür und das Recht der Stärkeren.

> Sozialschmarotzertum idealisiert

Doch dies interessiert unsere ideologischen Brandstifter wenig, die sich am Vorbild der Brände vom November 2005 in Frankreich ergötzen. Sie sind fest davon überzeugt, dass auf den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks auch der Zerfall der kapitalistischen Welt folgen müsse, die man gerne in Brand stecken möchte. Doch nicht nur den Polizisten und Politikern, den Bankern und Börsenmenschen wollen die Aufständischen an den Kragen, auch der grünen Schickeria können sie nichts mehr abgewinnen. Die Weltanschauung der grünen Gutmenschen rüttelt nach Ansicht der Schreiber nicht an der Vorherrschaft des Kapitalismus. Die gutverdienende Öko-Fraktion wolle nur einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz und eine Gesellschaft, in der sie den Ton angeben und den Diskurs bestimmen.

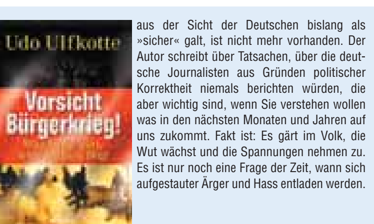
In dem Kapitel, in dem die Autoren darüber berichten, wie sich die Kommunen organisieren sollen, entpuppen sie sich vollends als, pardon, asoziale Schmarotzer. Arbeit schändet nur, lautet ihre Auffassung. Sozialbetrug in großem Stil beim Kindergeld, beim Krankfeiern, beim Erschwindeln von Prämien für fiktive Geburten und beim Einheimsen von mehrfachen Stipendien wird als revolutionäre Tat gepriesen. Die große Revolte als mickriger Betrug am Sozialstaat. Besser könnten es unsere Boni-Banker auch nicht formulieren. Vollends widerlich wird es auf den letzten Seiten des Pamphlets, das Nils Minkmar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zum wichtigsten linken Theoriebuch unserer Zeit geadelt hat. Die Möchtegern-Militanten plädieren für eine Kultur der Gewalt und des Hinterhalts.

Wenn dann am Ende alle Macht auf die Kommunen übergegangen sein würde, wäre kein Platz mehr für Schreibtischtäter und Gehirnakrobaten. Dann regierten mafiöse Muskelmänner, die weder Polizei noch Militär in Schach halten können. Letztlich wäre eine solche Gesellschaft die Hölle auf Erden. Oder wer möchte sich schon gern vom Pöbel aus den französischen Vorstädten regieren lassen? Sind Raub, Mord und Vergewaltigung wirklich so reizvoll, dass man diese Verbrechen pseudo-philosophisch verbrämen sollte? „Der kommende Aufstand“ leistet keinen ernsthaften Beitrag zur politischen Diskussion in unserer Zeit. Da hört man sich besser die Dreikönigs-Rede des FDP-Parteichefs an.

Ansgar Lange

***Unsichtbares Komitee: „Der kommende Aufstand“**, Nautilus, Hamburg 2010, 128 Seiten, 9,90 Euro*

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde:
Der Atlas der Wut



In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Der Autor schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809

€ 24,95



Konrad Löw
Deutsche Schuld 1933 – 1945?
Die ignorierten Antwortender Zeitzeugen
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7064, € 39,90

Rudolf Lambrecht/ Michael Mueller
Die Elefantenmacher
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7063, € 22,00



Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da – die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95

Ostpreußen-Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße: Breite 4,5 cm
Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.



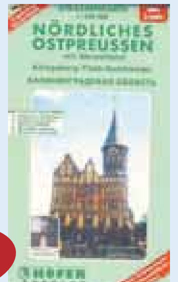
Größe XXL, Best.-Nr.: 7040
Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008
Größe M, Best.-Nr.: 7009

je **€ 54,95**

Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Königsberg- Tilsit-Gumbinnen
Mit separatem Ortsnamensverzeichnis und Innenstadtplan von Königsberg
Maßstab 1:200.000, zweisprachig bis ins Detail, mit Lupe, neue Auflage

Best.-Nr.: 1145





DVD



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



statt früher € 15,90 nur noch **€ 7,95**

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

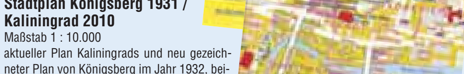
sehensWERT!
Die Stadtplanempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung

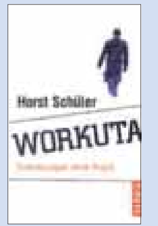
Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000
aktueller Plan Kaliningrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Rathshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges

Karte 75 x 50 cm, gefalzt 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067





Hans-Olaf Henkel
Rettet unser Geld!
Deutschland wird ausverkauft - Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7065, € 19,90



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Alexander Demandt
Es hätte auch anders kommen können
Wendepunkte deutscher Geschichte, Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 7062, € 19,95



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…"
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
• Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
• Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Elchschaufel-Polo-Hemd



Hochwertiges Polohemd
100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL, Best.-Nr.: 6971

je **€ 22,95**



Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Hagen Mörig
Ein Wiedersehen mit Trakehnen- Erlebnisse eines freiwilligen Helfers
Kart., 357 Seiten
Best.-Nr.: 6421, € 24,80

Große Deutsche Märsche

Nur wenige Exemplare vorhanden!



Die beliebtesten deutschen Märsche erinnern an die große Tradition preußischer, bayeri er Militärmusik: Alte Kameraden, Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Preußens Gloria, Des Großen Kurfürsten Reitermarsch, Badenweiler Marsch, Radetzky-Marsch u.v.a. Es spielen das Luftwaffenmusikkorps 3, das Marine-Musikkorps Ostsee und das Polizeiorchester Potsdam.

Laufzeit: 42 Minuten
Best.-Nr.: 7053



Elch, großes Standbild
Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

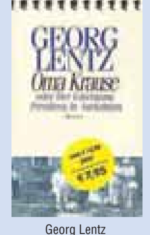
€ 149,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



Preußischer Kürassierhelm M1889, Replik
Originalgetreuer Nachbau in Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen
Best.-Nr.: 7066, € 119,95



Georg Lentz
Oma Krause oder Der Untergang Preußens
in Anekdoten
Geb. 206 Seiten
Best.-Nr.: 3221, € 7,95



Winfried Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Erinnerungen eines ostpreußischen Jungen an die Schicksalsjahre 1944-1946
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 10,90



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren





Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite
Best.-Nr.: 6959, € 5,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 03/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

EU streicht Ostern

Brüssel – Trotz aller Empörung gab es bisher keine Entschuldigung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso für die fehlerhaften Jugendkalender, von denen die EU-Kommission 3,2 Millionen Exemplare an Schulen innerhalb der EU hat verteilen lassen. In dem Kalender waren alle großen muslimischen und hinduistischen Feiertage aufgeführt, doch die christlichen wie Weihnachten und Ostern fehlten. *Bel*

Rassist sticht Deutsche nieder

Göttingen – Ein 39-jähriger Iraner mit deutschem Pass hat aus rassistischen Gründen in der Göttinger Innenstadt vergangenen Sonnabend zwei Deutsche niedergestochen. Sie überlebten nach Angaben der Polizei nur mit „großem Glück". Der Iraner hatte ein Schild hochgehalten mit der Aufschrift „Deutsche sind Hunde" und Passanten laut rassistisch beschimpft. Als ein Mann ihn bat aufzuhören, griff der Vorbestrafte an. Als dann zwei weitere Männer dazwischen gingen, verletzte er sie mit einem Messer lebensgefährlich. *H.H.*

ZUR PERSON

Meistgehasst und steinreich

Leila Ben Ali Tabelsi, die zweite Frau des gestürzten tunesischen Präsidenten Zine el Abidine Ben Ali, liebte es, sich bei internationalen Wohltätigkeitsveranstaltungen zu inszenieren. Doch das heißt nicht, dass sie ein Herz für Menschen in Not hätte. Vielmehr brachte sie Menschen in Not. Allerdings traf man bei diesen Veranstaltungen immer so viele wichtige, reiche Leute und seine Nachbarn der Sommervilla an der Cote d'Azur, der komfortablen Stadtvilla in Paris oder dem Schloss im Skigebiet „Trois Valées". In Frankreich waren Madame Ben Ali und ihre zehn Geschwister samt Anhang gern gesehen, da sie dort immer die Luxusläden beehrten und Geld ausgaben. Hin und wieder mussten sie aber nach Tunesien zurück, um neues Geld zu „verdienen".

Angeblich hat Ben Ali, der für seine Beförderung erst die Tochter eines Generals geheiratet hatte, die ehemalige Frisörin Leila in einem Pariser Cabaret kennengelernt. Fünf Jahre nachdem er sich 1987 unblutig an die Macht geputscht hatte, heiratete er dann die Geliebte, die sich schnell als Geschäftsfrau erwies. Ihr ältester Bruder Belhassan übernahm die Leitung des „Familienunternehmens". Wer nicht bereit war, die Familie Trabelsi an seinem Unternehmen mit zehn oder 20 Prozent zu beteiligen, konnte „Probleme" bekommen, die so aussahen, dass die US-Botschaft in Tunis von einer „Quasi-Mafia" sprach. Doch die Machenschaften der Familie verschafften ihr Einfluss in der tunesischen Wirtschaft. Wenn ein Geschäft 15 000 Euro überstieg, verlangten die Trabelsis Schmiergeld. Und als Leila, die meistgehasste Person in Tunesien, Anfang Januar erkannte, dass es Zeit für sie war, die Flucht nach Saudi-Arabien anzutreten, zwang sie den Notenbankchef, ihr 1,5 Tonnen Gold im Wert von 45 Millionen Euro herauszugeben. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Gute Extremisten

Wer alles noch Anhänger hat, wie Kristina Schröder die gemeinsame Sache gefährdet, und wie die FDP an den Katzentisch kam / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die heute 18-Jährigen sind weit zuversichtlicher als ihre Altersklasse vor acht oder 16 Jahren. Das hat eine Studie ergeben, die aufatmen lässt. Das ewige Gejammer bringt ja auch nichts. Zumal keine Lage so verfahren ist, dass es nicht noch schlimmer kommen könnte. Oder? Gibt es nicht irgendwo einen absoluten Tiefpunkt, unter den man nicht mehr fallen kann?

Schön wär's: Als die Menschen von Haiti geglaubt hatten, an diesem Punkt angekommen zu sein, da spülte ihnen das Schicksal die schillerndste Perle der Karibik ans geschundene Ufer: Jean-Claude Duvalier ist zurück und droht damit, seinem Land „helfen" zu wollen. Das hat er schon einmal getan, von 1971, als er Haiti 19-jährig vom nicht minder feschen Vater geerbt hat, bis 1986, als US-Präsident Ronald Reagan ihn abholen und nach Paris bringen ließ.

Die Jahre dazwischen hinterließen 30 000 ungeklärte Todesfälle und ein Loch von bis zu 800 Millionen Dollar, die an den Fersen des davongeflogenen Diktators hatten bleiben. Leider ist mit Duvaliers Finanzplanung etwas schiefgelaufen: Nach der Scheidung von seiner ersten Frau ging's bergab mit ihm, zum Schluss hauste er in einem Pariser Ein-Zimmer-Loch mit seiner neuen Liebe.

Grund genug, an die Quelle seines einstigen Reichtums zurückzukehren und den langen Löffel auszufahren. Sprachlos macht weniger die Frechheit. Daran sind wir gewöhnt. Stumm machen Berichte, dass es tatsächlich noch „Anhänger des gestürzten Diktators" in Haiti gibt, die ihn jubelnd begrüßt haben.

Andererseits hat der Kommunismus, für den 30 000 Opfer in seinen stärksten Zeiten eine Tagesration war, ja auch immer noch „Anhänger", wie wir letzte Woche vermerken durften. Eine ärgerliche Debatte war das, die „Linke" hat es nicht gern, wenn man ihr unter den ideologischen Rock guckt. Allerdings kennt sie ein Rezept, um sich aus der peinlichen Beschau davonzuschleichen: verschärfter „Antifaschismus". Der lenkt noch immer am besten ab.

Und er verspricht reiche Ernte, am Ende gar die ganze Macht. Das Spiel geht so: Erst verbündet man sich als Kommunist mit allen Demokraten gegen die tatsächlichen Nationalsozialisten. Sind die erledigt, erklärt man die Rechtskonservativen zu „Faschisten" und rückt ihnen gemeinsam mit Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen auf den Pelz. Danach entdeckt man wahlweise zuerst bei den Christdemokraten („Klerikal-Faschisten") oder den Liberalen („Hinter dem Faschismus steht das Kapital!") das braune Potenzial. Schließlich kommen die Sozis dran: „Sozialfaschisten!" Zuguterletzt sind alle weg und die „klassenlose Gesellschaft" kann starten.

Das Gelingen der antifaschistischen Salami-Offensive setzt allerdings voraus, dass alle späteren Opfer mit den Kommunisten solange brav zusammenarbeiten, bis ihre eigene Nummer aufgerufen wird. Diese Zusammenarbeit hat im staatlich subventionierten Netzwerk zum „Kampf gegen Rechts" reibungslos funktioniert – bis Kristina Schröder kam. Die Bundesjugendministerin hat entdeckt, dass Linksextremisten auch Extremisten sind, und will Antifa-Gruppen nur noch staatlich finanzieren, wenn die sich schriftlich vom Linksextremismus distanzieren. Schließlich wolle man ja keine Feinde der Demokratie mit Steuermitteln finanzieren.

Der Aufschrei ist ohrenbetäubend: Schröder schade der „gemeinsamen Sache", faucht das „Bündnis für Demokratie und Toleranz". Auch Anetta Kahane von der „Amadeu-Antonio-Stiftung" ist außer sich. Sie hat die geforderte Erklärung zwar unterschrieben, um weiter an die Staatsknete zu kommen – aber nur unter Protest! Für Kahane ist die „Demokratie-Erklärung" nichts als üble „Schnüffelei". Damit kennt sie sich aus: Fast wäre sie 2003 zur Berliner Ausländerbeauftragten aufgestiegen, als eine Leiche namens „Victoria" aus Kahanes Keller quoll und ihr die Tour vermasselte. „Victoria" war Kahanes Deckname als Stasi-IM, als der sie laut ihrem Führungsoffizier Mölneck einen guten Geruchssinn gezeigt und sogar gleich beim zweiten Treffen „Personen belastet" haben soll. Nichts bringt den geübten Schnüffler so sehr auf die Palme wie das Gefühl, selbst beschnüffelt zu werden.

Nicht allein deshalb ist CDU-Ministerin Schröder den Linken ein rotes Tuch. Mit ihrer Behauptung, es gebe unter Immigranten so etwas wie „Deutschenfeindlichkeit", bestritt sie die Exklusivrechte der Deutschen am Rassismus. Schon das war unverzeihlich. Gefährdet sie nun vollends die „gemeinsame Sache"?

Ach, so mächtig ist die Schröder nun auch wieder nicht. Der Antifaschismus ist längst in den letzten Winkeln unseres Landes fest verwurzelt. Allerdings kann man nicht wachsam genug sein: Die Nazi-Bande dringt durch ständig neue Ritzen in unsere gute Stube. Ein besonders perfides Schlupfloch der Braunen stellen die Autokennzeichen dar. Kürzel wie „AH", „HJ", „KZ", „NS", „SA" und „SS" werden schon nicht mehr ausgegeben, weil sie für „Adolf Hitler" etc. stehen. Auch Zahlenkombinationen wie „88" oder „18" sind untersagt, weil sie ebenfalls für „HH" oder „AH" stehen.

> Hamburger sollten Bayern weiträumig umfahren, sonst landen sie zum Verhör beim Staatsschutz

In Bayern ist man noch einen Schritt weiter und hat die Zulassungsstellen angewiesen, auch „HH" wegen „Heil Hitler" nicht mehr rauszurücken. Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg empfehlen wir, den Freistaat weiträumig zu umfahren, damit die Reise wie geplant in Österreich oder Italien endet und nicht im Vernehmungszimmer des bayerischen Staatsschutzes.

Zwei Coburger Stadträte von SPD und Grünen wollten es noch gründlicher machen und haben gefordert, auch „BE" (Blut und Ehre) und „BH" (bislang: Büstenhalter, nun: Blood and Honour, englisch für Blut und Ehre) zu verbannen. Das wurde von verantwortungslosen Elementen allerdings vereitelt. Dabei kann das BH-Verbot höchstens den Anfang markieren, denn können wir Kennzeichen wie „JG" (Joseph Goebbels), „HG" (Hermann Göring) oder „RH" (Rudolf Heß) dulden, ohne begründete Zweifel an unserer Gesinnung zu streuen? Sicher nicht. Und was ist mit KDF und EB, mit MG, LR, VH, BDM und 111 und Ene-Mene-Mu?

Es gibt noch viel aufzuspüren für Anetta Kahane und die zahllosen anderen Schnuppernasen. „Es" lauert überall. Was an „Ene-Mene-..." auszusetzen sei? Das geht mit „und raus bist du" weiter, was an ausgrenzender, rassistischer Eindeutigkeit ja wohl nicht zu übertreffen ist. Sage später keiner, er habe das nicht gewusst!

Wer wird schon gern ausgegrenzt? Das mögen nicht mal die Liberalen. Bei der FDP hat sich ein finsterer Verdacht zur rabenschwarzen Gewissheit verdichtet: Benommen vor Glück dachten die Liberalen 2009, sie würden nun, vom Wahlerfolg stark gemacht, zusammen mit der Union am Tisch der Großen Platz nehmen.

Kanzlerin Merkel lächelte nur hinterhältig, sie hatte anderes im Sinn. So schwand das Glück bald: Nach und nach wurde den Blaugelben schmerzhaft klar, dass sie am Katzentisch gelandet sind. Den hatte die CDU-Chefin obendrein geschickt neben dem politischen Müllkübel placiert, wo all das landet, was keiner verantworten will. Es begann mit der „Mövenpick-Steuer". Die war eigentlich mindestens so sehr eine CSU-Idee wie eine aus der FDP. Doch in den Augen der Öffentlichkeit wird sie für immer in der FDP-Ecke liegen bleiben, wo sie den wenig betörenden Duft der Klientelwirtschaft, des frisierten Vetters der Korruption, über die Liberalen bringt.

Alles in allem klingen mittlerweile sämtliche Fehlschläge der Koalition irgendwie nach FDP, während sich alle Erfolge auf Merkel oder Guttenberg zu reimen scheinen. Nun hat es die Katzentischgesellschaft satt und startet den Zwergenaufstand: „Entweder wir kommen an den großen Tisch, oder wir gehen ..." Ja, wohin denn? Das ist die Tragödie mit den Zwergenaufständen. Sie beginnen mit herzzerreißendem Geschrei, doch danach verenden sie in ziemlich mageren Drohungen.

MEINUNGEN

Der „Stern" (13. Januar) hat „Linke"-Chef ***Klaus Ernst*** *gefragt, ob er es nicht widersprüchlich finde, dass er als Vorsitzender der Anti-Hartz-IV-Partei* ***Porsche fährt*** *und ein Monatsgehalt von rund* ***13 000 Euro*** *bezieht. Seine Kollegin Gesine Lötzsch würde wenigstens in einem sozialistischen Plattenbau in Berlin-Lichtenberg wohnen. Ernst daraufhin ungerührt:*

„Wenn es ihr gefällt, ist doch gut. Ich mag keine Gesellschaft, in der alle die gleiche Kleidung tragen, alle die gleichen Autos fahren, alle die gleiche Normwohnung haben und alle die gleichen Packungen essen. Ich habe was gegen Gleichmacherei."

„Focus"-Chefredakteur ***Wolfram Weimer*** *wundert sich über das Erstaunen, das die* ***Kommunismus-Rede*** *von Linke-Chefin* ***Gesine Lötzsch*** *mancherorts ausgelöst hat:*

„Die Linkspartei ist nun einmal die direkte Nachfolgepartei der SED-Mauerbauertruppe. Sie will eine andere Republik, und sie legt über die Folterkeller der kommunistischen Gulag-Gesellschaften einen blutroten Mantel des Schweigens."

Soll ***Guido Westerwelle*** *FDP-Chef bleiben oder nicht? Für den streitbaren schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef* ***Wolfgang Kubicki*** *ist die Frage* ***zweitrangig****. in der „Welt" (17. Januar) prophezeit er:*

„Es geht nicht darum, Westerwelle zu stürzen, sondern es geht um eine breitere Aufstellung ... Wenn wir die Wahlen versenken, haben wir keine Personaldiskussion auf dem nächsten Parteitag, sondern eine Existenzdiskussion."

Der kleine Lapsus

Sich beim Reden zu versprechen,
das ist jedem schon passiert,
auch vielleicht dass man
beim Zechen
munter sich verplappuliert.

Meistens ist man dann nicht
kleinlich
und hat selber dran den Spaß,
doch zuweilen wird es
peinlich,
weil in vino veritas!

Und sogar bei null Promille
offenbart im Missgeschick
manchmal sich geheimer Wille,
just im falschen Augenblick.

Denn der Trieb ist's, der obszöne
– „Es" bei Sigmund Freud
genannt –
der das „Ich", das strahlend schöne,
voller Tücke
übermannt!

Beim Verlieren zeigt indessen
sich dasselbe Waterloo,
beim Verlegen, beim Vergessen,
beim Vergreifen ebenso.

Und die Steuergeldverschwender
dort im Wolkenkuckucksheim
gingen eben beim Kalender
ihrem „Es" auf dessen Leim.

Liegt's ja ihnen sehr am Herzen,
alles was noch christlich ist,
in Europa auszumerzen,
bis es keiner mehr vermisst!

Klar, jetzt sind sie über jeden,
der die Absicht merkt, verstimmt –
doch mit Pharisäer-Reden
wird's wie stets zurechtgetrimmt ...

Pannonicus